DIE ENTSTEHUNG DES DEUTSCHEN NATIONALVEREINS UND DIE GRÜNDUNG SEINER WOCHENSCHRIFT

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung der Doktorwürde, genehmigt von der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

Von
PAUL HERRMANN
aus Neustettin (Preußen)

Tag der mündlichen Prüfung: 13. 11. 1930
Tag der Promotion: 15. 2. 1932

Im Verlag der Notgemeinschaft des Deutschen Frauenbundes
für das Buch zu Leipzig

16 6

Referenten:

Geheimrat Prof. Dr. Marcks

Geheimrat Prof. Dr. Oncken

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhalt:

Kapitel 1. Der italienische Krieg und die Stimmung in Deutschland 11

Das Problem
Die Parteien
Aenderung der Lage

Kapitel 2. Von der Eisenacher Erklärung bis zur konstituierenden Versammlung des Deutschen Nationalvereins 37

Die Eisenacher Erklärung
Die öffentliche Meinung und die Haltung der Regierungen.
Die Frankfurter Tagung

Kapitel 3. Erste Tätigkeit und erste Erfolge 85

Gegensätze und Widerstände
Ausschußsitzung in Koburg
Die Berliner Tagung und die Wochenschrift des Deutschen Nationalvereins

Anhang 119

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand als Einführung in eine mit dem Sommer 1862 vorläufig beendete größere Darstellung der Geschichte des deutschen Nationalvereins, in deren Mittelpunkt die Auswertung des geistig-politischen Gehaltes seines Organes, der unter August Ludwig von Rochaus Leitung erscheinenden Wochenschrift des Nationalvereins stehen wird.

Diese ersten Kapitel tragen freilich, so weit sie die Ergebnisse der nachfolgenden Hauptteile vorzubereiten haben, den Charakter einer Einführung in den Problemzusammenhang der späteren Abschnitte, gewinnen darüber hinaus wie ich glaube aber auch Selbständigkeit und Eigenwert als eine Analysierung der Faktoren, die die Gründung der Wochenschrift bedingten. Dabei ergab sich die Notwendigkeit, die Vorgeschichte des Vereins eingehender zu untersuchen; aus der Entwicklung des Bildes, das sich die Führer der neuen Richtung von deren Form und Wesen machten, folgen die Voraussetzungen, die die Besonderheit der Wochenschrift als einer Zeitung für die oberen Schichten des Bürgertums erklären.

Diese Voraussetzungen zu gewinnen, erschien mir als die eigentliche Aufgabe des ersten Abschnittes; sie kennzeichnen den Nationalverein als eine sehr bedeutsame politisch-staatsbürgerliche Lehranstalt, die zwar in einigen seltenen Momenten den Charakter einer Bewegung annehmen konnte, ja später in den Händen Bismarcks sogar zu einer freilich ungewollten direkten politischen Einwirkung kommen durfte, deren wesentliche für die Entwicklung des deutschen politischen Menschen sicherlich wichtige Bedeutung aber auf dem Gebiete staatspolitischer Erziehungsarbeit lag. Darauf hinzuwirken war natürlich die besondere Aufgabe der Wochenschrift; darüber hinaus ist sie aber für die leitenden Kreise im Nationalverein fast

der einzige Weg, nicht nur innere und Vereinspolitik zu machen, sondern die von Vorstand und Ausschuß beschlossene äußere Politik vor den Mitgliedern zu begründen und diese auf sie festzulegen.

Diesen mit der Gesamtgeschichte des Vereins vielfältig verflochtenen Beziehungen im einzelnen nachzugehen, blieb Aufgabe der auf den einleitenden Abschnitt folgenden Teile. Eines ihrer wesentlichen Ergebnisse wird der Nachweis sein, daß der Machtstaatsgedanke wie der Glaube an die schließliche Notwendigkeit einer gewaltsamen Lösung der deutschen Reformfrage in den führenden Schichten des Nationalvereins doch wohl verbreiteter, doch wohl allgemeinerer Besitz war, als bisher angenommen werden durfte, daß ferner die vom Ausschusse des Nationalvereins getriebene Politik bis zu Bismarcks Eintritt in das Ministerium im ganzen der Lage der Dinge mehr entsprochen hat, als das eine der Bismarckschen Reichsgründung zeitlich nähere Auffassung vielfach gelten lassen konnte.

Der schon in diesen ersten Kapiteln notwendig vorhandene Gegensatz und die kritische Auseinandersetzung mit jener früheren Ansicht rückte jedoch nicht in den Vordergrund des Interesses. Die Aufgabe, die Bedingungen herauszustellen, welche die Entstehung der Wochenschrift herbeiführten, war vielmehr das eigentliche Ziel der vorliegenden Arbeit, während deren Nebenabsicht dahin ging, die sich aus meiner oben gekennzeichneten Auffassung für die folgenden Teile ergebende Fragestellung thematisch vorzubereiten.

Unter den für die ersten Abschnitte benutzten Materialien stehen die leider nicht vollständigen Akten des Nationalvereins an erster Stelle; bei ihrer Verwertung beriet mich Herr Reichsarchivrat Dr. Rogge, dem dafür an dieser Stelle zu danken mir aufrichtigstes Bedürfnis ist. Die Einsicht in den erst seit August 1928 im Reichsarchiv lagernden Nachlaß Bennigsens ermöglichte mir Herr Oberstleutnant a. D. Alexander von Bennigsen, der mich auch bei den Nachforschungen nach anderen, für die späteren Teile meiner Arbeit besonders wertvollen unbekannten und lange Zeit nicht erreichbaren Archivalien außerordentlich unterstützt hat. Für seine stets gleich freundliche Hilfsbereitschaft bin ich ihm zu großem Danke verpflichtet. Das gilt auch für die Leitung des

Preußischen Staatsarchives, besonders aber für die Herren Archivrat Dr. Müller und Archivrat Dr. Dehio, die meiner Arbeit ein sehr freundliches Interesse entgegenbrachten und ihren Fortgang durch häufige wertvolle Hinweise erheblich gefördert und wesentlich erleichtert haben. Ihnen verdanke ich vornehmlich die Kenntnis der früher in der Geheimen Präsidial-Registratur des Berliner Polizeipräsidiums befindlichen, den Nationalverein betreffenden Akten, die manchen wichtigen Aufschluß gaben. Dankbar verpflichtet fühle ich mich ferner der Leitung der Registratur des Preußischen Ministeriums des Innern sowie der Direktion der Stuttgarter Landesbibliothek, die mir die Benutzung wichtigen Materials freundlich gestatteten.

Endlich habe ich meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Geheimrat Marcks-Berlin, von dem ich die Anregung zu meiner Arbeit empfing, aufrichtig und herzlich zu danken. Seine warme Anteilnahme an meinen Arbeiten sowie sein mir immer gern gegebener Rat haben mir die Ueberwindung mancher Schwierigkeit ermöglicht und mich in allen Stücken bereichert und gefördert.

Besonderer Dank gebührt schließlich der Notgemeinschaft des Deutschen Frauenbundes für das Buch zu Leipzig, die mir die Drucklegung der vollständigen Arbeit ermöglichte.

Berlin, im November 1931.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41533911_0040

Erstes Kapitel

Der italienische Krieg und die Stimmung in Deutschland

Das neue Jahr hatte nicht sehr erfreulich begonnen. Wenn man auch nicht in der Lage war, die Tragweite der ungnädigen Worte, mit denen der Kaiser Napoleon den österreichischen Botschafter bei der Gratulationscour des diplomatischen Korps am 1. Januar empfangen hatte, mit Sicherheit abschätzen zu können, wenn man auch nicht wußte, ob diese Brüskierung, wie vielfach angenommen wurde, den Krieg bedeute, so genügte sie doch, die allgemeine Stimmung sehr herabzudrücken. Noch hatte sich die Wirtschaft von den Folgen der letzten Krisenjahre nicht erholen können, noch waren die Mißernten von 1857 und 58 nicht verschmerzt: so lief jetzt ein panischer Schrecken durch Europa. Die ältere Generation entsann sich ja noch aus eigenstem Erleben, wie vor einigen fünfzig Jahren schon einmal das Wetter von Westen gekommen, wie danach die ganze Welt dem Korsen zu Füßen gelegen hatte. Und jetzt: saß nicht der Neffe, ebenso groß, drohend, dämonisch wie einst der erste Napoleon, auf dem französischen Throne? Hatte er nicht vor vier Jahren gezeigt, daß er nicht gewillt war, die Ketten der Wiener Verträge noch lange zu schleppen? Konnte denn seit diesem Empfang in den Tuilerien noch daran gezweifelt werden, daß es Krieg gab? Mußte nicht dieser Krieg wieder einmal das ganze Mitteleuropa in Brand setzen? Und wie England und Rußland sich verhalten würden, das war noch nicht abzusehen.

So war ganz Europa aufs äußerste beunruhigt, und an allen Börsen sprangen und sanken die Kurse. Aber während man sich in Wien auf eine bald folgende Hausse einrichtete und die Spekulation in großem Umfange zu kaufen begann[1]), sah Paris die Sache

1) „Kreuzzeitung" Nr. 5. Berlin 7. 1. 1859.

anders an. Die Moniteurnote vom 8. Januar blieb ohne die gewünschte beruhigende Wirkung. Die Rente fiel in unregelmäßigen Sprüngen um 10, 40, 90 Cents, und am 10. Januar berechnete man den bisherigen Verlust an Volksvermögen auf eine Milliarde Franken[2]). Man war nicht eben kriegslustig in Paris. Und soweit das bei der Behinderung der öffentlichen Meinung möglich war, zeigte sich ernste Mißstimmung. Gewiß, die Armee begann sich zu langweilen; aber was hatte der französische Arbeiter, der Bauer, der kleine Rentner mit diesem Kriege zu schaffen? Ihn kümmerten die italienischen Zustände nicht[3]). Die Rente fiel; das ging ihn an. Den Beruhigungsversuchen des Moniteur glaubte man auch in Wien nicht; Hochadel, Geistlichkeit und Offiziere drängten zum Kriege. Und während das offizielle Oesterreich am 9. Januar freundlich und versöhnlich auf die beschwichtigende Note im Moniteur vom Tage zuvor antwortete, kam es im Burgtheater bei einer Aufführung des Götz von Berlichingen zu einem wilden Sturm kriegslustiger Begeisterung[4]). Einige Tage vorher schon war das dritte Armeekorps nach Italien in Marsch gesetzt, freilich, wie in der „Oesterreichischen Korrespondenz" zu lesen war, nur „zur Vorsicht gegen eine törichte, unverbesserliche Partei, ... keineswegs aber aus internationalen Gründen."[5]) Natürlich ließ sich niemand dadurch täuschen; es war eine jener Stimmungen geschaffen, in der die Kanonen von selber losgehen. Noch wies zwar alle Welt auf die bestehenden Verträge und auf die Achtung hin, die ihnen entgegenzubringen sei. Renée, der Leitartikler des „Constitutionel", brachte am 14. Januar einen Artikel, der die Bedrohung oder Verletzung internationaler Staatsverträge als den allein möglichen Kriegsgrund hinstellte[6]), und auf dieser Linie hielt sich auch die englische Thronrede, wenngleich jedes Eingehen auf die schwebenden außenpolitischen Fragen vermieden wurde. Ebenso klang es in den Leitartikeln der „Times"[7]). Downing Street brauchte Ruhe; England, das sich seit dem Krimkriege nicht wieder in kontinentale Händel gemischt

2) Ebd. Nr. 10. Berlin 13. 1. 1859.
3) Vgl. Ernst II, Bd. 2. S 438.
4) „Kreuzzeitung" Nr. 10. Berlin 13. 1. 1859.
5) Ebd. Nr. 12. Berlin 15. 1. 1859.
6) Ebd. Nr. 12.
7) „Vorwärts". I. Rückblick. Vom Neujahrsgruß bis Ostern. S 17.

hatte, das überdies immer noch an den indischen Sorgen der letzten Jahre krankte, hatte nicht die Absicht, sich irgendwie festzulegen oder aktiv Stellung zu nehmen: das war ganz offensichtlich[8]). Oesterreich konnte also von seinem englischen Freunde wohl gewisse Sympathien, aber sicher keine energische Hilfe, weder auf diplomatischem, geschweige denn auf militärischem Gebiet erwarten. Man erklärte sich in London zwar gegen Frankreich, aber ebenso bestimmt auch für absolute Neutralität. Von Rußland war in der Hofburg schlechterdings gar nichts zu erhoffen. Zwar konnte man ja wohl mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit annehmen, daß es den Zaren große Ueberwindung kosten werde, Seite an Seite mit italienischen Revolutionären zu kämpfen. Aber sicherlich hatte man in Petersburg nicht vergessen, mit welchem Undank einst das russische Eingreifen in die ungarischen Wirren von 1849 gelohnt worden war: mußte Oesterreich nicht von dorther zum mindesten diplomatische Schwierigkeiten erwarten? Man wußte von sehr temperamentvollen Aeußerungen des Zaren, man kannte die erbitterte Stimmung in Militärkreisen. Zum Ueberfluß standen dann noch in russischen Zeitungen lebhafte, an die Adresse Preußens gerichtete Warnungen, doch nicht für Habsburg seine Haut zu Markt zu tragen; es habe gar keinen Anlaß, sich in österreichisch-italienische Wirren einzumischen[9]).

Das war nun das Problem, über das man in Deutschland seit dem 1. Januar unausgesetzt in Leitartikeln, Broschüren und Kammerreden diskutierte. Ungeheuer, wie in Italien, war auch hier die Erregung, zumal sich seit dem Umschwung in Preußen niemand recht mit der außenpolitischen Situation beschäftigt hatte. Dazu kämpfte man noch immer mit den Nachwirkungen des großen Krachs, mit dem die Gründerjahre nach dem Krimkriege liquidiert hatten. So war ganz Deutschland auf das unangenehmste überrascht, erschreckt, bestürzt[10]). Gewiß hatten die Zeitungen schon seit der Zusammenkunft von Plombières beunruhigende Nachrichten gebracht, gewiß entsann man sich jetzt wieder mancher un-

---

8) Eckstädt, V. v. S 245.

9) „Kreuzzeitung", Nr. 30. Berlin 5. 2. 1859. Petersburger Korrespondenz.

10) H. Baumgarten, Der deutsche Liberalismus. Preußische Jahrbücher 18. S 487.

geduldigen Aeußerung Cavours. Aber all das war doch über den Sorgen im eignen Hause weltenfern geblieben. Nun, da man sah, wie drüben das Feuer geschürt wurde, blickte alle Welt in Angst und Schrecken auf den unheimlichen Brandstifter in den Tuilerien.

Dessen erstes Ziel war mit dem Krimkriege erreicht. Die Allianz der drei Ostmächte, der Hauptgaranten einer auf Defensive, Ruhebedürfnis, ja Passivität gestellten vierzigjährigen Ordnung der europäischen Politik, war gründlich zerrissen. Neue Kombinationen hatten sich bisher nicht gebildet, dazu waren Rußland, Preußen und England durch inner- oder kolonialpolitische Arbeiten stark in Anspruch genommen: so schien die Erreichung jenes zweiten Zieles, das sich Napoleon gesetzt hatte, in den Bereich des Möglichen gerückt zu sein. Fern dämmerte die europäische Hegemonie der romanischen Völker herauf. War einst das erste Kaiserreich zusammengebrochen vor der Gewalt der nationalen Idee, so hatte man jetzt diese selbst vor den Wagen gespannt. Freilich, das Experiment war nicht ohne Gefahr. Frankreichs europäische Stellung ruhte seit Jahrhunderten wesentlich auf der Ohnmacht Deutschlands. Mußten nicht die Fundamente der bisherigen Ordnung auf das bedenklichste untergraben werden, wenn Paris jetzt für Italiens Befreiung eintrat und damit den Nationalitätsgedanken zum Prinzip seiner Außenpolitik machte? Vom 16. bis zum 18. Jahrhundert war die Allianz mit Osteuropa der zweite Pfeiler der französischen Geltung gewesen. Türken, Polen, Schweden, dann Brandenburg, endlich das Oesterreich Maria Theresias hatten zu Frankreichs Bundesgenossen gehört, und in diese Bahn war es nun nach der Auseinandersetzung mit Rußland wieder im Begriffe, einzulenken. Gestützt auf die Möglichkeit einer späteren vollen Verständigung mit dem Osten und in der nicht unbegründeten Hoffnung, sich mit Staaten umgeben zu können, die ihre autonome Existenz dem französischen Volke verdankten: so konnte Deutschland schließlich einmal ein gewisses Maß von Selbständigkeit gewährt werden.

Aber von dort aus sah man alles viel bedrohlicher. Hinter diesem abenteuerlichen Emporkömmling auf dem französischen Throne stand riesengroß der Schatten des ersten Korsen. Alte Erinnerungen wurden wach: Austerlitz, Jena. Wie einst gellten Clairons über blutige Schlachtfelder, flogen goldene Adler durch Europa; wieder duckte sich die Welt unter dem dröhnenden Schritt napoleonischer

Garden. Dieser Krieg ging nicht um Italien, nicht gegen Oesterreich allein. Man würde den Po am Rhein verteidigen müssen, hieß es, Deutschland gelte der Angriff.

Lebhaft brandete die Erregung. Vornehmlich der Süden nahm entschieden gegen Frankreich Stellung. Für die Konservativen handelte es sich dabei um einen ganz unkomplizierten Kampf des legitimen Rechtes gegen die dunklen, anonymen Kräfte der Revolution, als deren Vertreter Cavour ebenso wie Napoleon angesehen wurde. Je stärker man einst unter dem Einfluß romantischen Denkens auf die christliche Lehre und das Gottesgnadentum des Herrschers zurückgegriffen hatte, desto lebhafter mußte man diesen Krieg als einen Kreuzzug auffassen, der um Kirche und Glauben und gegen Heidentum und Sünde ging. Denn: würde sich der Sturm in Italien nicht auch gegen den Papst richten? Gegen das ewige Rom und seine irdische Herrlichkeit? Und weiter: wenn Oesterreich jetzt gegen Frankreich unterlag, mußte dann nicht Preußen, der protestantischen Macht, die deutsche Hegemonie in den Schoß fallen? Solche konfessionell gefärbten Erwägungen mögen wohl auch bei den süddeutschen Liberalen mitgesprochen haben, aber sie sind hier doch nicht bestimmend geworden. Einmal hatte sich nämlich die stark auf österreichischen Bedarf eingestellte industrielle und kaufmännische Bourgeoisie ebenso wie übrigens Adel und Intellektuelle reichlich mit Nationalanleihe eingedeckt, so daß für den Fall der Niederlage Oesterreichs erhebliche Verluste zu erwarten waren[11]), dann aber galt der Mann des Staatsstreiches dem liberalen Bewußtsein als ein schlimmer und sehr gefährlicher Bösewicht[12]). Seine Einmischung erschwerte dem Liberalismus eine klare Stellungnahme[13]), und sehr bezeichnend stellte eine Mitte Mai im Stuttgarter „Schwäbischen Merkur" erscheinende Korrespondenz Friedrich Theodor Vischers die Einwirkung Frankreichs auf rein deutsche Angelegenheiten als das die Stimmung des Südens allein tragende Moment hin. Das die Situation Bestimmende, hieß es da, sei nicht die Sympathie für Oesterreich. Die finde sich im ganzen nur bei Konservativen und Ultramontanen, und warmes

11) Vgl. etwa „Beobachter", Stuttgart, Nr. 106, 10. 5. 1859. Feuilleton. Oesterreichs finanzielle Lage.

12) Baumgarten, a. a. O. S 488.

13) Mommsen, Miquel I S 173.

Mitgefühl für Italien treffe man nicht nur in der demokratischen Partei. Was die Lage beherrsche, das sei vielmehr „die unberufene Einmengung Frankreichs,,. sein Machterweiterungsgelüst,,. die empörende Beleidigung der deutschen Ehre, welche in der Gewalthandlung gegen einen deutschen Staat liegt,,. die Drohung, welche hierin für das gesamte Deutschland enthalten ist[14]). Auch in diesen Kreisen lebte also die Begeisterung für Oesterreich von historischen Reminiszensen: man projizierte den kleinen Badinguet in die gewaltigen Umrisse des ersten Korsen, sah in den italienischen Händeln nur den Auftakt zu unabsehbaren europäischen Wirren und fürchtete sich vor den angeblichen Rheinbundsgelüsten der kleinen Regierungen. Aber im ganzen war man hier doch nicht in der glücklichen Lage der Konservativen, sich auf die handfeste Grundlage parteipolitischen Raisonnements stellen zu können. Neben der bei Liberalen und Demokraten stark entwickelten Sympathie für die italienischen Bestrebungen, neben der Abneigung gegen das reaktionäre Oesterreich stand der Haß gegen den französischen Absolutismus, stand warmes Empfinden für das vermeintlich so schwer bedrohte Vaterland.

Nicht so viel anders, als es nach Sybels Darstellung[15]) scheinen könnte, war die Stimmung im deutschen Norden. Zunächst wenigstens klang es aus Berlin und Hannover ganz ebenso entschieden wie etwa aus Münschen oder Stuttgart, und im Grunde waren auch die meisten norddeutschen Liberalen davon überzeugt, daß man Oesterreich helfen müsse[16]). Für die Konservativen war auch hier eine eindeutige und unkomplizierte Stellungnahme möglich. Sie war von Beginn der französisch-österreischen Friktionen bestimmt durch die Abneigung gegen alles, was nach Revolution schmeckte. In der festen Ueberzeugung von Oesterreichs gutem Recht auf seine italienischen Besitzungen konstruierte man in konservativen Kreisen nicht nur eine moralische, sondern auch eine politische Hilfspflicht. „Was Preußen zur Einmischung in den italienischen Konflikt bewegen darf — aber auch muß," hieß es in der „Kreuzzeitung", ... das ist die politische Pflicht, die Schwächung Deutsch-

14) Rapp, Großdeutsch, Kleindeutsch S 160.

15) Sybel, Die Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I. Bd. 2 S 314.

16) Oncken, Bennigsen, I S 319.

lands in der Person seines stärksten Bundesgenossen zu hindern, das ist die Aufgabe, den Ausbruch des Vulkans der Demokratie auf seine nächste Umgebung zu beschränken; das ist die Notwendigkeit, den Kampf der Nationalität wider das Recht in seinem Brennpunkt auf sein rechtes Maß zurückzuführen[17]."[18] Noch in den Maiverhandlungen des Herrenhauses wurden Gedankengänge dieser Art spürbar: sie sind für die Haltung der norddeutschen Konservativen während des ganzen italienischen Krieges von sehr erheblicher Bedeutung gewesen. Daneben stand dann natürlich auch hier das patriotische Sentiment, das zu einem Kampfe gegen den Erbfeind aufrief und sich in einer Unzahl lodernder, ganz in den Ton eines Körner, Arndt, Schenkendorf einstimmender Gedichte Luft machte. Nicht viel unterschied sich zunächst davon die Haltung der Liberalen. Genau so wie die „Kreuzzeitung", wollten auch sie den Krieg gegen Napoleon, genau so wie die Konservativen dachten sich auch die Roß und Duncker Elsaß-Lothringen als Kriegsziel[19]. Aber — hier wollte man sich die Hilfe für Oesterreich bezahlen lassen[20] oder meinte wenigstens, und das war die heimliche Hoffnung der Mehrzahl, Oesterreich werde, wenn es einmal gesehen habe, daß Deutschland seine Interessen in Italien und an der Donau unterstütze, seinerseits der Erledigung innerdeutscher Reformaufgaben nicht wieder entgegentreten[21]. Darin lag also der Gegensatz zu den Konservativen, daß man nicht durchweg Oesterreich um Oesterreichs willen, sondern zur Erreichung seiner eigensten deutschen Ziele helfen wollte. Aber all das ist eigentlich immer nur angedeutet. Auch hier im Norden war es nicht recht gelungen, zu einer klaren und prägnanten Stellung zu kommen. Einmal war da die alte Abneigung gegen das Oesterreich eines Metternich und Schwarzenberg, dem man nur ungern beisprang, dann aber lebte im norddeutschen Liberalismus, und das war bezeichnend für die geistige Welt, in der er wurzelte, eine starke konfessionelle Anti-

17) „Kreuzzeitung" Nr. 32, Berlin 8. 2. 1859.

18) Vgl. Anhang Nr. 1, Seite 119.

19) J. Schultze, Max Duncker, Pol. Briefwechsel Nr. 136 S 85/86 und Nr. 140. S 87.

20) J. Schultze, a. a. O. Nr. 143, S 88/89.

21) Schultze/Thimme, R. v. Bennigsens Reden I. S 61. Bennigsen am 24. 2. 1859 im Hannoverschen Landtag. Vgl. auch Heyck, Geschichte der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" S 127 f, 160, 290 ff.

pathie gegen den katholischen Kaiserstaat. „Was es in Norddeutschland unmöglich machte, die Bevölkerung einmütig für den Krieg zu stimmen", erklärte Bennigsen, „war nicht sowohl die politische, als die religiöse Reaktion des Metternich-Schwarzenbergschen Systems. In unserem deutschen Bürgertum steckt ein tiefer Widerwille gegen alle Priesterherrschaft, seit es sich mit seinem Blute die Gewissensfreiheit erkauft hat, das Recht für alle vorhandenen Konfessionen, friedlich nebeneinander zu wohnen auf deutscher Erde" [22]). Nirgendwo in Deutschland war die Zusammenhänge zwischen Kirche und Reaktion so sichtbar geworden, wie gerade in Oesterreich. Konnte man denn für den Kaiserstaat eintreten, ohne dem eigenen inneren Gegner in die Hände zu arbeiten? Ohne damit alles wieder zu gefährden und in Frage zu stellen, was seit dem Umschwung in Preußen im deutschen Norden im Entstehen zu sein schien? Aber stärker als diese Bedenken war doch, wenigstens zunächst und fast ohne Ausnahme, der Haß gegen den französischen Imperator und seinen Cäsarismus, stärker als die kühle Rechnung blieben Herz und patriotisches Empfinden. Liberale und Demokraten fanden sich in derselben Front gegen Westen, fanden sich dort in wunderlicher Gemeinschaft mit Konservativen und Ultramontanen. Ueber das gute, in den Kreisen der Liberalen nur ganz vereinzelt bestrittene Recht Italiens auf Einheit und Freiheit [23]) hinweg, mußte man zunächst einmal, wenn auch nicht ganz leichten Herzens, für das eigene Haus und dessen Sicherheit sorgen [24]).

In Preußen blieb indessen alles ruhig. Die Thronrede überging die großen außenpolitischen Fragen: in Preußens friedlichen Beziehungen zum Auslande sei keine Veränderung eingetreten. Und in der Erklärung, die Schleinitz am 9. März im Abgeordnetenhause

---

22) Schultze/Thimme, a. a. O. S 94. Bennigsen in Frankfurt am 18. 2. 1861.

23) Vgl. die Bemerkungen Scheffers über Lassalles Stellung zum Nationalitätsprinzip in seiner Anwendung auf Italien. Th. Scheffler, Die preußische Publizistik im Jahre 1859 unter dem Einfluß des Italienischen Krieges S 64. Aehnlich auch im „Beobachter" Nr. 108. 12. 5. 1859. „In der zwölften Stunde". „Daß jede einzelne Nationalität ein natürliches Recht auf ihren freien Bestand hat, sei zugegeben. Wo aber eine Nation von diesem Rechte keinen entscheidenden Gebrauch zu machen versteht, da fällt sie durch ein ebenso natürliches Gesetz unter den Einfluß desjenigen Volkes, das Kraft und Leben und das Bedürfnis zu Entwickelung und Ausbreitung in sich trägt."

24) Schultze/Thimme, a. a. O. S 63. Rede vom 24. 2. 1859.

gab, war nur die Rede von den bestehenden Verträgen, die in unverletzter Achtung zu halten seien. Auf diesem Standpunkt blieb man auch anderen Versuchen gegenüber, eine Entscheidung herbeizuführen. Die Adresse der Kölner Wahlmänner wurde nicht beantwortet. Frankreich erklärte man, Reformen in Italien seien zwar wünschenswert, aber Preußens Ratschläge würden im katholischen Kaiserstaat nicht allzuviel Gewicht haben. So lange Napoleon, das war die Auffassung des Prinzregenten, dabei blieb, nichts weiter als eine Reform der italienischen Zustände zu verlangen, so lange die Basis der Verträge von 1815 nicht angetastet wurde, hatte der Deutsche Bund kein Interesse, irgendwie aktiv Stellung zu nehmen. Preußen behielt freie Hand, als Angehöriger der europäischen Staatengesellschaft vorzugehen, das heißt, in seiner Reserve zu verharren.

Das war auch durchaus die Absicht des müden und verdrossenen Schleinitz. Da er, nur von Gruner unterstützt, die sich in der Wilhelmstraße häufende Arbeit allein zu erledigen hatte, daneben aber auch seinen repräsentativen Pflichten im weitesten Umfange nachkommen mußte, war er vollkommen erschöpft und gab offenherzig zu, sein einziger Wunsch sei, sich endlich auf einem kleinen Posten ausruhen zu können. Dazu waren im Augenblicke gerade die wichtigsten Gesandschaften unbesetzt[25]) oder in den Händen wenig tauglicher Männer und die Ueberlast der Geschäfte im Auswärtigen Amte so groß, daß nicht einmal die Zeitungen regelmäßig gelesen werden konnten. Endlich, und das erschien dem in diesen Tagen in Berlin weilenden Roggenbach als bestimmend: das Preußen der Neuen Aera hatte nichts vergessen. Hier brannte die Schmach von Olmütz, hier die Schande Schleswig-Holsteins, hier wirkten jetzt die Schwierigkeiten nach, die man von der Hofburg aus Preußen während der Zollvereinskrise und in der Neuenburger Angelegenheit gemacht hatte; für Roggenbachs Mahnungen, den Ernst und die Größe der Stunde für Preußen und zu Deutschlands Heil zu erfassen, war in einer solchen Atmosphäre kein rechter Raum[26]). Freilich, Schleinitz wäre nie gegen Oesterreich vorgegangen; aber

25) Oncken, Großherzog Friedrich, 1. Nr. 46. S 78. Roggenbach 22. 2. 1859.

26) Oncken, a. a. O. Nr. 48. S 86 ff. Der dort erwähnte „berüchtigte" Artikel der „Nationalzeitung", „der zuerst Preußen eine Stellung gegen Oesterreich statt gegen Frankreich zu geben suchte", ist wohl die Auslassung in Nr. 76, Berlin 15. 2., die in dem Satze gipfelte: „Wir sehen für Preußen keine Verpflichtung,

da er nicht der Mann scharfer Entschlüsse war, hatten die Bismarck, Pourtalès und Usedom einen nicht unbeträchtlichen Einfluß auf die allgemeine Stimmung gewonnen[27]).

So lähmte einer den anderen. „Alles beschränkt sich," schrieb Chlodwig Hohenlohe, der im März in Berlin war, „auf Mißtrauen gegenüber Oesterreich und auf eifersüchtige kleine Querellen[28])." Für eine große Politik waren der inneren Sorgen zu viel; man hatte kein rechtes Interesse an den äußeren Verwicklungen. Vor wenigen Monaten erst war der Umschwung erfolgt: nun drängte sich jeder, diese Flitterwochen konstitutionellen Lebens für Volk und Land nutzbar zu machen. Ein Jahrzehnt und mehr hatte man die Hände in den Schoß legen müssen: jetzt wollte man sie rühren. Ueberall Arbeit in Hülle und Fülle: da kam dieser italienische Handel höchst ungelegen. Man wußte nur zu gut, daß der Systemwechsel vom November 1858 ein durch keinerlei eigne Anstrengung verdientes Geschenk war; daher wollte niemand die Stille durch ein eiliges Wort zerreißen[29]). Alle Dinge schienen nur mit lockeren Fäden aneinander zu hängen und mühsam auf gläsernen Kugeln zu balanzieren. Deshalb freute man sich, diese Verwicklung in Italien vorläufig als eine vollkommen externe, Preußen kaum berührende, ansehen zu dürfen und rieb sich die Hände über die neue Verlegenheit Oesterreichs, „in der man eine Art Nemesis für Olmütz erblickte[30]), zum Teil hatte man für nichts anderes Sinn als für die Reform der preußischen Zustände, an der in aller Gründlichkeit gearbeitet wurde. Während der Mann des praktischen Lebens draußen im Lande für den Anschluß an Oesterreich eintrat[31]), herrschte am Dönhoffsplatz die arbeitsame Stille der Gelehrtenstube, und noch Ende März schrieb Haym: die Kammer sei völlig vergraben in innere Arbeiten, kaum daß man mit Männern wie Simson über die auswärtige Politik eingehender sprechen könne[32]).

---

sich ohne weiteres die Verantwortlichkeit für das System aufzuladen, welches Oesterreich seit 44 Jahren in Italien verfolgt."

27) Oncken, a. a. O. Nr. 48. S 86 ff.

28) Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten I. S 84. 14. 3. 1859.

29) M. Philippson, Forckenbeck, S 36.

30) K. Biedermann, Mein Leben, 2. S 140.

31) Vgl. Anhang Nr. 2, Seite 119/126.

32) J. Schultze, a. a. O. Nr. 146, S 90. Baumgarten 2. 4. 1859. Vgl. auch Baumgarten, Selbstkritik, S 490.

Aber das hatte tiefere Gründe als nur die momentane Arbeitslast in Preußen. Man hat in neuerer Zeit Bismarck und seiner übergewaltigen Persönlichkeit auch dies vorgeworfen: er habe durch die Ausschaltung des Abgeordnetenhauses aus dem Getriebe der äußeren Politik damit begonnen, „ein Geschlecht von Parlamentariern heranzuziehen, dem die Unterordnung der inneren Politik unter die Bedürfnisse der ihnen verschlossenen äußeren herzlich fern liegen mußte[33])." Man wird diesen Gedanken, insofern damit der insulare Charakter der geistigpolitischen Bildung des deutschen Parlamentarismus gekennzeichnet wird, gewiß nicht von der Hand weisen können. Aber es bleibt doch anzumerken, daß in dieser Formulierung zum mindesten eine nicht durchweg gerechtfertigte Unterschätzung der Widerstandskraft des deutschen Liberalismus gegen die ihm wesensfremde Dynamik des Bismarckschen Systems beschlossen liegt. Denn hier wirkten doch Kräfte, die kein einzelner, auch kein Bismarck, beliebig umbiegen und nach seinem Herrenwillen formen konnte. Die Männer, die dem großen Baumeister mitwerken halfen, waren festgeprägte, klarumrissene Persönlichkeiten; ihre Interessen gingen dorthin, wo die Aufgaben ihres Daseins, wo ihr bestes Können war: nach innen. Auch ihr Verhältnis zur Politik war nicht erst durch Bismarck geschaffen und festgelegt. Denn während einst die Energien der bürgerlichen Freiheitsbewegung Englands und Frankreichs nach außen gerichtet waren, auf die rationalen Gebiete der Technik, Wirtschaft und der Politik, zielten sie in Deutschland, wo die religiöse Vertiefung des Pietismus richtungweisend eingewirkt hatte, wesentlich doch auf die irrationalen Kräfte der Persönlichkeit und des Innenlebens. Die Gegebenheit handfester Realität wurde in der Bildungsinflation der zwanziger und dreißiger Jahre zu Nebel und Schatten; die Intellektualisierung des Lebens ließ den Blick für das tatsächliche Sein verkümmern. Dazu kam dann der gewaltige Einfluß Hegels, und „da ein wichtiges Motiv der Verbreitung von Hegels Philosophie in der Abwendung des gebildeten Publikums von der Wirklichkeit lag, so wurde immer mehr diejenige Seite seiner Philo-

33) Ziekursch, Pol. Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches, Band I. S 106.

sophie herangezogen, welche dieses Interesse befriedigte: die Selbstgenügsamkeit der idealistischen Gedankenwelt[34])."

Während sich Deutschland so in sich selbst versenkte, geschah aber auch draußen in der Welt nichts, was diesen Prozeß hätte stören können. Die turbulenten Kräfte der modernen Wirtschaftsweise steckten, indeß die Enklave Deutschland das Geschlecht heranbildete, von dem dereinst das äußere Reich vorbereitet und mitgebaut werden sollte, verborgen in den unfertigen Gliedern einiger weniger Dampfmaschinen oder Webstühle. Alle außenpolitische Tätigkeit zerschellte an der Allianz der drei Ostmächte, alles außenpolitische Interesse versackte in der Passivität des nach den Stürmen der französischen Revolution, nach den verzehrenden Kämpfen mit Napoleon I. ruhebedürftigen Europas. Die Innenpolitik hatte das unbedingte Primat, und Lorenz Nagel, der spekulative Kopf des Nationalvereins und seiner Wochenschrift, hat einmal in einer Besprechung einer Broschüre über die preußische Politik im Jahre 1860 darauf hingewiesen, wie in der Periode von 1815 bis 1848 alle Welt daran glaubte, nur innerpolitische Konflikte seien noch zu erwarten, nur von ihnen könnten historische Anstöße, nur dorther die Momente aller staatlichen Fortentwicklung kommen. Auch Gervinus' „Einleitung in die Geschichte des 19. Jahrhunderts" sei noch vollkommen in diesem Sinne geschrieben, und erst die Geschehnisse des Jahres 1859 hätten diesen Glauben ganz beseitigen können[35]). Aber noch sieben Jahre später, nach der erschütternden Revolution des Sommers 1866 und unmittelbar vor den Wahlen zum zweiten norddeutschen Reichstage, geißelte August Lammers[36]) in einem langen Artikel das außenpolitische, sich einst in der Begeisterung für die revolutionären Bewegungen Spaniens, Italiens und Griechenlands äußernde Interesse des deutschen Publikums und schloß diesen Teil seiner Betrachtung mit den Worten: „Aber mit der 1859 angehenden neuen nationalen Bewegung war jener frühere unnatürliche Zustand, die Folge der inneren Unmündigkeit, zu Ende ... Wie für Engländer und Nordamerikaner wird in Zukunft

34) Löwenstein, Hegels Staatsidee, ihr Doppelgesicht und ihr Einfluß im 19. Jahrhundert. S 74

35) Wochenschrift des deutschen Nationalvereins Nr. 6. Koburg 8. 6. 1860. Politische Literatur. Nagel signierte seine Artikel mit N. Ueber ihn v. Eckardt, Lebenserinnerungen, 2. S 286 ff. Vgl. auch Oncken, Bennigsen, I. S 453/4.

36) Ueber Lammers: A. Emminghaus, A. Lammers und Oncken, a. a. O. S 457.

auch für uns immer die innere Politik im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehen[37]." So war es erklärlich, daß man in Preußen lange Zeit teilnahmslos blieb und jede entschiedene Aeußerung vermied[38].

Dennoch aber empfand man hier genau so stark wie im übrigen Deutschland wieder einmal die völlige Unhaltbarkeit der staatlichen Verhältnisse des Deutschen Bundes. Zumindest sah man, daß dessen schwerfälliges Panzergefüge in der Zeit der Zündnadeln und gezogenen Geschütze auch für eine leidlich wirkungsvolle Defensive unbrauchbar war. Ehe die Souveränseitelkeit der deutschen Bundesfürsten eine Einigung über die Person und die eventuellen Machtbefugnisse des obersten Kriegsherrn zugelassen hätte, wäre der Feind schon im Herzen Deutschlands gewesen. Dazu waren Ausbildung wie Ausrüstung der verschiedenen Bundeskontingente keineswegs gleichartig: über den geringen Kampfwert einer in dieser Weise zusammengesetzten Armee konnte kein Zweifel sein. Die Bundeskriegsverfassung wie der Deutsche Bund selber existierten nur deshalb noch, weil sie bisher keine ernsthafte Krisis zu bestehen hatten. Jeder nachdrückliche Stoß würde das Mosaik Mitteleuropas in seine einzelnen Bestandteile zerlegen, würde die Ordnung der Alten Welt auf das bedenklichste gefährden: diese Lehre zog man aus den Geschehnissen des Frühsommers 1859. Wieder, wie das aus der Geschichte der Jahre 1813—1815 hervorging, würde dann das deutsche Volk in die Bresche springen und den Bestand der Nation retten müssen, den zu bewahren die Fürsten unfähig schienen.

Und wie schon 1840 und in der Krisis von 1854 regt sich die Furcht vor einem gleichzeitigen Angriff von West und Ost[39]. Wieder erwacht der alte Wunsch, den Reichtum der deutschen Individualkräfte in einer festen Organisation zusammenzufassen und zur Nation zu verschmelzen. Freilich, 1840 war das ein schöner Traum geblieben, und auch 1854 kam es nur zu ersten, bald erlahmenden Anläufen. Jetzt war die Situation aber tiefgehend gewandelt. Jäh aufgerüttelt aus dem zehnjährigen Schlaf politischer Ermattung,

---

37) Wochenblatt des deutschen Nationalvereins Nr. 117, Heidelberg 15. 8. 1867. Die auswärtige Politik der Parteien in Deutschland. Lammers pflegte seine Artikel mit L zu zeichnen.

38) Vgl. Anhang Nr. 3, Seite 120.

39) Vgl. etwa „Wochenschrift" Nr. 31. Koburg 30. 11. 1860. Norddeutsche und süddeutsche Anschauungen und Streitpunkte. Der Artikel stammt von Nagel.

mächtig berührt durch den Umschwung in Preußen, hart angepackt von wirtschaftlichen Sorgen, schmerzhaft gestachelt durch die nationale Bewegung in Italien: so suchte man die Hefte wieder hervor, aus denen die alte Generation vor elf Jahren die deutsche Einigung hatte lehren wollen. Die alten Theorien erwachen zu neuem Leben, und allgemach beginnt die politische Welt sich in zwei große Lager zu trennen, die sich durch ihre Einstellung zu dem Problem der deutschen Einigung und ihre Haltung Oesterreich gegenüber von einander unterscheiden.

Indessen waren die Dinge ihren Weg gegangen. Ende April hatte Oesterreich in Turin ein Ultimatum abgegeben, dem der Kriegsausbruch unmittelbar folgen mußte und gefolgt war. So ergab sich für Piemont und Frankreich die angenehme Situation, Oesterreich als den Friedenstörer hinstellen zu können, und wirklich setzte in Europa ein nachdrücklicher Stimmungsumschwung zu ungunsten des Kaiserstaates ein, der durch die ersten österreichischen Niederlagen natürlich neue Nahrung erhielt. England sah, daß sich Oesterreich für die Ziele seiner Politik als unbrauchbar erwiesen hatte, und daß es zunächst in der gegen Napoleon aufgestellten Rechnung als sehr unsicherer Posten zu streichen war. Rußland mobilisierte vier Armeekorps, und Preußen betonte, wenngleich der Prinzregent mit seiner Empörung über die Erklärung Napoleons und die revolutionäre Erhebung in Mittelitalien nicht hinter dem Berge hielt, nachdrücklich seine neutrale Stellung. Auf Deutschland mußten die Mißerfolge Oesterreichs ganz besonders wirken. Von Anbeginn der Krise hatte man sich hier ja von Frankreich ernsthaft bedroht gefühlt, und die Hofburg hatte nichts unterlassen, dies Gefühl durch die Haltung der ihr ergebenen Presse zu bestärken. Da der Wortlaut der Bundesakte nicht ausreichte, Deutschland in diesen Kampf mit hineinzuziehen, griff Wien zu dem Mittel der populären Agitation, das mit großem Erfolge angewandt wurde. Wenigstens zunächst war die von der Hofburg inszenierte Pressekampagne sehr ertragreich; nach der österreichischen Kriegserklärung, nach den ersten ungeschickten Operationen Gyulays kühlte sich die schwarzgelbe Begeisterung des Südens dann aber doch ziemlich bald und recht gründlich ab. Selbst konservative Kreise erklärten sich nun für Preußen. Ende Juni war selbst der König von Württemberg entschieden für die oberste Leitung Deutschlands durch den Prinz-

regenten eingetreten[40]), und zur gleichen Zeit berichtete der Korrespondent der „Kreuzzeitung", das ganze Volk sehe die Führung Deutschlands durch Preußen als Selbstverständlichkeit an[41]).

Bei den Liberalen war der Umschwung natürlich bereits früher erfolgt. Schon Mitte Mai erklärte der „Stuttgarter Beobachter", der kurz vorher noch mit aller Energie für Oesterreich eingetreten war, die Demokratie sei jedem Absolutismus feind, dem Oesterreichs nicht weniger als dem Napoleons. So sehr aber gegenwärtig der bonapartische Absolutismus gehaßt werde, es „ist, wie wir früher schon ausgesprochen, bei demselben gegenüber vom österreichischen doch immer noch ein Trost: der bonapartistische ist vorübergehend, der österreichische aber unsterblich[42])." Und einige Tage später warnte er Deutschland davor, die „solidarische Haftbarkeit für die italienischen Händel Oesterreichs" zu übernehmen, wenn es sich nicht zum Mitschuldigen der österreichischen Reaktion machen wolle[43]). Langsam verschob sich hier also das Bild des Krieges. Hatte man zuerst darauf gehofft, von einem siegreichen Oesterreich als Lohn für die ihm geleistete Hilfe die Einigung Deutschlands über Preußen hinweg geschenkt zu erhalten, so regten sich jetzt als notwendige Folge der sinkenden deutschen Stellung Oesterreichs und seines Regierungssystems stark gegenläufige Tendenzen.

Auch Norddeutschland wuchs nun langsam in das Bild hinein, das Sybel von der dort herrschenden antiösterreichischen Stimmung gezeichnet hat[44]). Zwar die Masse war Gedankengängen, wie sie etwa Lassalle, Rößler oder Bismarck äußerten, immer noch weltenfern; zwar verteidigten sich die Zeitungen noch ernsthaft gegen den von Wien aus gemachten Vorwurf der Stellungsänderung[45]), aber grade diese war nicht mehr anzuzweifeln. Sobald der erste Schrecken vorüber war, begann man die Sachlage mit kühleren Augen zu betrachten. „Wir sind alle entrüstet über die nichtswürdige Politik, die seit Anfang dieses Jahres und schon länger in

40) J. Schultze, a. a. O. Nr. 200, S 143, v. Zschock, 22. 6. 1869.
41) „Kreuzzeitung" Nr. 145. Berlin 25. 6. 1859.
42) „Beobachter" Nr. 114. Stuttgart 19. 5. 1859. Louis Napoleon, Franz Joseph und das Papsttum.
43) Ebd. Nr. 116, 21. 5. 1859. Die Haltung Preußens.
44) Sybel, a. a. O. S 314.
45) „Kölnische Zeitung" Nr. 69, 10. 3. 1859.

Paris befolgt wird," schrieb die „Kölnische Zeitung", „wir stehen in treuer vaterländischer Gesinnung wie ein Mann gegen napoleonischen Ehrgeiz und französische Eroberungsgelüste. Aber wir sind alle liberale Blätter, die heute wie von je Oesterreichs Metternichsche Politik in Italien mißbilligen ... Wir sind keineswegs der Ansicht, daß Preußen und Deutschland sich ohne weiteres in einen auf diese Weise heraufbeschworenen Krieg hineinzerren lassen müssen[46])." Das war recht deutlich und wurde überall aufgenommen und wiederholt. Niemand wollte jetzt noch etwas von einem bedingungslosen Eintreten für Oesterreich wissen. Man protestiert in der Presse gegen die Mobilmachung. Man überlegt, ob die von Oesterreich für den Eintritt Preußens in den Krieg geltend gemachten Gründe stichhaltig seien; man fragt sich, ob Preußen ein Interesse habe, „einen alten Rivalen und seinen vielleicht gefährlichsten Feind in Europa zu unterstützen." Es handele sich für Oesterreich zwar um Existenzfragen, aber ebenso gehe es auch um Preußens Dasein. Das redete und schrieb eine öffentliche Meinung, die zwei Monate zuvor fast einstimmig gewünscht hatte, Preußen solle auf Paris marschieren, gleichgültig, ob Oesterreich geschlagen werde oder nicht, und die damals Elsaß-Lothringen als Kriegsziel aufstellte.

Mit dem Stimmungsumschwung in Deutschland[47]) hatte das ganze Problem ein neues Gesicht bekommen. Das Versagen Oesterreichs richtete von selbst alle Hoffnungen auf Preußen, dessen führendes Hervortreten allgemein selbst an den süddeutschen Höfen als notwendig empfunden wurde. Gleichzeitig ergab sich aber auch aus der geminderten Machtstellung der Donaumonarchie ein erhebliches Nachlassen des von ihm bisher auf das liberale Deutschland ausgeübten Druckes. Das fühlte man besonders in den Kreisen der süd- und mitteldeutschen Demokratie, die in den zehn Jahren politischer Bevormundung nichts vergessen und nur wenig zugelernt hatte. Kaum erwacht, forderte man hier in Kammerreden, Leitartikeln, Flugblättern und Broschüren als einzige Möglichkeit, das Wirrnis des Tagesgeschehens fruchtbringend zu gestalten, ein deutsches Parlament, noch immer ohne zu bedenken, daß dieses Parlament wie eine Phantasmagorie in der Luft schweben und bei dem ersten Zu-

46) Ebd. Nr. 115. 26. 4. 1859. Oesterreich und die öffentliche Meinung.
47) Vgl. Anhang Nr. 4, Seite 120.

sammenprall mit ernsthaften Gewalten schillernd vergehen würde. Aber diese Velleitäten waren doch eben ein Zeichen für das Bewußtsein, daß sich die Lage gründlich geändert hatte. Langsam dämmerte, wie Lorenz Nagel ein Jahr später darlegte, die Ueberzeugung herauf, „daß die Frage der deutschen Einheit wesentlich eine Frage der Macht sei und von dem übrigen Europa ausschließlich in diesem Lichte gesehen werde[48])." Und ebenso begann man nun zu sehen, daß das Problem der Einheit auch die Frage der Freiheit umfasse, daß der Besitz der Freiheit nur durch die Einheit gewährleistet werde, und daß man nötigenfalls auf die Freiheit zunächst verzichten müsse, um die Einheit zu gewinnen. Die Einheit aber, das war der große Fortschritt seit 1848, konnte nur errungen werden, wenn man den Hebel auf fester Unterlage ansetzte; und diese Unterlage mußte Preußen sein. Diese Ueberzeugung gibt sich nun an den verschiedensten Orten kund; zwar nicht immer in klaren Worten und, so besonders im Süden, mit der Hervorhebung, daß man Preußen die Führerstellung nur für die Dauer des Krieges einräumen wolle: konnten aber die Kreise, die ihre Erklärungen so verklausulierten, glauben, Preußen werde nach Beendigung des Krieges, für den sein Eingreifen gefordert wurde, freiwillig auf die ihm gewordene Macht verzichten? Konnten sie annehmen, es zu diesem Verzicht zwingen zu können? Mußten sie nicht zu der Ueberzeugung kommen, daß, wenn Preußen ihren Aufforderungen folgte, kein Zurück mehr möglich war?

Wenn also die Wiesbadener Erklärung[49]) vom 21. Juni die militärische und diplomatische Leitung Deutschlands durch Preußen nur für die Dauer des Krieges wollte, so sah das in der Tat einer verkappten Zustimmung zu einer dauernden Uebernahme der deutschen Hegemonie sehr ähnlich[50]). Freilich, was dann nach der Beendigung des Krieges werden sollte, wie man sich das Verhältnis zu Oesterreich dachte, darüber war nichts gesagt. Aber schon hier taucht der Wunsch nach einem Parlamente auf und ebenso die Anregung zur Gründung von Vaterlandsvereinen, die die Massen zur Erreichung des einen großen Zieles, der deutschen Einheit, organisieren sollten. Etwa dasselbe forderte die in den ersten Julitagen

48) „Wochenschrift" Nr. 6. Koburg 8. 6. 1860.
49) Vgl. Oncken, Bennigsen, I, S 322 f.
50) Biedermann, a. a. O. 2. S 146.

bekanntwerdende Erklärung Stuttgarter Liberaler vom 29. Juni, an der Varrentrapp[51]) und Hölder[52]) den größten Anteil hatten. Auch hier, wo die Führung Deutschlands durch Preußen ebenfalls ausdrücklich auf die Dauer des Krieges beschränkt werden sollte, war über das Verhältnis zu Oesterreich Stillschweigen bewahrt. Man wird aber wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß Oesterreich in Deutschland ein maßgebender Einfluß gewahrt bleiben sollte: hatten doch selbst Konservative und großdeutsche Demokraten diese Erklärung mit unterschrieben. Die wesentliche Bedeutung dieser Vorgänge lag auf parteipolitischem Boden, also darin, daß sich zum ersten Male seit 1848 wieder Konstitutionelle und Demokraten zu gemeinsamer Agitation zusammengefunden hatten. Ihr eigentlicher Zweck war aber, eine ebensowohl nach außen hin wie innenpolitisch wirksame Demonstration abzugeben. Einerseits beabsichtigte man durch möglichst viele und bestimmte Aeußerungen der öffentlichen Meinung warnend auf Frankreich einzuwirken, dann meinte man aber auch, den Rheinbundsgelüsten der süddeutschen Fürsten entgegentreten zu können, wenn man sie mahnend auf die nationale Einmütigkeit ihrer Völker hinwies. In diesem Sinne hatte man sich schon im Februar in München zu dem Versuch entschlossen, die liberalen Parteien des Südens zu gemeinsamem Handeln zusammenzufassen und dasselbe Ziel, wenn auch modifiziert und durch die politischen Ereignisse der letzten Wochen mannigfach abgewandelt, verfolgten die im Laufe des Mai in Nassau stattfindenden Konferenzen zwischen Gothaern und Großdeutschen, deren Resultat die Wiesbadener Erklärung war. Gleichzeitig versuchte man auch schon, Liberale und Demokraten unter einen Hut zu bringen und die Reichsverfassung von 1849 auszuspielen. Aus allen diesen Projekten wurde dann schließlich aber doch nichts, zum Teil, weil man sich davor fürchtete, den Prinzregenten durch allzu stürmisches Vorgehen zu verletzen, zum Teil, weil die Nachricht vom Waffenstillstand zunächst eine ganz veränderte Situation schuf. Immerhin waren aber doch schon Anknüpfungspunkte gewonnen und gewisse Grundlagen geschaffen,

51) Biedermann, a. a. O. 2. S 150. Preußische Jahrbücher Bd. 61. Berlin 1888 S 219: Beteiligung Varrentrapps und Hölders.

52) Vgl. Anhang Nr. 5, Seite 120/121.

von denen man bei den späteren Verhandlungen, die zur Gründung des Nationalvereins führten, wieder ausgehen konnten[53]).

Versuche dieser Art waren ja schon häufiger gemacht worden. Immer, wenn starker außenpolitischer Druck auf Deutschland lastete, dachte man daran, die Situation zur Abwehr der von außen drohenden Gefahren für die Mobilisierung breiter Massen zu benutzen, sodann aber auch die dabei notwendig entstehenden Parteiorganisationen als Druckmittel zur Aenderung der innenpolitischen Lage zu verwenden; es war mehr als einmal ausgesprochen, daß Reformen in den Einzelstaaten nur von einer Aufrollung der umfassenderen deutschen Frage zu erwarten waren[54]), und da man in der Feindschaft zwischen Liberalen und Demokraten eine sehr wesentliche Ursache für den Mißerfolg von 1848 sah[55]), war es erklärlich, daß europäische Krisen jedesmal in Deutschland den Wunsch zur Folge hatten, über die Parteiunterschiede hinwegzukommen und den Liberalismus in all seinen Schattierungen zu einer gemeinsamen Front gegen die Reaktion zusammenzufassen. Absichten dieser Art wurden seit der Niederlage von 1848 erst während des Krimkrieges wieder laut. Zu Anfang des Jahres 1855 sammelten sich Vertreter der württembergischen Demokratie zu gemeinsamen Konferenzen in Nörtingen und Ulm und besprachen die Organisation einer ganz Deutschland umfassenden demokratischen Partei, dachten gleichzeitig aber auch schon an einen Zusammenschluß mit den Altliberalen[56]). Im Sommer forderten dann auch die Kammern vornehmlich Süddeutschlands eine gründliche Reform der innerdeutschen Zustände. „Auch das schwerwiegende Wort:

---

53) Vgl. dazu Ernst II, a. a. O. 2. S 518. Heyderhoff, 1. S 37/38, Nr. 8. Duncker 20. 5. 1859.

54) Mommsen, a. a. O. I. S 170.

55) Ebd., S 178. Vgl. auch „Wochenschrift" Nr. 13. Koburg 27. 7. 1860. Der Nationalverein, seine Aufgaben und Erfolge. Nagel, der Verfasser dieses Artikels, stellte aber doch die „idealistische Ueberschätzung des Wortes" als Ursache für den Mißerfolg von 1848 in den Vordergrund. Erst in zweiter Linie wird die zwischen Konstitutionellen und Demokraten bestehende Feindschaft und das Fehlen einer Partei, die den Massen als Zentralisationspunkt hätte dienen können, verantwortlich gemacht. Dazu auch: Wochenblatt des deutschen Nationalvereins Nr. 85. Heidelberg 3. 1. 1867. Der Nationalverein vor und nach dem Kriege. Nagel.

56) Akt. d. Pol.-Präs. Berlin, Geh. Präs. Reg.: Wochenberichte aus Hannover. Wochenbericht 4. 1. 1857 und Nr. 8. 16. 7. 1859.

Volksvertretung beim Bunde wurde vernommen[57]). Diese Versuche scheiterten, da die außenpolitische Lage sich bald wieder konsolidierte und die für Deutschland anscheinend drohenden Gefahren sich als nicht so schwerwiegend erwiesen. Dann aber, und das wird entscheidend gewesen sein, war es nicht möglich, die Verbindungen zu bekommen und die Anknüpfungspunkte zu gewinnen, die zur Durchführung der geplanten Parteiorganisation notwendig waren. Nur wenige demokratische Größen von 1848 hatten sich inzwischen wieder politisch betätigt oder standen an einer Stelle, die die Aufnahme der alten Beziehungen ermöglicht hätte, andere weilten seit Jahren im Auslande, wieder andere hatten resigniert und waren müde geworden, und bei den Altliberalen herrschte ein gründlicher Horror vor allen lauten Massenbewegungen. Endlich war die Stellung der Mittel- und Kleinstaaten, so lange Preußen keine energischeren Versuche machte, aus dem Fahrwasser der österreichischen Politik herauszukommen, eine unerschütterte; sie wären sofort gegen alle Versuche dieser Art vorgegangen[58]). Daher hielt die Oeffentlichkeit alle diese Pläne für törichte Phantastereien und lehnte sie vollkommen ab. Erst die politischen Ereignisse des Sommers 1859 schufen dann die Situation, die zu ihrer Verwirklichung notwendig war; jetzt endlich, zu neuer Zeit und von einer anderen Generation wieder hervorgeholt, erwachten diese Gedanken zum Leben.

Alledem machte freilich der überraschende Friede von Villafranca ein vorläufiges Ende. Man stand zunächst ganz unter dem Eindrucke des Laxenburger Manifestes und des vom „Mainzer Journal" am 18. Juli 1859 in die Welt gesetzten Gerüchtes vom Mediationsprojekt Preußens[59]), nach welchem die Lombardei, die Herzogtümer und Venetien aus dem österreichischen Staatsverbande ausscheiden sollten. Aber nach den Publikationen der „Preußischen Zeitung" vom 23. und 27. Juli schlug dann die Stimmung zu ungunsten Oesterreichs um[60]). Schon am 16. Juli war in der offiziel-

57) Sybel, a. a. O. 2. S 235.

58) Vgl. Anhang Nr. 6, Seite 121/122.

59) Vgl. das von Sybel berichtete Gespräch Napoleons mit Franz Joseph in Villafranca: Sybel, a. a. O. 2. S 327.

60) Baumgarten, Selbstkritik, a. a. O. S 493. . . . „Jedermann hatte die Empfindung, von Oesterreich und seinen Anhängern, dem ultramontanen Klerus, der antinationalen Aristokratie, den kleinen Dynastien, dem engen, vor jeder

len „Prager Zeitung“[61]) ein langer Artikel über die zum Frieden führenden Motive erschienen, der mit den rasch zu Tagesruhm gekommenen Sätzen schloß: „Wenn man bisher sich noch einer Täuschung über die Politik Preußens hingeben konnte, so war das nach der Protestation Preußens gegen unsern Antrag, ihm den Oberbefehl über die Bundesarmee von Bundes wegen zu übertragen, nicht mehr möglich. Es lieferte diese Protestation den klaren Beweis, daß Preußen nach der Hegemonie in Deutschland, also nach dem Ausschlusse Oesterreichs aus Deutschland strebte. Da die treulose Lombardei unendlich weniger wert ist, als die Behauptung unserer Stellung in Deutschland, gaben wir sie hin, um zum Frieden zu gelangen.“ Das war noch deutlicher als das mit der Erklärung Napoleons von Valeggio so seltsam kontrastierende Manifest Franz Josephs. War daraus nicht zu folgern, daß Oesterreich, welches lieber auf eine Provinz verzichtete, als Preußen und Deutschland die Möglichkeit eines Sieges über Frankreich zu gönnen, „allenfalls auch fähig sei, zur Zerstörung des Reiches mit dem Gegner Kontrakt zu schließen[62]) ?“ Und solche Besorgnisse gewannen um so mehr an Wahrscheinlichkeit, je weniger, wie man bald erkannte, sich die allgemeine politische Lage Europas konsolidiert hatte, je klarer man sah, daß die bei Beginn des Krieges offen zutage tretenden äußeren und inneren Spannungen latent weiterarbeiteten. Was war denn eingelöst von jenem Versprechen: Italien frei bis zur Adria? Die Oesterreicher waren wohl aus der Lombardei verdrängt, aber Venetien und die Festungslinien linksseit des Mincio blieben in Oesterreichs Hand, die Herzöge von Parma und Modena wurden restauriert, und aus dem einigen, freien Italien, für dessen Schaffung jenseits der Alpen der Krieg geführt worden war, sollte eine Konföderation unter päpstlichem Vorsitz werden, deren Flanke österreichische Geschütze bestrichen[63]). Und weiter: konnte denn nach dem Eingeständnisse Louis Napoleons, er habe Frieden geschlossen, um nicht am Rheine gegen Deutschland kämpfen zu

---

gesunden Entwicklung zitternden Partikularismus in der verdrießlichsten Weise betrogen zu sein.“ . . .

61) Abdruck: „Kreuzzeitung“ Nr. 166. Berlin 20. 7. 1859.

62) Wehrenpfennig, Geschichte der deutschen Politik unter dem Einfluß des italienischen Krieges. S 75.

63) Bernhardi, 3 S 249.

müssen, irgendeiner der Gründe weggefallen sein, die den dritten Napoleon immer wieder in Kämpfe und Abenteuer treiben mußten? Die Unsicherheit seiner Stellung im Innern war keineswegs gemindert, und der mit dem „Sicherheitsgesetz" in die Wege geleitete Versuch, die breiten Grundlagen seiner Herrschaft durch Bajonettspitzen zu ersetzen, mußte von bleibender Wirkung auf die Richtung der französischen Außenpolitik sein. Und konnte denn dieser Friede, ehe noch die Hauptarbeit getan war, dem Gloirebedürfnis Frankreichs genügen[64])? Endlich ließ der Jubel französischer Zeitungen darauf schließen, daß die Konvention von Villafranca mehr bedeute als nur eben den Abschluß eines Krieges. So hieß es im „Pays": „Ein Friede wie wenige; welchen Krieg mußte man nicht gegen Deutschland und dann auch gegen England führen, wenn der Kaiser durch seine geschickte Mäßigung die gegen ihn geschmiedeten Pläne nicht zuschanden gemacht hätte? Oesterreich wird ohne Zweifel ein treuer Bundesgenosse Frankreichs sein, und der Kaiser Napoleon wird das Band der Versöhnung mit Rußland sein. Welche großen Dinge können aus der Vereinigung der drei Kaiser hervorgehen[65])." Zwar hatte ja das französische Blatt im Interesse des Kaisers, der aus seinen Pyrrhussiegen in Italien zu retten suchte, was irgend zu retten war, den Mund reichlich vollgenommen[66]), aber bei all dem gleich nach Beendigung des Krimkrieges einsetzenden französischen Liebeswerben um die Gunst Rußlands schien es jetzt doch sehr wahrscheinlich, daß Napoleon nicht nur die russische[67]), sondern auch die österreichische Allianz in der Tasche hatte[68]). Gerüchte von geheimen Friedensartikeln tauchen auf, nach denen sich Oesterreich durch Schlesien, Frankreich durch die Rheinprovinz kompensieren werde[69]). Und nicht nur Deutschland, auch England wurde durch die unsichere Lage schwer beunruhigt. Zwar wurden ja die Heerlager von Châlons

64) v. Eckstädt, a. a. O. I. S 341.
65) Wehrenpfennig, a. a. O. S 77.
66) Sybel a. a.O. 2. S 332.
67) Bernhardi 3. S 269.
68) J. Schultze, a. a. O. Nr. 217. S 156. Koburg 12. 7. 1859. Vgl. auch die Politische Korrespondenz der Preußischen Jahrbücher vom 15. 9. 1859.
69) Treitschke, Briefe 2. S 39. Bernhardi 3. S 248 f. J. G. Droysen, Briefwechsel, Nr. 1017.

und Helfaut Anfang August aufgelöst: wie trüb blieb aber doch die Lage! Und wie traurig sah es in Innerdeutschland aus: größer denn je, so schien es, die Gegensätze, unüberbrückbar der Abgrund von Mißtrauen, Neid und gegenseitigem Haß. Wenn es zum Kriege kommen sollte, was würde Preußens Rüstung in diesem Chaos der Bundeskriegsverfassung nützen können? So lag, wie man glauben mußte, das Heil allein in einer kräftigen Zentralgewalt. Und mehr noch: alles Heil lag beim Volke, bei der öffentlichen Meinung, deren ganze sittliche und ideelle Kräfte mobilisiert werden mußten, Preußen die Führung Deutschlands zu verschaffen.

Zweites Kapitel

Von der Eisenacher Erklärung bis zur konstituierenden Versammlung des Deutschen Nationalvereins

Während des Italienischen Krieges hatte der Mittelpunkt der europäischen Politik monatelang in Berlin gelegen[1]); alles schien sich darum zu drehen, ob Preußen gegen Frankreich marschieren werde oder nicht. Denn wenn Preußen zu den Waffen griff, dann hätte das übrige Deutschland kaum zaudern können, ebenfalls zu mobilisieren, und damit wäre auch eine aktivere Haltung Englands möglich geworden. So war Preußen ganz von selbst in den Vordergrund des innerdeutschen Interesses getreten: wieder einmal, wie schon in den Rückwirkungen des preußischen Umschwunges auf die deutschen Verhältnisse hatte sich gezeigt, daß Deutschland auf Preußen angewiesen, daß seine eigensten Geschicke unlöslich mit denen Preußens verbunden waren. Zudem hatte sich die außenpolitische Lage noch weiter verschärft: Villafranca schien nicht nur das Ende des Italienischen Krieges, sondern gleichzeitig der Anfang weiterer doppelt gefährlicher Bedrohungen zu sein. Und die als unvermeidbar geltende Auseinandersetzung mit Frankreich mußte für Deutschland mit einer vernichtenden Niederlage enden, wenn es nicht vorher gelang, den sich als unbrauchbar erweisenden Deutschen Bund durch eine schlagkräftigere politische Organisation zu ersetzen.

So schienen sich die deutschen und die spezifisch preußischen Interessen mittwegs zu treffen: Deutschland brauchte Preußen,

---

1) Die Wiener „Ostdeutsche Post" schrieb anläßlich der Entsendung Windisch-Grätz' nach Berlin: . . . „Seit Friedrich dem Großen ist Berlin noch nie in so hohem Maße der Schauplatz der großen Politik gewesen wie jetzt." Abdruck in der „Kreuzzeitung" Nr. 157. Berlin 9. 7. 1859.

Preußen aber brauchte Deutschland. Und da es nur die Wahl hatte, entweder auf all seine hundertjährigen Machtträume gänzlich zu verzichten oder sie zu realisieren und sich aufs neue zur europäischen Stellung eines Friedrich des Großen emporzuschwingen, mußte sein Ziel dahin gehen, in günstiger Stunde die deutsche Hegemonie zu erringen. Aber dieses aus der staatlichen Besonderheit Preußens notwendig hervorgehende Ziel würde unerreichbar bleiben, wenn es sich etwa allein an die überschwere Aufgabe herangewagt hätte. Solange Oesterreich noch bestand, konnte Preußen nur einen einzigen Alliierten haben, der ihm geholfen hätte, das große Werk zu vollenden. Und nun war sein einziger, treuester Bundesgenosse ganz nahe; Deutschlands Interessen waren auch die Peußens. Deutschand, das Deutschland des Volkes, nicht das der Fürsten, war dieser einzige treueste Alliierte.

So erscheinen denn am 17. Juli die Eisenacher, am 19. Juli die hannoversche Erklärung, die das, was die Veröffentlichungen der Süddeutschen nicht laut und klar zu sagen wagten, scharf und knapp formulieren. Von wem der eigentliche Anstoß zu diesen Publikationen ausging, ist schwer zu sagen. Seit dem März lagen alle diese schon von den Wiesbadenern und Stuttgartern angedeuteten Gedanken „gleichsam in der Luft“ [2]). Sicher ist aber, daß Biedermann einen nicht unwesentlichen Einfluß auf den Lauf der Dinge gehabt hat. Er war schon Anfang Mai mit Schulze-Delitzsch, Brater, wohl auch, wenngleich nur indirekt, mit Bennigsen und anderen Führern des hannoverschen Liberalismus in Verbindung getreten, um von ihnen zu erfahren, ob eine Bewegung im kleindeutschen Sinne, zu der er anregte, bei der momentanen Lage der öffentlichen Meinung durchführbar sei [3]). Aus den ihm zugehenden Antworten ergab sich zwar, daß überall eine derartige Bewegung lebhaft begrüßt worden wäre, daß man aber vor der Schwierigkeit, Anknüpfungspunkte und eine Einigungsbasis zu finden, zurückscheute und fürchtete, durch erfolglose Versuche der Sache selbst zu schaden. Besonders bedenklich waren die Münchener [4]), aber nicht viel besser klang es auch aus Preußen: „Ueber-

2) Mommsen, a. a. O. I. S 177.
3) Biedermann, a. a. O. 2. S 137 ff.
4) J. Schultze, a. a. O. Nr. 171. S 111. 19. 5. 1859.

all Spaltung und Konfusion", wie Schulze schrieb [5]). Und auch in Hannover herrschten bei aller Bereitwilligkeit, an gemeinsamen Konferenzen teilzunehmen, sehr starke Zweifel an deren Ausgang. Hier dachte man vielmehr zunächst daran, den volkswirtschaftlichen Kongreß „durch eine auf den Krieg berechnete Tagesordnung" [6]) zu einer Bewegung im Sinne Biedermanns zu benutzen. Erst das Vorgehen der Süddeutschen scheint hier, wie in Berlin, wo Schulze-Delitzsch eine Zeitlang ebenfalls auf den volkswirtschaftlichen Kongreß rechnete [7]), anregend gewirkt zu haben [8]). Am 8. Juli verabreden Bennigsen und Albrecht mit Lammers eine Versammlung, von der eine Erklärung wie die der Württemberger veröffentlicht werden sollte.

Inzwischen war aber auch Mitteldeutschland nicht untätig geblieben. Hier lag die Führung der Bewegung unbedingt in den Händen der Demokratie unter Leitung des Rechtsanwaltes Fries, der im Weimarischen Landtag als Haupt der Opposition eine bedeutende Rolle spielte [9]). Schon Anfang Juni fanden in Koburg die ersten Besprechungen statt, an denen auch Streit [10]), der spätere Geschäftsführer des Nationalvereins, teilnahm [11]). Hier hat man anscheinend die Grundlagen für die Zusammenarbeit mit den Vertretern der demokratischen Parteien anderer Staaten verabredet und dann die Anwesenheit Schulze-Delitzsch's in Weimar, der dort in der Pfingstwoche eine Tagung seiner gewerblichen Vorschuß- und Kreditvereine abhielt, dazu benutzt, mit ihm auf Grund der in Koburg gefundenen Basis zu verhandeln [12]). Nach weiteren Besprechungen mit Rechtsanwalt Titus, dem Führer der nordbayrischen Demokratie, wurde dann der Termin für eine rein demokratische, vertrauliche Versammlung zunächst auf den 2. und

---

5) Biedermann, a. a. O. Nr. 202. S 145.

6) J. Schultze, a. a. O. Nr. 202. S 145. 24. 6. 1859.

7) Ebd. Nr. 219. S 158. Koburg 15. 7. 1859.

8) Ebd. Nr. 214. S 154. 9. 7. 1859. Der Adressat des Briefes ist wahrscheinlich der Präsident Lette, der am 3. 7. in einem Briefe an Lammers eine Erklärung hannoverscher Liberaler ähnlich der Stuttgarter angeregt hatte. Emminghaus, S 78/9.

9) Vgl. Anhang Nr. 7, Seite 122/123.

10) Ueber Streit vgl. Bechstein, Feodor Streit.

11) Neumann, die Mitarbeit der Thüringer . . . S 7.

12) Dr. Richard Le Mang, Der deutsche Nationalverein, Berlin 1909, S 11. Neumann, a. a. O. S 8.

3. Juli festgesetzt, aber mit Rücksicht auf die aus Bayern und Preußen geäußerten Wünsche schließlich auf den 16. und 17. Juli verschoben [13]).

Und vom 17. Juli datierte dann die wie ein Blitz einschlagende Erklärung deutscher Demokraten. Die hier zusammengekommenen Männer waren fast ausschließlich Angehörige der Mittel- und Kleinstaaten. Sie hatten das ganze Elend der durch die Bundesakte heiliggesprochenen deutschen Vielstaaterei aus der Nähe beobachten können und waren von vornherein geneigter, ihre vielen Zwergfürsten gegen ein strafferes Regiment einzutauschen. Sie alle kannten die absolute Bedeutungslosigkeit ihrer kleinen Länder für den Gang der großen Politik; während man in Preußen dem Lauf der Dinge draußen in der Welt in leidlicher Ruhe zusehen konnte, mußten sie bei jeder Verwicklung auf böse Wendungen gefaßt sein. So ist denn das Dokument von Eisenach wie aus einem Guß, und was wenige Wochen zuvor nur angedeutet wird, ist jetzt in kurzen Worten gesagt. Auch hier hat man noch nicht eigentlich an eine endgültige Neuordnung der deutschen Zustände gedacht. Alle Forderungen hatten zunächst nur den einen Zweck, die Kriegstüchtigkeit Deutschlands zu heben. Dahinter tauchte dann allerdings der Wunsch auf, von der Begeisterung des Krieges soviel wie irgend möglich in den Frieden hinüber zu retten und zu einer gründlichen Reform der innerdeutschen Verhältnisse zu benutzen. So tritt denn der auch in diesen Kreisen gehegte Gedanke an einen Zusammenschluß aller liberalen Parteien etwas zurück. „Wir können nicht transigieren", schrieb Fries, „sondern nur nächste Zielpunkte aufstellen, wonach wir mit den anderen gemeinsam gehen werden." [14]) Ebenso handelte es sich auch noch nicht um die Forderung der preußischen Hegemonie. Zunächst brauchte man nur die Führung durch Preußen, um die von außen drohenden Gefahren womöglich noch einmal abzuwenden oder ihnen wenigstens besser gerüstet entgegentreten zu können. Stellte man, was ja naheliegend gewesen wäre, die Forderung nach der Reichsverfassung, so würde damit, wie Fries meinte, „das Signal zu dem alten Streite zwischen Preußen und den Mittelstaaten gegeben sein, und ebenso würden die Par-

13) Neumann, a. a. O. S 9. Vgl. auch den auf S 20 abgedruckten Brief Fries vom 23. 6. 1859.

14) Neumann, a. a. O. S 19. Fries, 23. 6. 1859.

teien hierbei schon weit auseinandergehen“ [15]). Diese Forderung hätte also sofort auf das Zentralproblem geführt, das von jeher die Parteien entzweite: die Stellung zu Oesterreich nämlich. Und alle inneren Zwistigkeiten mußten in diesem Momente unbedingt vermieden werden. So war „im Augenblick nichts anderes für heilbringend zu erachten, als Diktatur an die Stelle des vielköpfigen Bundes und eine Nationalversammlung zur Beratung einer deutschen Verfassung. Die Diktatur kann selbstverständlich nur in die Hände Preußens fallen, das mag dann die Gelegenheit wahrnehmen und die Zaunkönige unter die Bank stecken“ [16]). Das war im Grunde eben dasselbe, was schon die Stuttgarter und Nassauer gefordert hatten; formal waren auch die Eisenacher nicht über ein Provisorium hinausgekommen. Aber schließlich und zum letzten Ende barg die Forderung nach preußischer Diktatur doch den Wunsch nach preußischer Hegemonie in sich. Jedenfalls schob man ganz unzweideutig der preußischen Initiative die Aufgabe der Neuordnung Deutschlands zu [17]) und machte im Stillen den Erfolg der geforderten Nationalversammlung von der Art des preußischen Vorgehens abhängig. „Wenn man weiterfragt“, fuhr Fries fort, „welchen Charakter die Nationalversammlung haben soll, so geht meine unzielsetzliche Meinung dahin, daß es ein Unsinn ist, eine souveräne, konstituierende Versammlung zu verlangen, solange wir noch mehr als ein halbes Schock Souveräne in Deutschland haben. Also wird sie nur mit demjenigen vereinbaren können, welcher die exekutive Gewalt an sich zu reißen versteht.“ [18]) Auch der Wunsch nach dem deutschen Parlamente entsprang ganz aus der Absicht, die Schlagkraft Deutschlands zu erhöhen. „Dem Gedanken

15) Ebd. S 19.

16) Neumann, a. a. O. S 19.

17) Vgl. hier den Brief Unruhs an Duncker, Anfang August 59, C. J. Schultze, a. a. O. Nr. 29, S. 167 f., in welchem, anscheinend mit Bezug auf die erste Eisenacher Tagung, von dem unbedingten Ueberwiegen des kleindeutschen Gedankens gesprochen wird. Da Unruh nach seinem Brief an Philipps (Parisius, Hoverbeck I S 162) an der ersten Eisenacher Tagung nicht teilgenommen hat, kann es sich in dem Schreiben an Duncker, das wohl in den gleichen Tagen wie das an Phillips entstand, nur um die Kösener Zusammenkunft handeln. Die zweite Eisenacher Versammlung kann deshalb nicht gemeint sein, weil ihrer Zusammenstzung nach eine so entschieden kleindeutsche Stimmung nicht aufkam .

18) Neumann, a. a. O. S. 19/20.

an eine Nationalversammlung wird man den Vorwurf machen, daß es unrecht sei, im Augenblick der Gefahr Parteiinteressen zu verfolgen. Das ist eine Dummheit. Die Nationalversammlung gehört ebenso zur Kriegsbereitschaft wie die Bundeskontingente. Sie soll das Leben bringen in die toten Massen; nur so kann man die Hoffnung hegen auf einen patriotischen Aufschwung. Und ohne diesen sind wir verloren wie eine Judenseele." [19]) Das war also der Plan: Preußen vorerst die militärische Diktatur zu geben, ihm jedoch freie Hand zu lassen, sich die Hegemonie zu erringen, dann aber die entscheidenden inneren Arbeiten dem Parlamente zuzuweisen, dessen momentane Aufgabe nur auf den Krieg berechnet war und das Wiederaufleben einer Stimmung ähnlich der von 1813 zum Ziele hatte. Von Oesterreich wird man kaum gesprochen haben; jeden Moment konnte es Krieg geben; da war die Frage einer baldigen zweckmäßigen Konstituierung Deutschlands wichtiger als die des Verhältnisses zu Oesterreich. Zudem fürchtete man, eine Aufrollung dieses Problems könne das Scheitern der Verhandlungen zur Folge haben und die Sache, die man so heiß zu fördern wünschte, schwer diskreditieren. So war denn mancher alte Demokrat, der hier in Eisenach noch mitunterschrieb, später durch den Lauf, den die Dinge nahmen, auf das unangenehmste überrascht. Schon am 20. August, wenige Tage nach den Augustverhandlungen in Eisenach, schrieb Rechtsanwalt Titus-Bamberg: „Ich habe das Gefühl, als ob in unserer Mitte von gewisser Seite Sonderrichtungen mit dem Ziel der Konstituierung eines preußisch-deutschen Bundesstaates verfolgt würden. Um keinen Preis möchte ich meine Stimme abgeben zum Ausschlusse Deutsch-Oesterreichs, nicht vielleicht aus lächerlicher mittelalterlicher Pietät gegen Oesterreich und seine Kaisergeschichte, sondern deshalb, weil ich ein ganzes Deutschland will und keinen bloßen Bruchteil des Vaterlandes." Fries hat in seiner Antwort dann wohl darauf hingewiesen, daß bei der Bildung einer großen gemeinsamen Partei alle Sonderinteressen und Bedenken zurückgestellt werden müßten. Jedoch, Titus war nicht zu bekehren; die inzwischen verstärkt einsetzende Agitation für das Eisenacher Programm ließ ihn den Eindruck gewinnen, daß sein anfänglicher Verdacht durchaus berechtigt war. So antwortete er

19) ebd. S 19/20.

denn: . . . „Ich anerkenne die Richtigkeit der der Bildung einer Nationalpartei zugrunde liegenden Ansicht, daß man unter gewissen Verhältnissen den Parteistandpunkt unbedingt dem allgemeinen vaterländischen Interesse unterordnen muß; ich begreife, wie verschiedene politische Parteien zur Verfolgung eines gemeinschaftlichen Zweckes unter Hintansetzung ihrer Parteirücksichten längere Zeit zusammenstehen und gemeinsam wirken können; aber wo es sich um die Bildung einer Nationalpartei handelt, verlange ich, daß die Männer dieser Partei das gesamte Vaterland im Auge behalten und nicht bloß einen Teil desselben. Eine Partei, auf deren Fahne nicht die Einheit des ganzen unteilbaren Vaterlandes steht, ist keine nationale, sondern eine antinationale. Ich kann mich deshalb auch bei der Sache fernerhin nicht mehr beteiligen.“ [20]) So sprang denn mancher, der sich zunächst an den Eisenacher Verhandlungen noch beteiligt hatte, nachher wieder ab. Fries, der nicht lange darauf schon im Vorstand des Nationalvereins saß, ist wohl auch in Eisenach noch nicht entschieden für den Ausschluß Oesterreichs aus dem Deutschland der Zukunft gewesen.[21]) In einem langen Briefe an seinen Freund, den Rechtsanwalt Stapff, erörtert er am 23. Juni die politische Lage und das Programm der für Eisenach geplanten Besprechungen. Und da ist noch kein Wort von einem Ausschlusse Oesterreichs[22]). „Ich behaupte, Deutschlands Interesse weist ebensowohl darauf hin, daß die jetzige Verbindung Oesterreichs mit seinen außerdeutschen Besitzungen zerrissen, als daß auch die napoleonische Herrschaft, trete sie in Form einer Einverleibung oder auf dem Umwege eines Vasallenreiches ein, ausgeschlossen wird. Deshalb, meine ich, können wir nichts anderes

---

20) Beide Briefe — der erste: Bad Steben b. Hof, 20. 8. 1859, der zweite: Bad Steben 1. 9. 1859 — sind veröffentlicht in einer im „Volksfreund für das mittlere Deutschland“ Nr. 131, Frankfurt a. M., 2. 11. 1859 erschienenen „Erklärung“ Titus'.

21) Schüler/Jena, der auch an den Sitzungen in Eisenach teilnahm, berichtete einige Monate später (Beobachter Nr. 15, Stuttgart, 19. 1. 1860), daß alle Teilnehmer an der ersten Eisenacher Versammlung entschieden gegen einen Ausschluß Oesterreichs gewesen seien und nur deshalb eine neutrale Fassung der von Eisenach ausgehenden Erklärung wählten, um sowohl der gothaischen Partei als auch den Demokraten die Möglichkeit eines Anschlusses offen zu halten.

22) Vgl. auch seine Stellung auf der Vorberatung in Frankfurt am 14. 9. 1859.

wünschen als Ausscheidung der italienischen Besitzung aus dem österreichischen Gesamtstaat, aber Fortbestand der Personalunion unter Franz Joseph. Dafür muß die Exekutivgewalt Deutschlands das Schwert in die Wagschale werfen. . . Es scheint mir aber auch dieser Weg nicht minder den liberalen als den patriotischen Bestrebungen angemessen zu sein. Italien wird frei, soweit es die jetzige Bewegung überhaupt will; denn diese ist keine republikanische. Oesterreichs Machtstellung bleibt erhalten. Die unnatürliche Vermischung der deutschen und italienischen Bestandteile wird beseitigt, und Oesterreich kann mit seiner deutschen Macht der deutschen Sache angehören. Daß es sich als italienische Macht in Italien erhält, mag es durch vernünftige Institutionen erreichen. . ." Wahrscheinlich wird ihm am 17. Juli noch nichts über die zum Frieden führenden Motive Oesterreichs bekannt gewesen sein, zudem waren in diesem Augenblicke weder die Publikationen des „Mainzer Journals" noch die preußische Antwort darauf bekannt. So wird denn auch bei ihm der Stimmungsumschlag erst im Laufe der nächsten Wochen erfolgt sein, als sich zeigte, daß die in Wien vor der Niederlage geführten nationalen Reden nichts als Phrasen waren.

Zwei Tage nach dieser Versammlung in Eisenach tagte in Hannover gleichzeitig mit der Einberufung der Stände eine Vereinigung hannoverscher und nordwestdeutscher Rechtsanwälte. Auch hier trug man sich seit längerer Zeit mit dem Gedanken, die außenpolitischen Verwicklungen nicht vorübergehen zu lassen, ohne öffentlich dazu Stellung genommen zu haben. Ja, man hatte schon im Juni an ein Vorparlament und an die Wiederaufnahme der Bestrebungen zur Bildung einer großen nationalen Partei gedacht[23]), diese Pläne aber wieder zurückgestellt, um alle Bemühungen zunächst „auf vollständige militärische und diplomatische Verschmelzung" zu richten. Inzwischen waren aber aus Preußen Nachrichten gekommen, die zu kräftigem Vorgehen aufforderten [24]), und Anfang Juli war dann der 19. für eine Zusammenkunft zu einer Erklärung im Sinne der Stuttgarter festgesetzt worden.[25]) Trotz-

---

23) Biedermann, a. a. O. 2. S 148.

24) Emminghaus, a. a. O. S 78/79

25) Vgl. das scharfsichtige Urteil G. Rießers über die Bedeutung der hannoverschen Erklärung; Brief an Nebelthau 22. 7. 1859. Isler, a. a. O. S 559.

dem man zu den Eisenachern in keiner direkten Verbindung stand, war das hier gewonnene Resultat jener demokratischen Erklärung in den Hauptstücken verwandt. Zwar wollte man hier nicht die sofortige Uebernahme der Zentralgewalt durch Preußen wie die Eisenacher, weil man nach dem Bekanntwerden der Konvention von Villafranca offenbar die momentane Lage ruhiger ansah; aber auch hier wurde von Preußen die Initiative zu einer Reform der deutschen Zustände erwartet. Dafür taucht aber dann die Frage des Verhältnisses zu Oesterreich auf, und ohne daß irgendwie von einem Ausschlusse des Kaiserstaates die Rede gewesen wäre, wurde doch die Möglichkeit einer von Oesterreich in die Hand zu nehmenden Bundesreform entschieden zurückgewiesen. „Oesterreichs Interessen sind keine rein deutschen, können es auch niemals werden." Schon vor Monatsfrist hatte man in Hannover bereitwillig den Gedanken aufgenommen, die Neubildung einer großen nationalen Partei zu versuchen. Und da jetzt durch die Eisenacher Erklärung und durch die ja sehr ähnlichen Resolutionen der Süddeutschen Anknüpfungspunkte gegeben waren, mußten alle diese Pläne wieder auftauchen. Ebenso hatte aber auch die Demokratie schon vielfach ihre Zusammenkunft als eine Art Vorläuferin späterer größerer Vereinigungen und ihre Beschlüsse als Verhandlungsbasis angesehen.[26]) Schon in Eisenach wurde daher ein Ausschuß eingesetzt, der die Verbindung mit anderen Liberalen aufnehmen sollte, und einige Tage darauf trat Streit eine Rundreise durch Deutschland an, die mit Erfolg für den Eisenacher Gedanken warb.[27]) [28]) So trafen sich denn Ende Juli Demokraten und Liberale zu einer gemeinsamen Beratung in Kösen. Hier beschloß man, auf die zunächst geplante große öffentliche Versammlung zu verzichten, statt dessen aber den Versuch zu unternehmen, eine große nationale Partei mit dem Ziele der Einigung und Kräftigung Deutschlands zu bilden. Unruh, der als demokratischer Unterhändler an den Kösener Besprechungen teilgenommen hatte, schrieb einige Tage später an seinen Freund Philipps in Elbing: „Die Zusammenkunft in Kösen hat einen sehr guten Eindruck auf mich gemacht, schon deshalb, weil ein sehr großer Fortschritt in der politischen Bildung und

26) Neumann, a. a. O. S 19.
27) Le Mang, a. a. O. S 17.
28) Vgl. Anhang Nr. 8, Seite 123—27.

Einsicht hervortrat (v. Bennigsen aus Hannover war auch dort), gar kein Theoretisieren, kein Zank über abstrakte Prinzipien — ein klarer Zweck und ruhige Wahl der geeigneten praktischen Mittel; Vereinigung der freisinnigen Parteien zu einer nationalen Einwirkung auf die öffentliche Meinung und die unabhängige Pressse in ganz Deutschland und dadurch Vorbereitung auf die Krisis, welche mutmaßlich durch Frankreich oder Oesterreich zum Ausbruch gebracht wird.

Man erkannte sofort an, daß der alte Streit ob Groß- oder Kleindeutschland ein unfruchtbarer sei, daß die deutschen Provinzen Oesterreichs nur durch eine Revolution von demselben getrennt werden könnten, daß aber eine deutsche Revolution jedenfalls die Kräfte zersplittere und vielleicht eine Teilung Deutschlands wie einst Polens herbeiführen werde, daß also eine Einigung Deutschlands nur mit Preußen an der Spitze jetzt denkbar sei und man in diesem Sinne fortarbeiten müsse, wenn die preußische Regierung noch nicht die nötige Entschlossenheit besitze. Man müsse helfen, daß diese sich einstellen werde, wenn die Not von außen dränge und die Stimmung eine ähnliche Intensität erlange wie 1813." . . .[29]) In dieser Stimmung sammelte man sich dann in Eisenach.

Inzwischen war nun aber eine wesentliche Beruhigung der außenpolitischen Lage eingetreten; nicht jeden Augenblick mehr erwartete man den Ausbruch eines Krieges, in den Deutschland mitverwickelt werden konnte, man hatte nicht mehr die Aufgabe, für eine sofortige Zusammenfassung der Kräfte zu sorgen, wenn auch der Beginn der Auseinandersetzung mit Frankreich für das nächste Frühjahr erwartet wurde. So schieben sich denn innen- und parteipolitische Sorgen in den Vordergrund des Interesses. Sie waren noch nicht Selbstzweck, wie einige Jahre später: immerhin hatte es sich jetzt doch wesentlich darum zu handeln, für die aus der Begeisterung der Kriegszeit erhobenen Forderungen feste Grundlagen zu schaffen. So kam man denn überein auf einer am 14. August in Eisenach stattfindenden Versammlung, eine von Liberalen und Demokraten unterschriebene Adresse zu veröffentlichen[30]), die den Inhalt der Hannoverschen und der ersten Eisenacher Erklärung

---

29) Parisius, a. a. O. I. S 162.
30) Vgl. Oncken, Bennigsen I, 335 f.

in sich vereinigte und das Heerlager des deutschen Liberalismus zu innerer Einigkeit aufrief. Die ersten vier Sätze dieses Aktenstückes entsprachen der Eisenacher Erklärung auch in ihrer Formulierung, die Sätze 5, 6 und 7 wichen zum Teil selbst in der Redaktion von jener nicht unerheblich ab. Sie waren schon in Rücksicht auf die neue Partei geschrieben und von der veränderten außenpolitischen Lage wie den jetzt wieder stärker hervortretenden innenpolitischen Zuständen bestimmt. Vor allem mußte man, nun der Rausch des Krieges verraucht war, mehr Rücksicht nehmen auf die Stimmungen des Südens, die mit denen des Nordens wieder wie ehedem differierten. So sollte jetzt, was sich mit aus der beruhigten europäischen Lage erklärte, Preußen erst im Falle einer äußeren Bedrohung, nicht schon sofort, die Leitung Deutschlands gegeben werden. Und während man es früher als „Pflicht jedes deutschen Mannes" bezeichnet hatte, Preußen in seinem Streben nach der Hegemonie zu unterstützen, sah man jetzt diese Pflicht nur „insoweit die preußische Regierung ihre Tätigkeit auf die Einführung einer starken und freien Gesamtverfassung Deutschlands richtet." Endlich folgte dann der gewichtige Satz 7 mit der ernsten und eindringlichen Mahnung an alle Parteifreunde, die nationale Selbständigkeit und die Einheit des Vaterlandes höher zu stellen als alle Parteiforderungen. Aber gerade diese hatte man in Eisenach jetzt schon nicht mehr hintansetzen können. Die hier beschlossene Resolution trug keinewegs den Charakter nationaler Spontaneität, die die nüchternen Sätze der ersten Eisenacher Versammlung durchleuchtete, sondern verriet in ihrer Formulierung deutlich, daß sie als ein Kompromiß der beiden an der zweiten Eisenacher Tagung beteiligten Parteien entstanden war. Noch sprach natürlich nationales Empfinden in hohem Grade mit; daneben hat sich aber, und bei den Konstitutionellen kaum minder stark als bei den Demokraten, die Erwägung geltend gemacht, daß die nationale Erregung der Oeffentlichkeit dem Parteiinteresse nutzbar gemacht werden müsse und daß es sehr schädlich sei, wenn man die geplante Gründung einer Nationalpartei allein der jeweiligen anderen Richtung des liberalen Lagers zu agitatorischem Gebrauch überlassen wollte. Daher ist das ausführliche Separatvotum des Darmstädters Metz auch in dieser Hinsicht sehr kennzeichnend für die unter den am 14. August in Eisenach Versammelten herrschende Stimmung. Die

wesentliche Bedeutung dieser Sondererklärung liegt aber darin, daß sie an der doch entscheidenden Frage, ob die Einigung Deutschlands mit, ohne oder gegen Oesterreich vollzogen werden sollte, vorsichtig vorbeigeht[31]). Schon in der Abwandelung der Eisenacher Erklärung vom 17. Juli, die ja die sofortige Uebernahme der Zentralgewalt durch Preußen forderte, in das farblosere „sollte Deutschland in der nächsten Zeit von außen wieder unmittelbar bedroht werden" lag eine Annäherung an den Standpunkt der Süddeutschen, nach deren Ansicht sich Preußen die Hegemonie erst erwerben mußte. Die Metzsche Zusatzerklärung war eine weitere Verbeugung vor der süddeutschen Demokratie, mit der man der Geschlossenheit und Schlagkraft des Programms nichts genutzt hat. Bei der Unterschrift standen dann die Demokraten voran, während Bennigsen als einer der letzten folgte[32]).

So zeigten sich schon hier jene inneren Spannungen, die zum schließlichen Verderb des Nationalvereins erheblich mit beigetragen haben. Riesser, mit dem Biedermann ebenfalls vor Monaten korrespondiert hatte, wies damals darauf hin, daß das Zentralproblem die Stellung sei, die Oesterreich zu der neu zu schaffenden deutschen Einheit einnehmen solle. Er war damals vor den „fast unüberwindlichen" Schwierigkeiten[33]) zurückgeschreckt, diese Frage in einer positiven Form zu beantworten, und hatte, wie die anderen Altliberalen auch, die Hände wieder in den Schoß sinken lassen. Welche Taktik man bei der Beantwortung der hier zum ersten Male wieder aufgeworfenen Fragen wählen mußte, hing ganz davon ab, was man erreichen wollte. Hätte man an einen Klub politischer Notabeln gedacht, wie ihn einst der Herzog von Koburg geplant hatte, dann wäre volle Klarheit über die letzten Ziele möglich, ja vielleicht notwendig gewesen. Aber da man in erster Linie eine Volksbewegung nach den einst von England und jetzt wieder von Italien gekommenen Anregungen im Auge hatte, da es vor allem anderen auf Massenbeteiligung ankam, da zunächst der Krieg mit Frankreich und damit eine Zeit bevorzustehen schien, in der durch die geplante Massenorganisation auf schnellen Erfolg oder wenig-

31) Vgl. Anhang Nr. 9, Seite 127.

32) Nur Freese, Duncker, Brockhaus, Hoffmann und Kreuznacher unterzeichneten nicht.

33) Isler, a. a. O. S 559.

stens auf irgendeine Entscheidung zu rechnen war, formulierte man seine Beschlüsse in aller Vorsicht. Im Grunde war man aber doch entschieden kleindeutsch. Oesterreichs eiliger Friedensschluß und sein Verhalten gegen Preußen hatten viel böses Blut gemacht[34]), dazu schien es nach seiner italienischen Niederlage so entkräftet, daß mit seinem baldigen Zerfall gerechnet wurde. Selbst im Süden regte sich überall das Verlangen nach einer gründlichen Reform des Bundes. Schon in Eisenach hatte man aber gesehen, daß nur Preußens Einschreiten die Reform der staatlichen Verhältnisse Deutschlands verwirklichen könne[35]). Aber da man Preußens innere und äußere Kraft als nicht allzu groß veranschlagte, konnte man nicht daran glauben, daß es eines Tages das große Werk unbekümmert um die öffentliche Meinung durchführen werde. So schien es denn unabweisbar, das allgemeine Bewußtsein für Preußen mobilisieren zu müssen, um ihm in den breiten Massen den Rückhalt zu geben, den es für eine kräftige deutsche Politik brauchte. „An der Spitze einer womöglich friedlichen Revolution sollte Preußen in bewußtem Einverständnis mit dem deutschen Volksgeiste die Einwilligung Oesterreichs und der Mittelstaaten erringen," meinte Rochau rückschauend[36]). Und Unruh schrieb damals an Duncker: „Davon ist jeder überzeugt, daß das Ziel niemals auf friedlichem Wege durch Unterhandlungen, sondern nur durch die Waffen erreicht werden kann[37])". Aber nur dann waren die Eisenacher imstande, Preußen wirkungsvoll zu unterstützen, wenn es gelang, den Main zu überschreiten und die Feuer ihres nationalen Wollens in den Süden zu tragen. Dort begann die eigentliche Aufgabe. Taktisch ergab sich also aus diesem Ziel die Notwendigkeit, zunächst und bis zu einem energischen Vorgehen Preußens, alle entschiedenen

---

34) Der preußische Geheimagent berichtete am 27. 10. 1859 aus Frankfurt-Main: „Wenn das Mißtrauen im Volke einmal erregt würde, wie dies namentlich durch den so unerwarteten Frieden von Villefranca geschah, so bedarf es nur geringer Mühe, um dasselbe zu steigern. Aber selbst in Kreisen, die bekanntermaßen sehr österreichisch gestimmt waren, hat das beispiellose Verfahren der österreichischen Regierung einen unbeschreiblichen Rückschlag erzeugt, der durch den Verlust, den gerade diese zahlreichen Inhaber der Nationalanleihe unfehlbar erleiden werden, gewiß nicht vermindert wird . . ." Minist. d. Innern, Abt. 2. Preußen, Akt. betr. d. Vereine u. d. Volksbewegungen.

35) I. Schultze, a. a. O. Nr. 229, S 167. Unruh, August 1859.

36) Wochenblatt Nr. 70, 20. 9. 1866. „Zur Orientierung."

37) J. Schultze, a. a. O. Nr. 229, S 167. Unruh August 1859.

Schritte zu vermeiden und Kompromißpolitik zu treiben. Wie aber, wenn man Preußen unterschätzt hatte? Wenn Preußen nicht die Kraft besaß, die Initiative zu ergreifen? Wenn es weiter in abwartender Stellung zusah, was bei dem Lauf der Dinge schließlich herauskommen würde? Die Thesen „über den Bundestag", die Aegidi eben übersandt hatte, waren nicht sehr ermutigend[38]), und auch die von Preußen während des italienischen Krieges getriebene Politik wirkte nicht gerade kraftvoll. Man würde also Preußen zugleich locken und drängen müssen. In dieser doppelpoligen Politik lag einer der Fehler, die den deutschen Liberalismus nachmals in einen Zaubergarten voll fratzenhafter Spiegelbilder getrieben haben. Wollte man die öffentliche Meinung gewinnen, um Preußen zu einer aktiven Politik voranzutreiben, dann war die „Liberalisierung und Eindeutschung[39])" der norddeutschen Macht eine notwendige Voraussetzung. Und das ist undurchführbar gewesen. Konnte denn der Staat, dessen Machtmittel für die Einigung gebraucht werden sollten, durch das Aufgehen in Deutschland so ganz auf seine gesonderte Wesenheit verzichten, ohne zugleich sich selbst und die Grundlagen, auf denen er beruhte, zu zerstören? So zog denn auch Bismarcks „Provinzialkorrespondenz" einige Jahre später zwischen sich und den Männern um Bennigsen einen scharfen Strich.

„Die Ziele des Nationalvereins sind niemals die Ziele Preußens gewesen: die Führung Deutschlands, wie sie der Nationalverein versteht, hat Preußen jederzeit von sich abgewiesen, weil dabei der Untergang Preußens die Voraussetzung ist. Der Nationalverein will allerdings einen deutschen Bundesstaat mit Preußen an der Spitze, aber nur auf Grundlage einer rein demokratischen deutschen Reichsverfassung. Wenn Preußen auf diese Bedingungen hin die sogenannte Führung Deutschlands übernehmen wollte, so müßte es zuvörderst die Grundlage seiner ganzen bisherigen Machtstellung, vor allem sein kräftiges Königtum und alle die Einrichtungen, auf welchen die glorreiche Entwicklung unseres Landes beruht, unter den Willen eines deutschen Reichsparlamentes beugen. Preußen müßte aufhören, Preußen zu sein[40])."

Schon diese ersten Eisenacher Versammlungen sind nicht ohne

38) Oncken, Bennigsen I, S 337.
39) Oncken, Großherzog Friedrich I., S 44.
40) A. Repp, a. a. O. S 239. Provinzialkorrespondenz November 1865.

Schwierigkeiten abgegangen; besonders die zweite Tagung hat in ihrem Verlaufe manche kritische Minute mit sich gebracht. Nur die wenigsten kannten einander, und namentlich zwischen Nord- und Süddeutschen — die Württemberger waren trotz vieler Mahnungen nicht erschienen — herrschte zunächst, wie Unruh schrieb, „nichts weniger als Vertraulichkeit und offenes Aussprechen über Zwecke und Mittel. Die Verhandlungen hatten einen diplomatischen Charakter[41])." Wahrscheinlich wird hier schon Bennigsens Talent, Gegensätze auszugleichen und Differenzen zu vermeiden, eine Rolle gespielt haben. Er hatte die Aufgabe, die Beschlüsse zu redigieren[42]), und hat dabei wohl wesentlich mitgewirkt, die Forderungen der Demokraten nach stärkerer Betonung der Freiheitsrechte des deutschen Volkes auf eine Formel zu bringen[43]), die von der Eisenacher Erklärung vom 17. Juli nicht allzu weit abwich. In den Kreisen der Demokratie hatte man ein lebhaftes Empfinden für die inzwischen stark gewandelte Lage und lehnte vielfach ein weiteres Festhalten an den Eisenacher Beschlüssen vom Juli ab. Da aber auch die Formulierung Bennigsens nicht allgemein befriedigte, kommentierte Metz den Standpunkt der Demokratie in seiner vorsichtigen Sondererklärung. Nachdem dann noch ein geschäftsführender Ausschuß eingesetzt worden war, trennte man sich bis zu der für den 15. und 16. September vorgesehenen konstituierenden Hauptversammlung in Frankfurt am Main.

Wie stellte sich nun die Oeffentlichkeit, auf deren Beteiligung ja doch alles ankam, zu den in Eisenach gehegten Plänen? Schon seit dem Frieden von Villafranca waren überall Bestrebungen im Gange, die darauf hinausliefen, die öffentliche Meinung für eine Reform des Bundes zu gewinnen. Die Gründe für diese Bewegung lagen nicht allein in den anscheinend von außen drohenden Gefahren, nicht nur in dem Beispiel, das man aus dem inneritalienischen Geschehen des letzten Jahres und früherer Zeiten vielfach ableitete; schon seit Jahren genügten die staatlichen Verhältnisse Deutschlands nicht mehr für die vom Wirtschaftsleben her vordringenden Anforderungen. Zu oft hatte man erdrückend die ganze

41) v. Poschinger, Unruh, S 206

42) J. Schultze, a. a. O. Nr. 238 S 171. Unruh, 26. 8. 1859.

43) Bericht des Polizeiagenten N. für Süddeutschland vom 16. 9. 1859. Akt. d. Pol.-Präs. Berlin, Geh. Präs.-Rep. Nationalverein.

Reihe gesetzlicher, zollpolitischer, münztechnischer, postalischer und verkehrswirtschaftlicher Verschiedenheiten empfunden, die der Zollverein nicht beseitigen konnte, und die mit dem mächtigen Aufschwung der deutschen Wirtschaft nicht recht im Einklang standen; und nicht nur der innerdeutsche Handel litt an diesen aus der staatlichen Verschiedenheit der deutschen Verhältnisse entspringenden Einengungen und Hemmnissen; jeder Deutsche im Auslande wußte von den unendlichen Schwierigkeiten zu erzählen, die die schwerfällige, immer wieder versagende Ordnung der handelspolitischen Außenvertretung Deutschlands draußen in der Welt zu überwinden hatte. Gerade das Auslandsdeutschtum hat daher später vielfach auf dem rechten Flügel des Nationalvereins gestanden und, da es aus weiter Entfernung auf das innerdeutsche Parteigetriebe herabblickte, Bismarcks Bedeutung viel früher erkannt als die Parteifreunde in der Heimat. So empfand der Kaufmann und der Industrielle die Unhaltbarkeit der deutschen Zustände mit besonderer Deutlichkeit. Aus seinem Kreise rekrutierte sich ein großer Teil der nach Einheit verlangenden Stimmen. Auch in den Teilen des Südens, die von einer preußischen Hegemonie noch nichts wissen wollten, erhebt sich mit dem Kriegsende in den breiten Wählermassen die Forderung, über dem engeren Vaterlande das große Gesamtvaterland nicht zu vergessen, da die Erfahrungen der letzten Zeit zur Genüge bewiesen hatten, daß Deutschland einer kräftigen Zentralregierung und einer Gesamtvertretung des Volkes dringend bedürfe[44]). Und wie aus München klang es auch aus Nürnberg, Bamberg, Würzburg, Heidelberg, Mannheim und anderen Orten. Dennoch war bald zu erkennen, daß die Eisenacher Erklärung im Süden nur wenig Anklang fand. Aus ganz Bayern und Württemberg kam kaum eine Stimme, die sich den Eisenacher Resolutionen angeschlossen hätte[45]). Selbst in Baden war Heidelberg der letzte Vorposten gegen Süden[46]). Und auch hier hatte es nur geheißen: „Unter den gegenwärtigen Verhältnissen müssen die einleitenden Schritte zur Erreichung dieses Zieles (der Neugestaltung Deutschlands) von Preußen ausgehen; deshalb ist dahin zu wirken, daß Preußen diese

44) Adresse der Münchener Wähler an die zweite bayrische Kammer vom 24. 7. 1859. Abdruck in der Kreuzzeitung Nr. 173, Berlin 28. 7. 1859.

45) Vgl. Anhang Nr. 10, S 127—129.

46) Kölnische Zeitung Nr. 265, 24. 9. Zur Bildung einer nationalen Partei, Zuschrift vom Necker.

Schritte tue[47])." Ganz Mittel- und Norddeutschland dagegen hatte die Eisenacher Beschlüsse begeistert begrüßt; schon Bennigsens Hannoversche Erklärung wurde gern aufgenommen, und Ende August, nach Ablauf der vierzehntägigen Frist, innerhalb deren nur bei Freunden der Sache für die Beschlüsse geworben werden sollte, hatten die Eisenacher Resolutionen weit über 1000 Unterschriften gefunden[48]). Allein aus Hannover, wo, wie Lammers berichtete, die Mißstimmung sehr groß war und bis in die „höchsten Hof- und Adelskreise" hinaufging, wo man „je eher, desto lieber preußisch werden wollte[49])," kamen mehrere hundert Zustimmungen. Preußen verhielt sich zunächst einigermaßen reserviert; zum Teil deshalb, weil man noch immer in die Regierung volles Vertrauen setzte und die Richtung ihrer Politik durchaus billigte, zum Teil, weil man die Eisenacher Erklärung für zu allgemein gehalten ansah und als zu unentschieden tadelte. Natürlich nahm die liberale Presse, selbst die als ministeriell geltende „Preußische Zeitung", den in Eisenach geäußerten Gedanken, eine große liberale Partei zu bilden, erfreut auf. Die Konservativen dagegen sahen in den neuen Betrebungen naturgemäß nur die Wiederkehr des Jahres 1848 und verhielten sich von Anbeginn streng ablehnend. Aber auch von altliberaler Seite winkte man ab. Laute Massenbewegungen paßten nicht zu den gedämpften Lebensgewohnheiten dieser Kreise; niemand war recht geneigt, mitzumachen[50]). Im ganzen blieb also in Preußen die Stimmung zunächst etwas kühler.

So ergab sich bald, daß im wesentlichen nur Nord- und Mitteldeutschland der Eisenacher Erklärung zugestimmt hatten, daß es jedoch Schwierigkeiten machen werde, im Süden nennenswerte Erfolge zu erzielen. Nirgendwo war etwa die begeisterte Stimmung erregt worden, die das Jahr 1848 verklärte; selten einmal hatte der kleine Mann sich geregt, und allenfalls war noch das mittlere Bürgertum erfaßt worden. Von einer Volksbewegung konnte keine Rede sein. Aber an die untersten Schichten hatte man auch gar nicht gedacht, wenn von einer Massenbewegung gesprochen wurde.

---

47) Kölnische Zeitung Nr. 225, 15. 8. 1859. Heidelberger Erklärung vom 12. 8. 1859.

48) Le Mang, a. a. O. S 22.

49) J. Schultze, a. a. O. Nr. 202, S 145. Lammers, 24. 6. 1859.

50) Vgl. Anhang Nr. 11, S 129.

Erst die Stimmung des preußischen Konfliktes und das Auftreten Lassalles erweckte dann in den führenden Männern den Wunsch, sich auch dieser Kreise zu bemächtigen.

Schon einige Tage nach der Augustversammlung in Eisenach setzten die ersten Regierungsmaßnahmen gegen die im Entstehen begriffene Bewegung ein. Zunächst wurden von der Eisenacher Polizeibehörde Teilnehmerlisten angefordert[51]). Als die Erfüllung dieses Wunsches verweigert und dadurch ein Einschreiten gegen die Führer erschwert wurde, schritt man zu polizeilichen Recherchen gegen die Unterzeichner draußen im Lande. An erster Stelle stand dabei Hannover, wo schon kurze Zeit nach dem Bekanntwerden der Eisenacher Erklärungen Haussuchungen, Verwarnungen und Verhöre vorgenommen wurden[52]). Aber auch andere Staaten bewiesen, daß sie nicht gewillt waren, das neu angefachte Feuer zur Entwicklung kommen zu lassen. Wermuth, der hannoversche Polizeichef, unternahm im Einvernehmen mit Borries eine Rundreise an die mittel- und kleinstaatlichen Höfe[53]), um zu energischerem Vorgehen aufzufordern, und schon im September schreiten Hessen-Darmstadt, Hessen-Kassel und Mecklenburg mit Verboten oder durch Staatsanwälte und Prokuratoren ein[54]). Auch Preußen förderte die Bewegung nicht. Dunckers Denkschrift an Unruh hielt sich ganz in den Gedankengängen des Altliberalismus, winkte zwar nicht direkt ab, ermutigte aber auch nicht sonderlich. Trotz einer gewissen Sympathie mit der Bewegung als solcher, trotz der klar ausgesprochenen Erkenntnis, daß deutsche Politik für Preußen eine staatliche Notwendigkeit sei, hielt sich dies Exposé in lauen Tönen und lehnte den Gedanken einer Volksvertretung am Bunde entschieden ab[55]). Aehnlich war der Tenor der Antwort Schwerins[56]) auf die Adresse der Stettiner, die zwar auch die Sympathie mit der jungen Bewegung durchblicken, aber doch nicht in dem Maße, wie es die Führer der nationalen Partei gehofft hatten, auf ein ent-

51) Goldner, vor 50 Jahren, S 39.

52) „Kreuzzeitung" Nr. 195. Berlin 23. 8. 1859.

53) Goldner, a. a. O. S 56.

54) Le Mang, a. a. O. S 22.

55) Poschinger, Unruh, S 201—205, ferner auch J. Schultze, a. a. O. Nr. 160. S. 101, Sybel 8. 5. 1859, Oncken, Bennigsen, I, 337.

56) Ueber die Mitwirkung des Prinzregenten, vgl. Sybel, a. a. O. 2. S 337.

schiedenes Vorgehen Preußens rechnen ließ[57]). Das Berliner Publikum war mit Schwerins Antwort keineswegs zufrieden[58]). „Man will zunächst daraus ersehen," hieß es in einem Polizeibericht über die Lage, „daß die Regierung nicht gesonnen ist, irgendwie tätig nach außenhin in der deutschen Sache vorzugehen, was den „Hochliberalen" durchaus nicht recht ist. Namentlich will ihnen die „zu große Achtung vor fremdem Rechte" nicht gefallen, denn nach diesem Passus, heißt es, muß „alles beim alten" bleiben. Auch der Satz, welcher von Förderung der gemeinsamen deutschen Interessen durch Stärkung der Wehrkraft spricht, wird von vielen unter Hinweis auf das ohnehin schon unverhältnismäßig hohe Militärbudget sehr scharf kritisiert"[59]).

Im Süden kam es vorerst nicht zu Polizeimaßnahmen; hier war ja auch die Beteiligung ganz gering. Aber es war zweifellos, daß die Eisenacher Erklärung in Regierungskreisen keine Freude erregt hatte, und selbst Baden verhielt sich unter Hinweis auf die noch unklare Stellung der Eisenacher zu Oesterreich ablehnend. „Es mag sich den Männern von Eisenach empfohlen haben", hieß es in der offiziellen „Karlsruher Zeitung", „in dem Programm von Oesterreich ganz zu schweigen. Um so nachdrücklicher muß dieser Gesichtspunkt von denen betont werden, die zum Beitritte aufgefordert werden. Sie müssen fragen: vor allem — wie stellt Ihr Euch zu Oesterreich? Hofft Ihr, im Frieden mit ihm zurecht zu kommen; spekuliert Ihr auf ... eventuelle Verlegenheiten Oesterreichs, auf einen Krieg desselben mit dem Auslande, eine Revolution in seinem Inneren, seinen Zerfall? ..."[60]).

So hatte sich schon in den ersten Wochen nach den Eisenacher Beschlüssen die Lage wenigstens einigermaßen geklärt. Es kam

---

57) Oncken, Bennigsen, I. S 342. Auch: Akt. d. Pol.-Präs. Berlin, Deutscher Nationalverein. Polizeibericht Frankfurt/M. 14. 9. 1859. Volksw. Kongreß. Die Antwort des Prinzregenten nach Stettin habe nicht befriedigt, da sie keine Aussicht gebe, daß der Prinzregent den allgemein gehegten Erwartungen entgegenkomme. Die Mitglieder des Eisenacher Ausschusses seien, durch Welcker und Pagenstecher verstärkt, sofort zu eingehenden Beratungen zusammengetreten und hätten beschlossen, da die Stimmung Süddeutschlands für das Eisenacher Programm günstig sei, zunächst „das preußische Volk auf die Beine zu bringen."

58) Vgl. Anhang Nr. 12, S 129/130.

59) Akt. d. Pol.-Präs. Berlin. Geh. Präs. Reg. Deutscher Nationalverein. Polizeibericht Berlin 14. 9. 1859.

60) Abdruck in der „Kreuzzeitung" Nr. 213. Berlin 13. 9. 1859.

zunächst ganz darauf an, den Süden zu gewinnen: dieses Ziel hatte die Art des Vorgehens zu bestimmen. Der erste wesentliche Erfolg dieser Tage war die Aufnahme der Verbindung zu Herzog Ernst, der mit seinem literarisch-politischen Kränzchen einst ja ähnliche Wege gegangen war und der schon seit dem Mai von den Einigungsbestrebungen zwischen Liberalen und Demokraten wußte. Jetzt stellte er sich der neuen Bewegung zur Verfügung — freilich ohne dabei seine eigensten Pläne aus dem Auge zu verlieren. Einst galt er vielen als Anwärter auf den lange verwaisten Thron des deutschen Kaisers; nun hatte er wohl den Gedanken, mit den neuen Männern diesen oder jenen seiner alten Wege wieder zu versuchen. Aber dieser Mann an dieser Stelle — das war doch ein Gewinn, der für die Eisenacher etwas bedeuten mußte. Nach der Besprechung mit Schulze-Delitzsch Ende August[61]) trafen sich Anfang September Bennigsen, Schulze-Delitzsch, Unruh und Fries in Koburg zu einer Beratung mit Herzog Ernst. Schon im Hotel erschien Bollmann, des Herzogs damaliger Sekretär, mit einem Stoß Papiere unter dem Arm, die die Organisationsvorschläge des Koburgers enthielten. Während sich die vier Eisenacher auf eine möglichst demokratische Organisation geeinigt hatten, die ungefähr dem Bau der neuen Aktiengesellschaften entsprach, empfahl der Herzog einen Geheimbund, an dessen Spitze eine hochgestellte einflußreiche Persönlichkeit stehen sollte[62]), deren Weisungen durch Verbindungsleute an die unteren Stockwerke weitergingen. Diese Diktatur eines einzelnen, wie sie sich Lassalle später schuf, wäre annehmbar gewesen, wenn man, wie in Italien, das Ziel hatte, eine Erhebung gegen landesfremde Herrscher zu entfesseln. Hier war aber die Lage doch ganz anders, und so lehnte man denn, als der Herzog am nächsten Vormittag detailliert auf seine Pläne zurückkam, entschieden ab[63]). Im übrigen dachte man etwa an dieselben Organisationsmethoden und Kampfmittel, die Herzog Ernst in seiner Autobiographie anführt[64]), also an einen ganz Deutschland

61) Oncken, Bennigsen, I. S 338.

62) Poschinger Unruh. S. 211 f.

63) Die Ausführungen des Herzogs haben aber doch wohl einigen Eindruck gemacht. Man hat für den Fall eines gemeinsamen Einschreitens der deutschen Regierungen auf Grund der Bundesvereinsgesetzgebung vom 13. 7. 1854 mit dem Plan gespielt, einen „stilleren" Verband unter den Mitgliedern des Vereins aufzuziehen. Schulze-Delitzsch an Bennigsen, Oncken, Bennigsen I. S. 353 ff.

64) Ernst II, Aus meinem Leben 2. S 310 f.

umfassenden Hauptverein, dessen Tätigkeit auf die Arbeit in Presse und Kammern gerichtet sein sollte. Vor allem wollte man aber vollste Oeffentlichkeit — „keine Konspiration", wie Stockmar an Francke schrieb[65]).

Schon hier in Koburg hatte man sich für Frankfurt als Sitz des Vereins entschieden. Einmal wurde damit die Absicht betont, auch den Süden in die geplante Parteifront einzureihen, dann lockte die alte, am Namen Frankfurts haftende Tradition, auf deren Propagandawirkung man rechnete, und endlich meinte man, dem alten Bundestage der Fürsten und Regierungen in den Versammlungen des neuen Volksbundes eine Art Nationalthing gegenüberstellen zu können. Vielleicht hat auch der taktische Grund mitgespielt, durch die Wahl Frankfurts Gegenmaßnahmen Oesterreichs zu provozieren, die dann auf die schwarz-gelbe Begeisterung des Südens einen kräftigen Dämpfer setzen würden[66]).

So ging man in dem Bewußtsein nach Frankfurt[67]), daß alles von dieser Tagung abhing und daß noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden blieben. Würde es nicht gelingen, mit dem Süden zur Uebereinstimmung zu kommen, dann hatten freilich die recht behalten, die von vornherein in der neuen Bewegung nichts als eine Vermehrung der alten deutschen Zwietracht gesehen hatten.

Die Führer nahmen bereits an der Tagung des Volkswirtschaftlichen Kongresses teil; so waren Bennigsen, Schulze-Delitzsch und einige andere schon seit dem 12. September in Frankfurt, und ganz gleichzeitig mit dem Ende des Kongresses, der seine letzte Sitzung am Vormittag des 15. abhielt, trafen auch die Teilnehmer an der in Eisenach für den 15. und 16. September verabredeten Konferenz deutscher Patrioten in Frankfurt ein. Hier lebte man schon seit Tagen in einer allgemeinen ununterbrochenen Debatte. Namentlich von süddeutscher Seite wurde darauf hingewiesen, „daß die deutsche

65) J. Schultze, a. a. O. Nr. 241. S 173. Stockmar 11. 9. 1859.

66) Le Mang, a. a. O. S 32.

67) Der über den Frankfurter Kongreß an die Parteipresse ausgegebene Bericht beruht wesentlich auf einer von Lammers nach Schluß der Tagung ausgearbeiteten und deren einigende Momente stark betonenden Darstellung; sie ist meinem Bericht daher nicht unmittelbar zugrunde gelegt. In erster Linie wurde das Referat eines vom preußischen Innenministerium nach Frankfurt entsandten Geheimagenten, dessen Name sich nicht feststellen ließ, benutzt (unter Eulenburg wurde ein Dr. Zirndorffer mit diesen Aufgaben betraut; Schwerins Berichterstatter gehört anscheinend den Altliberalen an).

Einheit als solche keinen Wert habe, wenn nicht auch eine Garantie für die Freiheitsrechte gegeben würde und daß man sich dabei weniger auf die Regierungen als auf das geeinigte Volk zu stützen habe. [68]). Diese Ansicht wurde ganz besonders von einer Versammlung entschiedener Demokraten betont, die sich schon am Abend des 14. September zusammenfand. Noch einmal hatte man die ehemals so beliebten Theaterrequisiten politischen Verschwörertums hervorgesucht: als Treffpunkt für die von 40—50 Personen besuchte, in später Nacht beginnende Versammlung, der der Frankfurter Rechtsanwalt Dr. Sanftleben präsidierte, war, wie der Referent des Preußischen Innenministeriums mit leichtem Gruseln berichtete, der abgelegene Teil eines alten Hauses bestimmt worden, zu dem man über viele Treppen, weite Säle und lange dunkle Korridore gelangte. Nur die unverdächtigsten Mitglieder der Demokratischen Partei fanden Zutritt. „Vor der Eröffnung mußte jedes anwesende Mitglied seinen Namen nennen, wobei die meisten zur besseren Legitimation Bezeichnungen aus ihrer politischen Vergangenheit hinzufügten". Sanftleben eröffnete die Beratung, indem er es für eine gefährliche Täuschung erklärte, von der preußischen Regierung die Freiheit zu erwarten. Das habe die „feige und perfide" Antwort Schwerins nach Stettin bewiesen. Im gleichen Sinne sprachen spätere Redner, jedoch wurden keine Beschlüsse gefaßt, vielmehr löste sich die Versammlung zu sehr später Stunde und unter lebhaften Formen auf. „Der starke Genuß von, wie es schien, unentgeltlich gespendetem Wein und Punsch gab der Versammlung später einen so tumultuarischen Charakter, daß die Ordnung aufhörte."

Die Stimmung hatte sich also mit dem Nachlassen des von außen her kommenden Druckes gewaltig geändert. Da die außenpolitische Gefahr für den Moment geschwunden war, machte man jetzt von links her geltend, Einheit ohne Freiheit müsse zur Despotie werden. Preußen sei nicht bereit, die geforderten Freiheitsrechte zu geben, man wolle solche Einheit nicht. Es wurde zwar auch hier anerkannt, daß Preußen die Berufung habe, Deutschland an Haupt und Händen zu reformieren, aber es mangelte doch an Vertrauen zu der norddeutschen Macht, die sich das Recht zur Uebernahme der deut-

68) Die in Anführungsstrichen gegebenen Stellen sind Zitate aus dem auf S 57 Anm. 2 genannten Geheimbericht an die preußische Regierung. Vgl. Akt. d. Pol.-Präs. Berlin, Geh. Präs. Reg. Deutscher Nationalvereine. Pr. Staatsarchiv.

schen Hegemonie erst verdienen sollte[69]). „Der Beruf ist da; aber wir verlangen Tatsachen, Bürgschaften von Preußen selber". So hatte die Demokratie des Südens die Eisenacher Erklärung gerade in dem Hauptstück, der Uebertragung der militärischen Gewalt Deutschlands an Preußen, entschieden abgelehnt[70]). Und an eben demselben Tage, an dem hier in Frankfurt die Demokratie der entschiedensten Färbung bemüht war, die Bestrebungen der Eisenacher zu diskreditieren, propagierte Stuttgart das Schlagwort: „Wir wollen nationaldemokratisch sein[71])." In einer langen Artikelserie wurde gegen die von der Leipziger „Deutschen Allgemeinen Zeitung" aufgestellte Behauptung, die Demokratie sei tot, nachdrücklichst protestiert und in aller Entschiedenheit die Gedankengänge des Triassystems entwickelt[72]). Die Männer um Schott und Karl Mayer bekannten sich in voller Deutlichkeit zur Republik, fragten, ob wohl Stahl und Gerlach mit einer solchen Republik einverstanden sein würden[73]) und lehnten, zum Teil aus stammes-kulturellen Gründen, die von den Eisenachern geforderte deutsche Einheit, die sie sich nur in der Form schärfster Zentralisation zu denken vermochten, ganz entschieden ab. So befanden sie sich in ihrer Ablehnung in der bunten Gesellschaft der Konservativen und Ultramontanen, gleich denen sie für eine Trias mit Turnus oder für Beibehaltung des alten Bundes eintraten[74]).

Am 15. September vereinigte man sich in Frankfurt zu einem gemeinsamen Mittagessen, bei dem es aber wegen des starken Andranges auch ganz Unbeteiligter zu keiner näheren Berührung untereinander kam. So traf sich ein größerer Teil in einem Gartenlokal vor dem „Allerheiligen-Tore", wo man, wie auch in anderen kleinen Vorversammlungen, über die Wahl des Präsidenten und dann über eine Einigungsbasis mit den Süddeutschen beriet, deren Ansichten von den Forderungen des Eisenacher Programms stark abwichen. Fast allgemein dachte man an Bennigsen als Präsidenten, „da die Süddeutschen erklärten, daß dieser Name bei ihnen einen vorzüglichen

---

69) „Beobachter" Nr. 172. Stuttgart 28. 7. 1859. Deutsches Kriegsheer und Parlament.

70) Ebd. Nr. 166. 21. 7. 1859.

71) Ebd. Nr. 213. 14. 9. 59. Die Unmöglichkeit der politischen Fusion.

72) Ebd. Nr. 213. 15. 9. 59. Die Unmöglichkeit d. pol. Fusion.

73) Ebd. Nr. 215. 16. 9. 59. Die Unmöglichkeit d. pol. Fusion.

74) „Beobachter" Nr. 231. Stuttgart 6. 10. 1859. Zur deutschen Einheitsfrage.

Klang habe, während sie wohl ebenso ungern einen Preußen als diese umgekehrt einen Süddeutschen statuiert hätten." Die Preußen erklärten sich in einer Separatkonferenz am Nachmittag des 15. mit Bennigsens Wahl einverstanden, drängten jedoch, da man Bennigsens diplomatische Begabung für die Debatte zu erhalten wünschte[75]) auf die Wahl zweier Vizepräsidenten. Hinsichtlich des Gegensatzes zu den Süddeutschen war eine Einigung von diesem Umfange nicht möglich. Die Bayern zeigten sich zwar nicht so widerstrebend, wie nach der Haltung ihrer Kammern allgemein geglaubt wurde[76]), aber seitens der Württemberger, „die namentlich österreichische Interessen im Auge zu haben schienen", wurde lebhaft widersprochen[77]). Metz-Darmstadt, der im ganzen an der Eisenacher Erklärung festhielt, drang auf eine energische Haltung Preußens und forderte eine Proklamation an das deutsche Volk, die „dem Wesen nach die deutschen Grundrechte" verlangen sollte. Die Norddeutschen dagegen, denen es vor allem auf die Konsolidierung der Partei und auf die Gründung eines Vereines ankam, fürchteten von einer solchen Ansprache Spaltungen und Zerwürfnisse — besonders der Hinweis auf die Grundrechte wurde für bedenklich gehalten — und delegierten in einer nach der allgemeinen Vorberatung noch spät nachts abgehaltenen Sonderbesprechung ein demokratisches Mitglied, Streckfuß aus Berlin, der beauftragt wurde, gegen den Erlaß einer Proklamation entschieden zu protestieren, „während es zugleich für klug erachtet wurde, daß die Norddeutschen, namentlich die Preußen, so wenig als möglich, die Konstitutionellen insbesondere gar nicht, an den weiteren Debatten öffentlich teilnehmen

75) Der Berichterstatter notierte hier: „Beiläufig sei gleich hier bemerkt, daß Herr von Bennigsen im ganzen den in ihn gesetzten Erwartungen nicht entsprochen, manche seiner bisherigen Verehrer über das Maß seiner Befähigungen sogar erheblich enttäuscht zu haben scheint. Ich stütze mich hierbei auf mehrfache ungünstige Privaturteile . . ." Zweifellos ist aber Bennigsens überragende Begabung schon in Eisenach hervorgetreten. Diese Angabe Blums („Vorkämpfer" S 247) dürfte um so mehr zutreffen, als die während der Eisenacher Sitzungen sich ergebenden Krisen dem diplomatischen Talente Bennigsens eine Betätigungsmöglichkeit boten. Die Angaben Blums werden überdies von dem Verfasser des Artikels „Bennigsen" in den Männer der Zeit, Biograph. Lexikon der Gegenwart, Leipzig 1862 II. S 166 bestätigt.

76) Die bayrische zweite Kammer hatte einige Wochen vorher den Antrag Völks auf Schaffung einer starken Zentralgewalt nebst Nationalvertretung mit 87 gegen 45 Stimmen abgelehnt.

77) Vgl. Anhang Nr. 13, Seite 130—34.

sollten. So sah es im wesentlichen hinter den Kulissen aus, als die öffentlichen Verhandlungen begannen."

Diese setzten am Nachmittag des 15. mit einer allgemeinen Vorberatung ein, die in einem Lokal der Bockenheimer Gasse stattfand[78]). Dr. Müller aus Frankfurt eröffnete die Besprechungen mit dem Hinweis auf die Eisenacher Versammlungen und bezeichnete die Frankfurter Tagung als eine Fortsetzung der Beratungen vom 14. August[79]). Nach der Präsidentenwahl, die der Einfachheit halber durch Akklamation vorgenommen wurde, nahm Bennigsen sofort den Präsidentensitz ein, ernannte drei Sekretäre, unter ihnen Lammers, und mahnte in einer kurzen Ansprache zur Einmütigkeit: Die heutige Vorberatung habe den Zweck, für die am nächsten Tage folgende Hauptversammlung das Material zu sichten; er bitte deshalb, die einzubringenden Anträge schon jetzt vorzulegen und erkläre damit die Debatte für eröffnet. Es entstand eine minutenlange, tiefe und eindrucksvolle Stille. „Es war", schrieb der preußische Agent, „als wenn alle Parteien sich gleichmäßig fürchteten, in eine Bewegung einzutreten, deren letztes Ergebnis keineswegs vorherzusehen war. Die Pause hatte etwas Feierliches und Peinliches zugleich."

Metz unterbrach als erster das Schweigen. In längerem Vortrage legte er dar, daß es, wenn man auf die Unterstützung des Volkes rechnen wolle, seiner Ansicht nach darauf ankomme, neben der Einheit, die für ihn also trotz der Süddeutschen noch an erster Stelle stand, auch die Freiheit anzustreben. Er habe in diesem Sinne sein Eisenacher Separatvotum abgegeben und müsse jetzt darauf zurückkommen. Von einem Ausschlusse Oesterreichs sei keine Rede. Er und seine Freunde glaubten nur, daß Preußen den hier angestrebten Zielen am meisten entsprechen könne. Trotz der sehr bedenklichen Haltung der preußischen Regierung[80]) hoffe er, daß das preußische Volk sich ermannen werde. In jedem Falle gelobten er und seine Freunde volle Mitwirkung an einer Einigung aller fortschrittlichen

78) Dieses Lokal hatte ursprünglich den Namen „Harmonie" getragen, hieß jetzt „Deutscher Hof" und würde, spöttelten die Gegner, die sich schon über die Namen Streit und Unruh belustigt hatten, in Zukunft wohl „Disharmonie" getauft werden.

79) Vgl. Anhang Nr. 14, Seite 134—36.

80) Vgl. Anm. 57, S 55, und Anhang Nr. 12, Seite 129—30.

Elemente Deutschlands. Um diese Zusammenfassung anzubahnen, hielten sie den Erlaß einer Ansprache an das deutsche Volk für notwendig, und er werde einen dahingehenden Antrag einbringen. Sein sofort verlesener Entwurf forderte eine Art Garantie der Grundrechte von 1840, die als Grundlage der anzustrebenden nationalen Einigung Deutschlands bezeichnet wurden und betonte, daß nur unter dieser Voraussetzung und auch dann nur, wenn Preußen sofort handelnd dafür eintrete, das deutsche Volk bereit sei, ihm die Initiative zu überlassen und es in seinem Kampfe um die Vorherrschaft zu unterstützen. Gleichzeitig wurde aber auch Oesterreichs gedacht, gegen seine Ausschließung protestiert und ihm die Möglichkeit gezeigt, seinerseits an die Spitze zu treten, wenn es die nationale Initiative ergreife.

Diese sehr lebhaft begrüßte Rede zeigte deutlich, daß man sich der Lage und ihrer Schwierigkeiten klar bewußt war. Trotz dem formalen Festhalten an dem Eisenacher Programm, das ja schon von Dr. Müller betont war, stellte der Antrag Metz doch eine erhebliche Abweichung von den Augustbeschlüssen und eine starke Vernebelung der in den Kreisen der Führer herrschenden Ansichten dar, deren Wirkung natürlich auf die Sonderstellung der Süddeutschen berechnet war. Man hat im Ernste wohl kaum daran gedacht, Oesterreich wirklich die Führerrolle in Deutschland zuzugestehen und genau gewußt, daß Oesterreich nach menschlicher Voraussicht nicht sobald in die Lage kommen werde, dem Verfassungsstreben Deutschlands nachzugeben, wenn es nicht eben auf seine Stellung als europäische Großmacht und auf seinen inneren Zusammenhalt zu verzichten bereit war. Dieser Passus in der Rede Metz's war also eine ganz ungefährliche Konzession und nicht viel mehr als eine liebenswürdige Geste dem süddeutschen Lager gegenüber. Auch die Forderung der Grundrechte, auf die damals von liberaler Seite nicht entfernt mehr der Wert gelegt wurde wie ein Dezennium früher, war auf die Haltung der liberalen Stürmer und Dränger des Südwestens berechnet, die Preußen sehr mißtrauisch gegenüberstanden und durchaus nicht gewillt waren, sich ihm bedingungslos in die Arme zu werfen. Ueber die Wirkung dieser Forderung auf Preußen war man vollkommen beruhigt, weil allen Ernstes geglaubt wurde, der Prinzregent sei im Grunde mit der Reformbewegung einverstanden, da sie seinem Staate ja Macht über Macht und unausdenkbare

Ehre einbringen werde[81]). Da nach der Rede Metz's keine weiteren Anträge kamen, eröffnete Bennigsen die Aussprache, für die sich der alte Welcker als erster zum Wort meldete. Er steckte noch immer in den farbenprächtigen Utopien von 1848 und hatte seither schon ein gut Teil seiner einstigen Popularität — auch im Süden — verloren. Jetzt begann er mit der erfreuten Feststellung, daß von einem Ausschlusse Oesterreichs nicht die Rede gewesen sei; er und mit ihm viele wackere Männer seien der festen Ueberzeugung, das ganze Deutschland müsse an der Einheit teilhaben. Man solle Preußen zu friedlichen Verhandlungen mit Süddeutschland bewegen, und wenn etwa ein Staat hierbei in einer wichtigen Frage Nein sage, „so sei schlimmstenfalls ein weiteres Vorgehen gerechtfertigt." Aber solche Reden machten jetzt keinen Eindruck mehr; tiefes Schweigen empfing den auf seinen Platz zurückkehrenden Sprecher. Die Männer, denen diese Ausführungen galten, waren doch aus ganz anderem Holze geschnitzt, wurzelten in ganz anderem Boden als dieser alte Freiheitskämpe des großen Revolutionsjahres. Sie wußten genau, daß niemals ein Staatswesen freiwillig auf seine Macht und deren ungehemmte Ausübung verzichtet hatte; sie alle hatten einst mit heißen Köpfen über Rochaus „Realpolitik" gesessen, sie alle lebten in einer Welt, die sich irgendwie mit Hegel auseinandersetzen mußte; kaum einer unter ihnen hat ernsthaft an die Möglichkeit geglaubt, die kommende deutsche Revolution werde ganz im Frieden vor sich gehen, so heiß jeder auch hoffte, es werde nicht noch einmal deutsches Blut für die deutsche Einheit vergossen werden müssen. So spannten sich zwischen ihnen und der Welt, aus der Welcker zu ihnen redete, weite Klüfte, über die, wie sie noch sehen mußten, keine Brücken gelegt werden konnten.

Diesem Empfinden gab der Hannoveraner Planck lebhaften Ausdruck. Er erklärte in Schärfe, eine Einigung zwischen Oesterreich und Preußen sei nicht möglich; man müsse einen der beiden Staaten aus dem Spiele lassen. Das könne der heutigen Lage entsprechend nur Oesterreich sein, und der im Augenblick einzig erreichbare Fortschritt sei die weite Verbreitung dieser Ansicht. Oesterreich stehe vor seinem Zerfall; in allen seinen Zuständen herrsche die größte Zerfahrenheit, überall mache sich eine tiefgehende Erregung

81) Vgl. Anhang Nr. 15, Seite 136—37.

geltend. Ein bewußtes Interesse, mit Deutschland zu gehen, existiere nur in sehr kleinen Kreisen. Deutschlands Unglück liege in den konkurrierenden Einflüssen beider Großmächte; die Gründe der gegenseitigen Eifersucht fielen aber weg, wenn Oesterreich Preußen nicht mehr herabdrücken könne und dieses imstande sei, ohne Furcht sich um seine deutschen Aufgaben kümmern zu können. Bei den vielfachen Gefahren in Ost und West dürfe man aber nicht warten, bis Oesterreich aufgehört habe zu bestehen. Man müsse vielmehr daran arbeiten, die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit, mit Oesterreich zu einer Reform der deutschen Verfassung zu kommen, allgemein zu verbreiten; gleichzeitig sei aber auch die Hoffnung wachzuhalten, daß Preußen zu einer großen, kühnen, nationalen Politik fortschreiten werde. In dieser Hinsicht halte er den Antrag Metz für zu unbestimmt; er müsse sich daher gegen ihn erklären. Diese unvorsichtig-ehrliche Rede machte tiefen Eindruck; als Bennigsen ihn unterbrach und an die kurz zuvor beschlossene Geschäftsordnung erinnerte, die die Sprechzeit jedes Redners auf zehn Minuten begrenzte, erhob sich im Saale stürmischer Protest, und Planck konnte seine Rede unter lautem Beifall zu Ende führen.

Nach ihm sprach Hölder aus Stuttgart, der sich im Sinne der Instruktion vom 5. 9. mit dem Eisenacher Programm auseinandersetzte. Der Vorredner, so erklärte er, habe Preußen an die Spitze Deutschlands gestellt. Das sei auch der Inhalt des Eisenacher Programms, und deshalb habe dieses in Süddeutschland keinen rechten Anklang gefunden. Er verwahre sich gegen den Verdacht einer persönlichen Abneigung gegen Preußen; durch die preußische Hegemonie werde Oesterreich aber aus dem engeren Deutschland ausgeschlossen und abgesehen von allen anderen Bedenken halte er die freiwillige Aufgabe so herrlicher Provinzen für einen volkswirtschaftlich wie strategisch untragbaren Verlust. Allerdings sei es nicht möglich, mit Oesterreich und Preußen eine einheitliche Zentralgewalt zu begründen. Allein so nahe liege diese Frage auch nicht. Ein unmittelbarer Erfolg könne von der nationalen Bewegung in nächster Zeit überhaupt nicht erwartet werden; keine Regierung werde ihre Gewalt freiwillig abgeben wollen, und ob das Volk in der Lage sei, die Kabinette dazu zu drängen, erscheine doch als sehr fraglich. Preußen sei allein zur Lösung der deutschen Frage berufen, sage man; allein auch Oesterreich könne eine Entwicklung nehmen,

die es zu dieser Aufgabe befähige. Praktische Bedeutung erlange dieser Gegenstand erst, wenn man zur Tat schreite. Wenn Preußen ernsthaft vorgehen wolle, dann sei das allerdings etwas anderes; Preußen riskiere dabei seine Existenz und müsse einen Kampf auf Leben und Tod bestehen. Er sei nun aber nach Frankfurt gekommen, um wenn möglich zu einer friedlichen Lösung der deutschen Frage mitwirken zu können und verweise auf die dringend notwendigen Reformen in Rechts-, Steuer- und Verkehrswesen. Stelle man diese praktische Frage nicht in den Vordergrund, dann würden Völker und Regierungen passiv bleiben, und die nationale Bewegung müsse im Sande verlaufen. Er stehe jedenfalls bis zu einem Vorgehen Preußens auf dem Standpunkt, den Graf Schwerin in seiner Antwort auf die Stettiner Adresse eingenommen habe[82]).

Das war eine klare Absage an die Eisenacher, für die Hölders Vorschlag ganz unannehmbar sein mußte. Was der nationalen Bewegung die Massen des Volkes günstig stimmte, das waren doch gerade die tausenderlei kleinen Unannehmlichkeiten des täglichen Lebens, die aus der staatlichen Vielgestalt Deutschlands entsprangen. Ihre Beseitigung ohne gleichzeitige Reform an Haupt und Gliedern hätte den Bund sanktioniert und den deutschen Partikularismus verewigt; ging man also den Weg, den Hölder empfahl, dann mußte man seine Hoffnungen auf eine Aenderung der deutschen Verfassungszustände für immer begraben. So erwiderte denn Rochau in schärfster Formulierung: es gebe keine praktische Frage, die vor der Zentralgewalt erledigt werden könne. Preußen sei der Staat, der allein berufen sei, Deutschland zu einigen. Er beantrage, ihm in der Erlangung der Zentralgewalt unter bestimmten, die Freiheitsrechte des deutschen Volkes garantierenden Bedingungen behilflich zu sein. Damit hatte er das ausgesprochen, was ihm seit Schwarzenbergs Novemberrede von Kremsier zu sicherster Glaubensgewißheit geworden war und was er selbst nach der Ablehnung der deutschen Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. stets festgehalten hatte: Preußen ist und bleibt der Staat, welcher an die Spitze Deutschlands gestellt werden muß, wenn von einer bundesstaatlichen Einigung die Rede sein soll[83]). Schon 1848 hatte er darauf hin-

82) Vgl. auch den diesen Bericht bestätigenden Brief Hölders an Bennigsen, Oncken, a. a. O. I. S 549.

83) Lülmann, Die Anfänge August Ludwigs von Rochau S 57.

gewiesen, daß erst einmal eine starke Regierungsgewalt nottue, wenn die Nationalversammlung Beachtung finden solle, und auch in den Zeiten, in denen ihm, diesem stolzesten Deutschen, dem Treitschke je begegnet ist, sein Preußen so ganz andere Wege zu wandeln schien, hat er an Preußens deutschem Berufe nie gezweifelt. Hier hieb er nun also in die Kerbe, die Planck geschnitten, ebenso ehrlich, aber ungleich temperamentvoller als jener.

Um den ungünstigen Eindruck, den seine Ausführungen machen mußten, zu verwischen, amendierte Reyscher[84]) den von Metz gestellten Antrag, in dem er ebenso wie dieser von Preußen freiheitliche Garantien, nicht aber ein sofortiges Einschreiten der norddeutschen Macht verlangte.

Fries fragte, was Metz eigentlich mit seinem Antrag wolle? Er habe das Eisenacher Programm unterzeichnet und werde kein anderes unterschreiben. Die Herren Rochau und Reyscher schienen am Eisenacher Programm festhalten zu wollen, wenn sie es auch weiter ausgedehnt hätten. Er bitte Metz, sich zu erklären.

Dieser antwortete, er bekenne sich offen zum Eisenacher Programm und verleugne keinen der Sätze, die er damals unterschrieben habe. Allein, das Programm sei in der Formulierung nicht ausführlich genug. Deshalb habe er schon in Eisenach eine erläuternde Erklärung gegeben, die damals fast einstimmig angenommen worden sei. Ohne diese Erläuterung würde gewiß niemand in ganz Süddeutschland den Augustbeschlüssen beigetreten sein. Man müsse nun endlich auch einmal ein Wort von der Freiheit reden und sich gegen ein Hinauswerfen Oesterreichs verwahren; ein Deutschland bis an den Main halte er für ein sehr beklagenswertes Resultat der nationalen Bestrebungen. Er hoffe, die 30 Millionen Menschen außer Oesterreich würden die 8 Millionen Deutsch-Oesterreicher auch noch nach sich ziehen. Man könne eine Zentralgewalt nicht ohne gewaltsames Vorgehen schaffen; darum müsse Preußen handelnd vorangehen. Nur unter dieser Voraussetzung sei Preußen die bevorzugte Stellung eingeräumt worden; solange man aber nicht wisse, ob nicht ein neues Ministerium in Preußen einen völligen Umschwung der Auffassung hervorrufen könne, halte er es für unmöglich, sich in Plancks Sinne zu äußern. Unterstützen wolle man Preußen sehr

84) Vgl. auch den diesen Bericht bestätigenden Brief Reyschers an Bennigsen, Oncken, a. a. O. I. S 351.

gern, selbst vorgehen könne man aber nicht. Von einem Ausschlusse Oesterreichs spreche niemand; natürlich wolle man nicht den ganzen kaiserlich-österreichischen Nationalitätenwirrwarr in das neue Deutschland übernehmen, aber von seinen Stammesbrüdern jenseits der Grenzen lasse er sich nicht trennen. Er schloß seine Rede mit den Worten: „Wenn Preußen Deutschland konstruiert, soll es uns haben; konstruiert uns irgendein anderer Staat, dann nicht Preußen. Deshalb werfen wir Oesterreich nicht hinaus. Ob es praktisch bei uns bleiben kann, ist eine andere, hier aber nicht lösbare Frage. Ohne gewaltsame Katastrophe werden wir unsere Sätze aber nicht ins Leben rufen und verwirklichen können, und in dieser Beziehung ist allerdings die neueste Erklärung des preußischen Ministeriums wenig beruhigend. Wir haben nicht bloß den Widerstand sämtlicher Regierungen — mit einer einzigen rühmlichen Ausnahme —, sondern auch ebenso vielfach den der Volksstimmung zu gewärtigen. Darum soll Preußen vor allem erst als Hort der Freiheit handelnd auftreten, bevor wir uns ihm überliefern. In diesem Sinne betrachten Sie unsere Vorlage."

Diese Rede wirft grelle Lichter auf die unter den Kongreßteilnehmern herrschende Stimmung. Es schien ganz so, als solle man unverrichteter Sache auseinandergehen und als sei es nicht möglich, in dieser alle Teilnehmer gleich tief berührenden Frage zu einer Einigung zu kommen. Denn nun kam es auch seitens der Süddeutschen zu sehr entschiedenen Reden; namentlich der alte Welcker, der sich wieder zum Worte gemeldet hatte, gebrauchte heftige Worte gegen das Eisenacher Programm und setzte sich so lebhaft für Oesterreich ein, daß sich große Unruhe erhob und in der Versammlung heftige Diskussionen entstanden. Die Situation schien völlig verfahren und der endgültige Abbruch der Verhandlungen bevorstehend, als der Thüringer Rechtsanwalt Sommer die Lage durch den Vorschlag rettete, das Präsidium möge an Hand der Erfahrungen, die die heutige Debatte erbracht habe, die nötigen Vorlagen zur Gründung einer Nationalpartei ausarbeiten und sie morgen dem Kongreß vorlegen. Gleichzeitig wies er aber auch darauf hin, daß durch die Süddeutschen, die ohne jedes Programm nach Frankfurt gekommen und in bloßer Ablehnung stehen geblieben seien, die ganze Bewegung in Frage gestellt werde. Seinem Vorschlage entsprechend wurde zur Beratung der dem Nationalkongreß vorzu-

legenden Anträge eine Kommission gewählt, der außer dem Präsidium, das aus Bennigsen, Dr. Müller und Fries bestand, Metz, Reyscher, Unruh, Veit, Reuß, Schulze-Delitzsch, Friedleben, Brater und Rochau angehörten, alles Männer, die auf dem Boden der Eisenacher Beschlüsse standen oder sogar entschieden darüber hinausgingen. Das bedeutete also eine klare Niederlage der Süddeutschen, aber dieser Sieg der Eisenacher war doch auf einem so ungünstigen strategischen Boden erkämpft, daß man seine volle Ausnutzung, sollte die zu gründende Partei über den Main nach Süden vorstoßen, mit schweren Opfern hätte bezahlen müssen. Der ganze Erfolg dieser ersten Versammlung bestand nur darin, daß die eigentliche Arbeit aus dem Plenum durcheinandergehender Meinungen in einen einheitlicher zusammengesetzten Ausschuß verlegt worden war. Es konnte nicht zweifelhaft sein, daß es ganz darauf ankam, hier irgendein Kompromiß zu finden, das den zwischen Nord und Süd bestehenden Gegensatz überbrückte oder wenigstens verdeckte.

Die am nächsten Vormittage gegen 11 Uhr beginnende Hauptversammlung stand zunächst ganz im Banne der Stimmung, in der man sich tags zuvor getrennt hatte. Man war ängstlich, gedrückt und wenig hoffnungsvoll; selbst ein formaler Erfolg konnte nach den Erfahrungen der gestrigen Debatte kaum noch erwartet werden. Die neue Nationalbewegung, zu deren Organisierung man in Frankfurt zusammengekommen war, schien ganz im Sande verlaufen zu sollen. Schulze-Delitzsch, der nach den Eröffnungsworten Bennigsens für die Ausschußanträge zu sprechen hatte, stand also vor einer sehr schweren Aufgabe. Zwar hatte sich die am Vortage gewählte Kommission dahin entschieden, zunächst von einem Programm für die Nationalbewegung abzusehen, um möglichst weite Kreise erfassen zu können; es konnte aber natürlich nicht zweifelhaft sein, daß die Gedanken, von denen dabei ausgegangen wurde, kleindeutsch gefärbt waren. Außerdem knüpfte das dem Plenum vorgeschlagene Statut ausdrücklich an die Eisenacher Beschlüsse an: das war also die erste Schwierigkeit. Dazu kam dann, daß die vom Ausschusse vorgeschlagene Form eines festen Vereines, die notwendig war, wenn man nicht überhaupt darauf verzichten wollte, der neuen Bewegung einige Stoßkraft zu geben, den Schwerpunkt der zu entfaltenden politischen Tätigkeit naturgemäß nicht in die Plenarversammlungen legte, wie das auf anderem Gebiete etwa in den Tagungen der Volks-

wirte der Fall war; vielmehr mußten Ausschuß und Vorstand so gestellt sein, daß sie die mehr oder minder zufälligen, häufig von lokalen Einflüssen abhängigen Votierungen der Generalversammlungen nötigenfalls kompensieren konnten. Nur dann war es möglich, Politik auf längere Sicht zu treiben und eine einigermaßen stetige Richtung innehalten zu können.

Schulze-Delitzsch begann mit einer auf die Süddeutschen berechneten captatio benevolentiae. Namens der in Frankfurt anwesenden Preußen gab er die Erklärung ab, daß man das preußische Volk nicht mit der preußischen Regierung identifizieren könne. Das sei wohl in Oesterreich möglich; in Deutschland aber, in Preußen, Bayern, Baden usw. ständen den Regierungen feste Volkskörper gegenüber; man dürfe sie nicht ohne weiteres für die Politik verantwortlich machen, die die Kabinette trieben. Man habe gestern von einem Korbe gesprochen, den Preußen Deutschland gegeben habe. Er mache aber darauf aufmerksam, daß die preußische Kammer dringend zur Annahme der Friedrich Wilhelm IV. angebotenen deutschen Kaiserkrone geraten habe. Nicht Preußen, nicht das preußische Volk habe einen Korb erteilt, sondern die preußische Regierung. Sodann handele es sich nicht um ein Recht Preußens zur Uebernahme der deutschen Vorherrschaft, sondern um eine schwere Pflicht, die Blut und Leben koste. Er ging dann dazu über, das der Versammlung vorgelegte Statut zu besprechen, und wies nach, daß die Konstituierung als fester Verein eine unbedingte Notwendigkeit sei. Die Hauptfrage bleibe dabei, ob jeder Deutsche den Mut habe, sich seiner gesetzlichen Rechte in vollem Umfange zu bedienen. Sei das nicht der Fall, schrecke die Mehrheit vor einem festen, streng bindenden Verein zurück, der offen ausspreche, daß er agitieren und die öffentliche Meinung in Kammern und Presse beeinflussen wolle, dann gebe es wohl eine Menge „stiller Gesellschafter", aber keine nationale Partei. Nachdem er dann noch kurz auf die vom Ausschuß beantragte Ansprache an das deutsche Volk eingegangen war, schloß er seine Rede mit einem Hinweis auf die Verpflichtung, die das germanische Thing den Geschworenen auferlegt habe. Niemand habe die heilige Stätte verlassen dürfen, ehe nicht die Geschworenen den Wahrspruch gefunden hätten. So sei es auch hier. „Sie, die hier Versammelten, sind die Geschworenen des deutschen Volkes in dieser großen Frage, und Sie dürfen diesen

Saal nicht verlassen, bis Sie den Wahrspruch gefunden haben über die von der ganzen Nation heißersehnte Einigung. Geistige Wächter hüten den Eingang und scheuchen alle zurück, die entweichen wollen. Es sind der Schmerz und Jammer unseres Volkes, seine zertretene Größe, seine geschändete Ehre. Die brennendste Scham müßte mich verzehren, wenn ich ohne Frucht von diesem Einigungswerk zurückkehren sollte zu denen, die mich gesendet; die brennendste Scham, die es gibt, nicht bloß in die eigne Seele, die Scham in die Seele meines Volkes[85])."

Die Stimmung der Versammlung erwies sich indessen doch als sehr geteilt. Zwar erklärte Venedey, der als erster sprach, er sei mit dem Statut einverstanden und empfehle seine Annahme, Welcker jedoch, der ihm folgte, kritisierte die übergroßen Vollmachten, die das Statut dem Ausschuß in die Hand gebe. Hölders Einwendungen streiften viel tiefere Probleme und waren teilweise nicht unberechtigt. Er stieß sich vor allem daran, daß das Verhältnis des Statuts zum Eisenacher Programm nicht klar genug zum Ausdruck gebracht sei und erklärte, daraus folge für ihn der Zweifel, ob er dem Verein beitreten könne oder nicht. Sodann glaube er, daß durch eine solche formale Organisation der Sache selbst wenig gedient werde. Es komme doch ganz auf den in ihr herrschenden Geist an; er erst sei imstande, der Bewegung festen Halt und wirkliches Leben zu geben. Infolgedessen sei er gegen die strenge Organisation als festgeschlossener Verein und ziehe die losere Form einer Wanderversammlung, die durch Zwischendeputationen von einer zur anderen hinüberbegleitet werde, entschieden vor. Drittens sei auf seine schon gestern erhobene Forderung, der Verein möge sich mit unmittelbar praktischen Fragen beschäftigen, keine Rücksicht genommen. Er bedaure daher, das Statut ablehnen zu müssen, gelobe aber, als Bürger und Abgeordneter nach Kräften für die nationale Sache zu wirken. Andere dagegen sprachen sehr entschieden für Annahme des Statuts, und der Kurhesse Pfaff erklärte, er habe den Auftrag, sich jeder Abweichung vom Eisenacher Programm energisch zu widersetzen. In Kurhessen habe man in den Leiden der Reaktionsjahre wenigstens das eine gelernt, daß der Erfolg einer Bewegung von der Festigkeit ihres eigentlichen Kernes abhänge. Diesen zu

85) Parisius, Hoverbeck I. S 168. Anm. 22.

schaffen, sei also unbedingt notwendig; habe man erst einmal angefangen, ernstlich an der nationalen Wiedergeburt Deutschlands zu arbeiten, so würden die noch zögernden Süddeutschen schon nachfolgen. Nach weiteren Reden, unter denen die von Metz hervorzuheben ist, der den engen Zusammenhang des Statuts mit der Eisenacher Erklärung betonte, wurde der Schluß der Debatte beantragt, und nach einem Schlußworte Schulze-Delitzschs erfolgte die Abstimmung, die die Annahme des Vereinsstatuts ergab. Mit Nein hatten nur vier bis fünf Württemberger gestimmt, unter ihnen Hölder, der trotz aller Versuche, ihn zur Annahme zu bewegen, unerschüttert auf seinem Standpunkt beharrte. Der schließliche Erfolg war also nicht sehr zufriedenstellend; zwar war der Verein ja nun geschaffen, aber die Württemberger und damit weite Kreise von Süddeutschland standen in Ablehnung beiseite. Und außerdem hatte man ja doch auf die Formulierung eines Programmes, das dem Statut Sinn und Leben gegeben hätte, verzichten müssen; diese Sorge war also ganz dem Ausschusse überlassen worden. Die Richtung, die er seiner Politik gab, war daher bestimmend für die Parteifarbe, die der Nationalverein tragen sollte, und demgemäß waren seine Befugnisse in der Tat recht weit gespannt. Vor allem war weder in der Diskussion noch im Statut die Frage geklärt, ob die Zusammenkünfte des Nationalvereins periodisch stattfinden sollten oder ob die Einberufung der Generalversammlungen dem Ermessen des Ausschusses anheimgegeben war. Nach § 3 der Statuten hatte der Ausschuß lediglich die Pflicht, neue Versammlungen zu veranstalten; da sein Mandat aber bis zur nächsten Vollversammlung ging, waren seine Befugnisse faktisch diktatorischer Natur. Das ist dann freilich nie ausgenutzt worden, und selbst in den stürmischen Jahren des preußischen Konfliktes hat niemand versucht, das nach allen Seiten zerflatternde Gewand dieses Statuts sich eng um den Körper zu legen.

Heiße Kämpfe entbrannten dann bei der Besprechung des zweiten Punktes der Tagesordnung, der Beratung einer an das deutsche Volk zu richtenden Ansprache des Nationalvereins. Schon in der Kommissionssitzung war dieser Gegenstand hart umstritten worden. Fast der ganze Norden und ein großer Teil der Mitglieder aus Süddeutschland hatte sowohl dem von Metz eingebrachten Entwurf lebhaft widersprochen als auch die Nützlichkeit einer solchen An-

sprache entschieden bestritten. Durch das vorzeitige Aussprechen gärender Ideen greife man vielleicht der Entwicklung der Tatsachen vor, erklärte Bennigsen; der Lauf der Dinge werde die Widerstrebenden weit leichter vereinigen. Trotzdem könne aber eine solche Ansprache auch wieder von großem Werte sein, da man dadurch vielleicht die Regierungen bewegen werde, ihre Karten zu zeigen. Entscheidend war aber wohl die Sorge, Preußen könne eine solche Meinungsäußerung seiner irregulären Freischaren, wie Roggenbach den Nationalverein einmal bezeichnete, als verfrüht ansehen und dadurch abgeschreckt werden. Und was sollte man schließlich anfangen, warf Brater in die Diskussion, wenn statt der erwarteten Zustimmung lauter Proteste eingingen? Aber da Metz sich mit der ganzen Beredsamkeit eines in vielen politischen Kämpfen geübten Agitators für seinen Gedanken einsetzte, kam es schließlich zu einem freilich höchst unsicheren Kompromiß, das nun in der Hauptversammlung verlesen wurde. Danach sollten die sämtlichen, aus der Mitte der Versammlung eingehenden Anträge einer Kommission überwiesen werden, die damit zu beauftragen sei, in Uebereinstimmung mit den sich bei der Mehrheit geltend machenden Ansichten eine Ansprache an das deutsche Volk auszuarbeiten und zu veröffentlichen.

Metz, als Berichterstatter des Ausschusses, setzte sich auch jetzt mit aller Entschiedenheit für den Erlaß einer Adresse an das deutsche Volk ein und wies darauf hin, wie nötig es wäre, nachdem der Verein einmal konstituiert sei, seine Grundsätze weiteren Kreisen bekanntzumachen. Das könne zunächst nur durch eine Adresse an das Volk geschehen. Unter den augenblicklichen Verhältnissen scheine es aber unzweckmäßig zu sein, eine solche Ansprache in einer großen Versammlung zu diskutieren, und daher sei der Vorschlag gemacht, diese Aufgabe einer Kommission zuzuweisen. In diesem Antrage sei die Kommission einstimmig gewesen, trotz der sonstigen großen Verschiedenheit der Ansichten ihrer Mitglieder über den Inhalt der geplanten Ansprache. Immerhin habe sich aber schon die Kommission über die Grundzüge und die hauptsächlichsten Gesichtspunkte dieser Veröffentlichung geeinigt; man beabsichtige, in der öffentlichen Ansprache gleichmäßig für die großen Prinzipien der Einheit und Freiheit einzutreten, wolle aber

auch einen Hinweis auf die unglücklichen Verhältnisse von Kurhessen und Schleswig-Holstein mit aufnehmen.

Sehr lebhaft widersprechen die preußischen Demokraten. Streckfuß betonte, daß aus einer solchen Adresse, zumal in der von Metz geplanten Form, sehr leicht böse Mißverständnisse erwachsen könnten. Er sei zwar überzeugter Demokrat und möchte Metz's Ansichten über die Grundrechte am liebsten mitunterschreiben. Allein man möge doch nicht wieder auf die alten Ideen und zu den überholten Methoden von 1848 zurückgehen; dadurch stoße man sicherlich manchen guten Freund der jetzigen Nationalbewegung vor den Kopf und erreiche das Gegenteil des eigentlich Geplanten. Durch die Einheit werde die Freiheit ohnehin garantiert; wozu da also solche Redensarten nützen könnten, vermöge er nicht zu sehen. Aehnlich sprach Freese; allein er wurde dabei so heftig, daß die Versammlung eher Metz's Ansichten zuzuneigen schien. In dieser gefährlichen Situation nahm Unruh das Wort zu einer kurzen, aber unvergleichlich geschickten Rede, die die Ablehnung der Ansprache wohl schließlich entschieden hat. Einmal handle es sich darum, das politische Leben aus der Erstarrung, in welche es vor zehn Jahren versunken sei, neu zu wecken. Dabei verdanke man sehr viel dem preußischen Umschwung, das meiste allerdings dem großen Hecht im Karpfenteich, womit er Napoleon meinte. Sodann erstrebe man eine Vereinigung der demokratischen und konstitutionellen Partei unter nationalem Gesichtspunkt und endlich auch eine Verständigung zwischen Nord und Süd, wobei er besonders auf den Fall einer nahe bevorstehenden großen europäischen Krisis hinwies. Ob nun für diese Ziele eine Adresse gut und nützlich sei, darüber habe er als Norddeutscher kein rechtes Urteil. Er gebe in dieser Hinsicht mehr auf die Meinung der Süddeutschen, und diese seien allerdings für eine auf das Gefühl wirkende Ansprache, weil ihnen die bloße Konstituierung eines Vereins zu nüchtern erschienen sei. Solle jedoch eine Adresse erlassen werden, dann bedürfe es größter Vorsicht, sowohl den Regierungen wie der öffentlichen Meinung gegenüber. „Wir wollen hier kein Strohfeuer, das auflodert und verlischt," schloß er, „sondern eine tiefe und nachhaltige Bewegung, welche uns wenn nötig in die Lage bringt, ein Lützen zu verlieren, aber ein Katzbach und ein Leipzig zu gewinnen. Im Norden halte ich die Adresse für überflüssig, aber wir können dem Süden nach-

geben und haben dann nur für die rechte Form zu sorgen." Auf diese Erklärung antwortete, nachdem inzwischen mehrfach andere Redner für und gegen den Erlaß einer Adresse gesprochen hatten, der Münchener Brater. Er meinte, auch der Süden brauche keine Adresse; er könne sich in der großen Frage der nationalen Einigung ebenso gut wie der Norden durchfinden, ohne die Adresse des Nationalvereins in der Hand zu haben. Sollte eine solche aber doch beschlossen werden, dann müsse das mit größter Umsicht und jedenfalls durch die Plenarversammlung, nicht durch die Kommission geschehen, deren Ansicht sich leicht als der individuelle Ausdruck einiger weniger hinstellen lasse. Außerdem halte er die Adresse auch für gefährlich, weil sie die preußische Regierung zurückstoßen könne, und da die Meinung der Versammlung schließlich ja sehr geteilt sei, empfehle er, sich an den alten Spruch zu halten: Quod dubitas, ne facias! Nun sprachen noch eine ganze Reihe anderer Redner, die aber meist gegen die Adresse auftraten und zum Teil, wie Miquel zum Beispiel, empfahlen, den Plan einer öffentlichen Ansprache nur vorläufig zurückzustellen. Hätten sich die Verhältnisse erst einmal geklärt, könne man immer noch auf dieses Projekt zurückkommen; jedenfalls solle man die Absicht, auf möglichst weite Kreise einzuwirken, nicht aufgeben. In der Abstimmung erwies sich dann, daß die große Mehrheit gegen den Erlaß einer Ansprache war und daß Metz's Plan, auf diese Weise nicht nur an den Süden, sondern gleichzeitig auch an die Massen des Volkes heranzukommen, als in diesem Momente nicht geeignet abgelehnt worden war. Nach der Wahl des leitenden Ausschusses schloß Bennigsen den Kongreß mit einer kurzen Ansprache, in der er auf England hinwies und zu unerschütterlichem Durchhalten aufrief. Was hier gewirkt und angebahnt sei, werde nicht unmittelbare Resultate haben, aber es werde und müsse gedeihlich wirken. Nach dem erhebenden Beispiele Englands werde man auch hier durch Eintracht, Besonnenheit und Festigkeit in die Arbeit an einer Bewegung treten, deren Dauer niemand ermüden dürfe. Wenn man den festen Entschluß dazu mitbringe, dann gehe die historische Entwicklung des Volkes für niemand verloren.

Damit endet das dem preußischen Innenministerium vorgelegte Referat[86]) über die Vorgänge innerhalb der neuen Bewegung, die

86) Vgl. S 57, Anm. 2.

vom Berichterstatter offenbar aus nächster Nähe beobachtet worden sind; zum Schlusse wendet es sich dann den Folgerungen zu, die sich für das Preußen der Neuen Aera und den rechten Flügel des liberalen Lagers aus der Nationalbewegung ergaben. Nach einem kurzen Ueberblick über die Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im Laufe der letzten 50 Jahre, der die Aufgabe hatte, die historische Berechtigung der nationalen Bestrebungen aufzuzeigen, ging der Berichterstatter dann auf die Frage ein, welche Stellung die preußische Regierung zur nationalen Partei einzunehmen habe. Was diesen Punkt anbetreffe, führte die Denkschrift aus, so müsse man sich offen eingestehen, daß es diesmal die preußische Regierung selbst gewesen sei, die die deutsche Bewegung hervorgerufen habe.

„Es ist nämlich ganz unzweifelhaft, daß die an sich berechtigte Forderung Preußens auf diplomatische Vertretung und militärische Führung Deutschlands während des letzten Krieges von den deutschen Patrioten als ein gouvernementales Eingeständnis der unhaltbaren und unbefriedigenden Zustände des Gesamtvaterlandes betrachtet wurde, welches sie mit neuen Hoffnungen erfüllte und zu neuen Bestrebungen anspornte. Dies Moment wird nicht vergessen werden, sobald man in der deutschen Frage einen Widersacher an Preußen zu haben glaubt, und wird freilich Preußens Stellung in Deutschland nicht erleichtern. Anderseits, was kann Preußen tun, um der berechtigten deutschen Frage gerecht zu werden, ohne bestehende Rechtsverhältnisse zu alterieren, ohne sich deshalb in einen Kampf auf Leben und Tod mit vielleicht sämtlichen Großmächten einzulassen? Bevor auf diese inhaltschwere Frage eine Antwort versucht werden kann, ist vorher eine andere aufzuwerfen:

Was wollen die deutschen Patrioten, welches ist der praktische Sinn ihrer Bewegung, welche konkreten Mittel und Wege wissen sie vorzuschlagen, um zu ihrem Ziele zu gelangen?

Die fortschreitende Entwicklung der Bewegung ist in der historischen Einleitung zu skizzieren versucht und namentlich nachgewiesen, daß man in Frankfurt stehen geblieben, wo man in Eisenach anfing. Man verlangt Beseitigung des Bundestages; man will statt dessen eine starke, bleibende Zentralregierung und eine Nationalvertretung. Anderseits ist man in Frankfurt aber schon scharf auseinandergegangen, indem der hierin sich aussprechenden

deutschen Einheitsforderung von süddeutscher Seite — sozusagen — eine Freiheitsforderung zur Seite gestellt wurde und indem sich leise Spuren verrieten, der preußischen Hegemonie eine österreichische Hegemonie entgegenzusetzen. Dies ist der Grund, weshalb es trotz aller Anstrengungen nicht gelang, eine gemeinsame Proklamation an das deutsche Volk zustandezubringen und weshalb man sich endlich mit der rein formellen Organisation eines Vereins begnügte, den die Süddeutschen ausdrücklich als mager, nüchtern und ihnen ungenügend bezeichneten. Es war nur eine parlamentarische Finte, wenn Herr von Unruh erklärte, die Norddeutschen brauchten keine Proklamation, die Süddeutschen schienen sie freilich nötiger zu haben, worüber ihm aber kein Urteil zustehe. Denn hierdurch wurde Herr Brater aus München provoziert, im Namen der Süddeutschen zu erklären, sie könnten ebenfalls ohne Adresse fertig werden, und so verwarf man, um sich selbst und die Welt zu täuschen, als scheinbar überflüssig von beiden Seiten einen Antrag, den alle im stillen als Lebensfrage ansahen, über den sie sich aber nicht zu einigen vermochten.

Ist sonach Zweck und Ziel des Einheitsstrebens noch keineswegs geklärt, so steht es noch viel übler mit den Wegen und Mitteln. Hierüber wußte niemand einen bestimmten Vorschlag zu machen. Ein unmittelbar tatsächliches Vorgehen Preußens schien nur Herr Metz in verklausulierte Aussicht zu nehmen, ohne jedoch eine Antwort darauf zu haben, als später ein anderer Redner bemerklich machte, wenn Preußen seine staatliche Existenz an die deutsche Frage setzen und einen Kampf auf Leben und Tod provozieren wolle, so möge es das doch einmal versuchen. Der Vorschlag des Herrn Hölder aus Stuttgart, daß der Verein sich auf unmittelbar praktische Fragen zur Förderung gemeinsamer deutscher Interessen einlassen möge, womit er unverkennbar an die Bescheidung des Grafen Schwerin auf die Stettiner Adresse anknüpfen wollte, blieb in beiden Sitzungen ohne allen Anklang, was immerhin zu denken gibt. Das letzte Resultat war endlich, durch alle gesetzlichen Mittel in Wort und Schrift dahin zu wirken, daß die moralische und praktische Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der bundesstaatlichen Verhältnisse immer allgemeiner werde, damit für den Eintritt einer neuen, von allen Rednern in rasche Aussicht genommenen Krisis die Gemüter für einen völligen staatlichen Neubau vorbereitet und

empfänglich gemacht seien. Diesen Bestrebungen soll der Verein als Kern und Mittelpunkt dienen.

Ist dies die augenblickliche Lage der Bewegung, so kann jetzt die obige Frage wieder aufgenommen werden: wie Preußen sich derselben gegenüber zu verhalten haben wird? Die Antwort würde anders lauten müssen, je nachdem die Regierung an eine kriegerische oder an eine friedliche Lösung der Frage denkt. Gewichtige Anzeichen sprechen allerdings dafür, daß am letzten Ende das Schwert den Knoten zerhauen muß; indes scheint diese Eventualität mit ihren dann nötigen Vorbereitungen und Konsequenzen hier noch nicht in Betracht gezogen werden zu dürfen. Es fehlen dazu viele und verschiedene Vorbedingungen, und um nicht unnötigerweise zu weit ausholen zu müssen, lasse ich diesen Gesichtspunkt im Augenblick ganz fallen und halte lediglich den friedlichen Standpunkt des Grafen Schwerin in der Stettiner Bescheidung fest.

Dann aber scheint der Standpunkt des Ministeriums ein ganz verschiedener zu sein gegenüber den deutschen Regierungen und gegenüber der deutschen Volksbewegung.

Gegenüber den Regierungen wird das Ministerium nicht aufhören dürfen, auf das Unbefriedigende und Gefahrvolle der jetzigen deutschen Zustände hinzuweisen. Es wird dieselben mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln der moralischen Einwirkung zu friedlichen Reformen zu bewegen suchen müssen, um gewaltsamen Evolutionen vorzubeugen. Es wird namentlich den Zuständen in Schleswig-Holstein, Kurhessen und Mecklenburg seine fortgesetzte Aufmerksamkeit zu widmen haben — da in diesen Staaten nach den auf dem volkswirtschaftlichen wie auf dem deutschen Kongreß gemachten Erfahrungen allerdings wahrhaft trostlose Zustände zu herrschen scheinen. So schwierig und so delikat die Stellung der preußischen Regierung bei diesen Bestrebungen augenblicklich auch dadurch geworden ist, daß sie immer in Verdacht stehen wird, für die eigne Machterweiterung einzutreten, so darf sie sich doch schon der zukünftigen Verantwortung wegen keiner Verabsäumung deutscher Interessen schuldig machen. Dixit et salvavit!

Anders erscheint die Stellung gegenüber der Volksbewegung. Es ist nicht zu leugnen, daß dieselbe die gefahrvollsten Zukunftskeime im Schoße trägt. Es herrscht im Augenblick eine Bewegung, keineswegs klar über die praktischen Ziele, völlig unklar über die Mittel,

uneins in sich selbst, umgeben von äußeren Feinden und gleichzeitig der Herd sich allmählich immer mehr erhitzender Leidenschaften. Welcker hat nicht unrecht, wenn er einen Bürgerkrieg, „eine neue Teilung Polens“ als mögliche Eventualität in Aussicht nimmt.

Allein die Bewegung hat auch, wie schon oben nachgewiesen, ihren hochberechtigten, von Preußen insbesondere gewissermaßen anerkannten Charakter, sie entspringt edelsten patriotischen Motiven und sie hat insbesondere eine politische Seite, welche sich nicht ungestraft verabsäumen läßt.

Es bedarf nämlich nicht erst des Nachweises, daß sämtliche auswärtige Großmächte einer jeden, auch friedlichen und allmählichen deutschen Machtentwicklung mit unzufriedenen Blicken zusehen und ihr alle möglichen Hindernisse bereiten. Ein starkes einheitliches Deutschland wäre insbesondere der größte Schade, der ihnen sämtlich erwachsen kann. Dazu kommt vornehmlich die eifersüchtige, neidvolle Politik Oesterreichs gegen Preußen und die abenteuernde, rücksichtslose, alle Berechnungen durchkreuzende Phantasmagorie des Kaisers Napoleon.

Gegen solche Gefahren bietet nur Preußen mit Deutschland, kein Teil für sich allein, einen einigermaßen beruhigenden Schutz. Denn wir dürfen es uns in Preußen nicht verhehlen, daß die materiellen Bedingungen unserer Großmachtstellung gegenüber den volkswirtschaftlich wie strategisch unter straffer Zentralisation immer gewaltiger aufstrebenden Nachbarstaaten keineswegs mehr so ausreichend erscheinen, wie dies wohl früher der Fall war.

Das kleine, geographisch mehr als stiefmütterlich behandelte Preußen wird und muß über lang oder kurz im Interesse seiner eignen Existenz direkt oder indirekt nach einer Machterweiterung sich umtun. Das ist eine Ueberzeugung, die sich besonders seit der letzten Mobilmachung in den daraus für den allgemeinen Volkswohlstand entsprungenen Schädigungen unverkennbar im Volksbewußtsein täglich fester setzt und die bereits steigende Empfänglichkeit für eine preußisch-traditionelle, jetzt auf Norddeutschland auszudehnende Eroberungspolitik verrät. Im gegenwärtigen Augenblick, es hat sich in Frankfurt deutlich herausgestellt, ist Preußen jedenfalls auf gutem Wege, moralische Eroberungen in Deutschland, namentlich im Norden zu machen. Wie aber, wenn es uns

gelänge, Preußen von Deutschland zu isolieren und es dann den kombinierten Angriffen Oesterreichs und Frankreichs zu überantworten?

In dieser Beziehung möchte besonders daran zu erinnern sein, daß fast ausnahmslos alle Frankfurter Redner von Bedeutung ihre Ueberzeugung von einer unmittelbar in Deutschland bevorstehenden Krisis ausgesprochen haben. Solche Isolierung könnte, ja sie müßte die unausbleibliche Folge sein, wenn Preußen sich verleiten ließe, rücksichtslos gegen die deutsche Bewegung einzuschreiten, und deshalb muß jeder gute Preuße auf das eindringlichste davor warnen. Hat doch der bekannte frühere Demagoge Fein in Frankfurt ohne Rückhalt ausgesprochen, er sei nur deshalb für den Verein der nationalen Partei, um der preußischen Regierung auf den Zahn zu fühlen, ob sie ihn verbieten werde oder nicht. Wie also die Sachen augenblicklich liegen, kann und muß die preußische Regierung sich lediglich zuwartend verhalten und den Ereignissen ihren Lauf lassen. Noch eine ganz entgegengesetzte Lage ließe sich ins Auge fassen, ob etwa Preußen die Bewegung geradezu unterstützen soll? Die Antwort auf diese Frage würde wohl einigermaßen mit dem zusammenfallen, was oben hinsichtlich einer kriegerischen Lösung kurz angedeutet wurde. Aber auch abgesehen davon scheint die ganze Bewegung doch viel zu unreif, als daß eine Staatsregierung, auch wenn sie mit derselben sympathisiert, eingedenk ihrer großen und schweren Verantwortlichkeit, es wagen könnte, sich bei derselben, selbst nur indirekt, zu beteiligen. Preußen würde der Bewegung einen gewaltigen Impuls geben können, es würde aber auch alle Gegenhebel provozieren und damit eine Krisis beschleunigen, der es als Faktum nicht ausweichen, die es aber, wenigstens heute, noch weniger hervorrufen darf.

Mit allen diesen Deduktionen ist nun freilich nicht gesagt, daß das preußische Gouvernement die ganze Agitation achtlos sollte ihres Weges gehen lassen. Im Gegenteil, die schärfste ungeteilte Aufmerksamkeit wird zur unabweisbarsten Pflicht.

Den Ausgang der Bewegung finden wir bei denjenigen Elementen, welche im Jahre 1848 eine ziemlich extreme Stellung einnahmen und diese noch heute durch die Selbstbezeichnung „Demokraten“ signalisieren. Eine genauere, hier zu weit führende Untersuchung würde dartun, daß sie namentlich in ihrem ausdrücklichen

Gegensatz gegen die konstitutionelle Partei keinen Sinn mehr hat, oder, sei es bewußt, sei es unbewußt, nicht ohne starken republikanischen Beigeschmack ist... Man darf allerdings dieser Erscheinung nicht mehr Wert beilegen, als sie wirklich hat. Die republikanischen Sympathien haben in Süddeutschland, eben unter den unglücklichen Wirkungen der Kleinstaaterei, wohl einen weiteren Spielraum — und das ist auch das Hauptargument gegen die Kleinstaaten —, bei uns beschränken sie sich höchstens auf einzelne extravagante Sprudelköpfe. Wenn aber diese Sprudelköpfe sich zunächst als Ausgangspunkte und Leiter der Bewegung darstellen, dann ist die Wachsamkeit gewiß an der Stelle, um verhängnisvolle Zuckungen vom Vaterlande fernzuhalten. „Dem rührigen Beobachter," endet das Schluß-Résumée, „muß nach den in Frankfurt hervorgetretenen Anzeichen die süddeutsche Gegenströmung gegen eine preußische Hegemonie so bedeutsam erscheinen, daß die endlich stattgefundene Vereinsbildung nur als ein künstlicher und kümmerlicher Versuch hervortritt, welchen Hölder von Stuttgart mit Recht als eine bloße Form bezeichnete, von welcher er sich fernhalten werde, weil ihr aller Geist fehle. Ist aber diese Beobachtung richtig, so ist es ein Grund mehr für die preußische Regierung, sich nach demselben Hölder möglichst passiv zu verhalten und abzuwarten, ob nicht die ganze Bewegung an ihren inneren Rissen im Sande verläuft. Es ist die Politik der freien Hand, welche für jetzt einzig und allein allen Eventualitäten, seien sie friedlicher, seien sie kriegerischer Art, gewachsen erscheinen kann."

In der Tat hatte die neue Nationalbewegung zunächst wieder nur einen halben Erfolg erbracht: man war über das Eisenacher Programm nicht hinausgekommen und hatte keinen Weg gefunden, die Schlagkraft der neuen Gedanken so zu erhöhen, daß man die Massen des kleinen Mannes für sich gewonnen hatte. Außerdem waren die Württemberger und mit ihnen ein großer Teil des Südens der neuen Partei ferngeblieben. Immerhin war aber die Lage doch nicht so schwarz und die Resultate des ersten Anlaufes nicht so unerfreulich, wie das den Anschein haben mußte. Zwar konnte allerdings nicht geleugnet werden, daß der bei einzelnen ursprünglich wohl bestehende Plan, eine Volksbewegung zu entfesseln, gescheitert war. Dagegen war es aber gelungen, die Bildung einer Partei in den festen Formen eines Vereins durchzudrücken und da-

mit eine Organisation zu schaffen, die bei den erwarteten außenpolitischen Krisen leicht in die Lage kommen konnte, eine sehr viel größere Bedeutung zu gewinnen. Mit dieser Frankfurter Tagung war also die Basis zu weiterer Arbeit gegeben, und das war immerhin ein Erfolg, der gegenüber der bisherigen Vereinzelung der Parteien in den deutschen Bundesstaaten als ein sehr erheblicher Fortschritt empfunden werden mußte. Wer aber bisher noch an einen schnellen Umschwung der deutschen Verhältnisse geglaubt hatte, der mußte schwer enttäuscht sein. Die ganze Arbeit, die zu leisten war, hatte sich darauf zu richten, das Volk aufzurütteln, wachzurufen und geistig auf die deutsche Einheit vorzubereiten. Das war, wie wir sehen werden, die Aufgabe, die der Nationalverein erfüllen mußte und der vornehmlich die Arbeit seiner Wochenschrift gegolten hat.

Drittes Kapitel

Erste Tätigkeit und erste Erfolge

Bei der Gründung des Nationalvereins schien man über dasselbe Hindernis gestürzt zu sein, an dem schon die Paulskirche schließlich stehen geblieben war. Die alles entscheidende Frage wurde weit in den Hintergrund geschoben; wieder entzündeten sich in den Kämpfen um die Stellung, die Oesterreich gegeben werden sollte, die alten Gegensätze zwischen Nord und Süd. Die ganze Bewegung machte zunächst keinen sehr kraftvollen Eindruck und die Unklarheit des Programms ließ auf große innere Spannungen schließen; eine energische Agitation war zunächst kaum zu erwarten[1]). Das Ergebnis von Frankfurt war freilich nicht so groß, als die Freunde gehofft und die Feinde gefürchtet hatten. „Aber", schrieb Planck ein Jahr später, „die Geister versanken nicht wieder in die frühere Apathie. Geblieben war die Ueberzeugung, daß alle bisherigen Parteiunterschiede sich dem Streben nach nationaler Einheit unbedingt unterordnen müßten; geblieben war die Erkenntnis, daß eine starke, in sich selbst die Gewähr der erforderlichen Macht tragende Zentralgewalt die unerläßliche Bedingung der Einheit sei; geblieben war endlich der ernste Wille, ehrlich und unausgesetzt nach einer Verständigung über die noch gebliebenen Streitpunkte zu suchen und allenthalben den politischen Kampf, das selbsttätige Ringen um die höchsten nationalen Güter mit Nachdruck wieder zu beginnen. Durch die Gründung des Nationalvereins war der erste Schritt in dieser Richtung getan, in ihm hatten

1) Die „Wiener Zeitung" schrieb in einem Artikel über die Bundesreform am 20. 9. . . .: „Es liegt wenig Vertrauen zur eigenen Sache darin, wenn die Anwälte des Eisenacher Programms den Süddeutschen das Zugeständnis machen, es sei ihnen gestattet, vorläufig einigermaßen noch zu Oesterreich zu halten." Abdruck: „Nationalzeitung" Nr. 441. Berlin 22. 9. 1859.

die nationalen Bestrebungen eine feste Form, ein dauerndes gemeinsames Organ gefunden[2])."

Wie so oft hatten gerade die Gegner in der Beurteilung des Erreichten eine viel feinere Witterung als die guten Freunde. Dennoch verstrich erst eine geraume Zeit, ehe Oesterreich eingriff. Seine Stellung zu den in Deutschland wiedererwachenden Gedanken war natürlich von vornherein ablehnend. Einmal, weil das in Wien herrschende politische System in den liberalen Bestrebungen der Eisenacher nichts als ein neuerliches Wiederaufflammen der 1849 mit Müh und Not niedergeschlagenen Revolution erblicken konnte, zum anderen, weil Oesterreich keineswegs geneigt war, seine Positionen in Deutschland so ohne weiteres zu räumen. Dabei war Rechberg aber sehr pessimistisch; der Kraft Oesterreichs zu so vielen inneren und äußeren Schwierigkeiten nun auch noch die Sorge um eine Reform der deutschen Verhältnisse aufzubürden, erschien ihm sehr bedenklich[3]). So ging Oesterreich erst im Laufe des September aus der bisher geübten Zurückhaltung heraus. Den Anfang machte die „Oesterreichische Zeitung" mit einer Korrespondenz aus Dresden, dann folgte eingehender die „Ostdeutsche Post" mit einer ausführlichen Kritik der Reformpläne, und vom 16. bis 20. September äußerte sich die amtliche „Wiener Zeitung" in vier Artikeln, in denen die Reformbestrebungen für berechtigt erklärt, gleichzeitig und in sinngemäßem Anschluß an die preußische Antwort auf die Stettiner Adresse jedoch gesagt wurde[4]), daß die Achtung des historischen Rechtes die Vorbedingung jeder Bundesreform sei. Im allgemeinen brachte aber auch die Masse der Bevölkerung keine Sympathie für die deutschen Reformbestrebungen auf. Allein in einer kleinen Schicht Gebildeter wurde der Gedanke erwogen, Deutsch-Oesterreich dem Deutschland der Zukunft anzugliedern, aber auch hier „nur dann, wenn Oesterreich der Führerschaft sicher war[5])."[6]) So erging denn an den Herzog von Koburg

---

2) Der Nationalverein, seine Entstehung und bisherige Wirksamkeit. Vgl. Oncken, Bennigsen I. S 441. S 26.

3) Friedjung. Der Kampf um die Vorherrschaft. L. S 47.

4) „Wiener Zeitung" Nr. 224. Wien 8. 10. 1859. Vgl. auch die Zusammenstellung in der „Kreuzzeitung" Nr. 236. Berlin 9. 10. 1859. Die neugothaische Agitation.

5) Friedjung, a. a. O. 1. S 36.

6) Vgl. Anhang Nr. 16, S 137.

eine scharfe Zurechtweisung wegen seiner die kleindeutsche Reformbewegung ermutigenden Antwort auf eine aus Gotha an ihn gerichtete Adresse, und da vielfach die von Eisenach ausgegangenen Bewegungen als das Werk der preußischen Regierung angesehen wurden, galt diese Note nach Koburg, von der eine Abschrift nach Berlin ging, ebenso auch für Preußen. Von dorther erfolgte dann aber bald eine Antwort, die deutlich erkennen ließ, daß Preußen nicht die Absicht habe, gegen die Reformbestrebungen vorzugehen[7]. Daher lehnte Oesterreich den von mittelstaatlicher Seite[8]) namentlich von Beust[9]) geäußerten Wunsch, Bundesbeschlüsse gegen den Verein durchzusetzen, zwar ab[10]), aber unter der Hand ergingen doch an die Mittel- und Kleinstaaten deutliche Winke, die Bewegung möglichst schon im Keim zu unterdrücken. Und hier zeigte man sich österreichischer als Wien. Hessen-Darmstadt wies schon am 21. September im Regierungsblatt auf eine Verordnung vom 2. 10. 1850 hin, nach der jede Beteiligung hessischer Untertanen an politischen Vereinen des In- und Auslandes verboten war[11]). Dieses Vorgehen warf ein grelles Licht auf die wirren, jeder Beschreibung spottenden Rechtszustände in den Kleinstaaten. Denn die jetzt wieder hervorgesuchte Verordnung von 1850 war nicht nur auf verfassungswidrigem Wege entstanden, also rechtsungültig, sondern durch das in der Zwischenzeit erschienene Polizeistrafgesetz längst kassiert worden[12]). Trotzdem wanderte Metz wegen seiner Zugehörigkeit zum Nationalverein so häufig ins Gefängnis, daß selbst die „Kreuzzeitung" zu warnen begann, man solle der jungen Bewegung doch nicht unnötig Märtyrer machen[13]). Ebenso war die Lage in Mecklenburg-Schwerin, wo am 1. Oktober ein auf zwei nicht rechtsgültige oder in ihrer Anwendbarkeit mindestens stark anzweifelbare Verordnungen früherer Jahrzehnte[14]) gestütztes Verbot

---

7) Vgl. Anhang Nr. 17, Seite 137—38.

8) Oncken, a .a. O. I. S 354.

9) Sybel, a. a. O. 2. S 334.

10) Die „Wiener Neuesten Nachrichten" warnten vielmehr ausdrücklich davor, die Bedeutung der Eisenacher Bewegung durch Verfolgungen und polizeiliche Maßnahmen zu übersteigern. „Kölnische Zeitung" Nr. 275, 4 10. 1859.

11) Le Mang, a. a. O. S 22.

12) Planck, Der Nationalverein, seine Entstehung, S 27.

13) „Kreuzzeitung" Nr. 285. Berlin 5. 12. 1859.

14) Die Verordnung vom 1. 10. 1859 stützte sich auf Verordnungen vom 27. 1. 1851 und 20. 9. 1836, die die Beteiligung an politischen Vereinen des In-

der Teilnahme am Nationalverein erschien, dessen spätere Durchführung einen unerhörten, selbst die Arbeitsausschüsse des Bundestages beschäftigenden Justizskandal darstellte[15]). Zu ähnlichen Vorgängen kam es auch in anderen deutschen Staaten[16]), unter denen sich auf Veranlassung seines Königs namentlich Hannover hervortat[17]). Dabei hatte die großherzoglich-hessische Regierung das ausgesuchte Pech, an einen sich in Deutschland aufhaltenden Amerikaner zu geraten und auf diese Weise plötzlich in diplomatische Verwicklungen mit Washington zu kommen[18]). Dieses Vorgehen konnte natürlich nicht ohne Wirkung bleiben, und mancher, der in abhängiger Stellung war, wird es nicht gewagt haben, um der Beteiligung an einer Bewegung willen, deren Erfolgsmöglichkeiten überdies ja recht zweifelhaft waren, Amt und Stellung aufs Spiel zu setzen. Ebenso wurde aber auch die Abneigung und der Haß gegen das kleinstaatliche Regime erheblich verstärkt. Jeder der kleinen Staaten verhielt sich anders als die übrigen; während der eine die Bewegung untertützte, andere nicht ernstlich gegen sie vorgingen, schritten die übrigen auf Grund höchst anfechtbarer Gesetze und Bestimmungen gegen die Bewegung ein[19]). Schließlich konnte es aber nicht zweifelhaft sein, daß alle diese Anstrengungen im Grunde doch vergeblich bleiben mußten, solange Preußen und Oesterreich nicht zum Eingreifen zu bewegen waren.

Das Ende des Krieges hatte in Deutschland die Parteigegensätze wieder in alter Schärfe hergestellt; vergaß man in der gemeinsamen Not die bestehende Zerklüftung, so waren nun alle Wasser in die ihnen eigne Bahn zurückgeflossen. In dem hellen Lichte, das die Männer von Eisenach entzündet, erschienen die trennenden Schatten wieder als besonders tief.

Die preußischen Konservativen wären an sich[20]) den Bestrebun-

---

und Auslandes verboten, also für die Verordnung vom 1. 10. 1859, die als solche keine Rechtsverbindlichkeit besaß, nicht zutraf.

15) J. Wiggers, Aus meinem Leben S 202 ff.

16) Goldner, a. a. O. S 39—43 und 55—58.

17) Mommsen, a. a. O. S 57/58.

18) Vgl. Anhang Nr. 18, Seite 138.

19) Vgl. Anhang Nr. 19, Seite 138.

20) „Kreuzzeitung" Nr. 136. Berlin 13. 6. 1860. „Deutsche Einheitsbestrebungen". Preußen habe, da die Bundesverfassung den Machtverhältnissen der Gegenwart nicht entspreche, Grund zur Unzufriedenheit; sie gewähre dem historisch gewordenen deutschen Dualismus zwischen Nord und Süd keinen reinen Aus-

gen zur Errichtung einer preußischen Hegemonie nicht abgeneigt gewesen; aber es war ihnen unbehaglich, daß grade das Volk diese Aufgabe auf seine Schultern nehmen wollte. Konnte man sich denn von unten her dazu drängen lassen?[21]) Man hatte ja 1848 erlebt, was dabei herausgekommen war, als dem vielköpfigen Volk die Einigung Deutschlands übergeben wurde: das Resultat war nichts gewesen als vermehrte Spannung, verschärfter Gegensatz, größere Uneinigkeit. Zudem konnte von einem demokratischen Deutschland nicht viel Gutes kommen[22]). Hieß eine solche Einigung nicht Mediatisierung soundso vieler deutscher Souveräne? Welch reiches Leben blühte in Deutschland, erwachsen und sich immer wieder verjüngend in seiner politischen Vielgestalt, die eben der Ausdruck der inneren Anlagen des deutschen Menschen war. Diese in ihrer Besonderheit zu begreifen, war doch nur möglich, wenn man der geschichtlichen Entwicklung Rechnung trug. Und von diesem Standpunkt aus gesehen waren die Ansichten der Eisenacher eine glatte Utopie und mehr: eine Sünde wider den Geist der deutschen Geschichte[23]).

Zuerst bemängelte man den Augenblick, den sich die Eisenacher für ihr Hervortreten gewählt hatten[24]) und dessen politische Konstellation für Preußen alles andere als günstig schien. Oesterreich über seine Schlappheit und Preußens deutsche Politik verärgert, Napoleon durch Preußen gehemmt, seinen italienischen Sieg auszunutzen, die öffentliche Meinung aufgerührt und bestürzt über den Mediationsschwindel des „Mainzer Journals“: so mußten die Eisenacher und die Hannoversche Erklärung den sehr unangenehmen Eindruck erwecken, als ständen hinter ihnen Berliner Kreise, die den Augenblick der österreichischen Schwächung benutzen wollten, ihre egoistischen Pläne durchzuführen[25]). Auch mit den Methoden

druck und stärke in dem Bestreben, die Staatsindividualitäten möglichst zu erhalten, minder wichtige Staaten auf Kosten des Gesamtinteresses.

21) „Kreuzzeitung“ Nr. 192. Berlin 19. 8. 1859. Feuilleton.

22) „Kreuzzeitung“ Nr. 245. Berlin 20. 10. 1859.

23) So urteilte auch das konservative Wien. Die „Ostdeutsche Post“ führte aus, die Einigung Deutschlands könne nur auf dem Wege einer Konföderation Oesterreichs und Preußens zustande kommen. Die Natur des Deutschen sei nicht geeignet, „die asiatische Staatsform Rußlands und Frankreichs nachzuäffen.“ Diese bringe die Nachteile der Zentralisation, „Einförmigkeit und Personalherrschaft“ mit sich. „Kreuzzeitung“ Nr. 237. Berlin 11. 10. 1859.

24) „Kreuzzeitung“ Nr. 182. Berlin 8. 8. 1859.

25) „Augsburger Allgemeine Zeitung“ 1859 3. S 3379.

der Reformer war die „Kreuzzeitung“ nicht einverstanden. „Die preußische Regierung würde unserer Meinung nach gar erst den schlimmsten Weg einschlagen“, hieß es dort, „wenn sie bei ihrem jetzigen Konflikt mit einzelnen deutschen Regierungen sich auf das deutsche Volk — dies Wort im demokratischen Sinne gebraucht — meinte stützen zu sollen[26])“. Wenn es sich um Deutschlands Einigung handele, dann könne nur „Eisen und Blut“[27]), nur „das Schwert in der Hand eines großen, gewaltigen Mannes“ helfen[28]). Das klingt, als habe Bismarck gesprochen. Aber man war doch weit entfernt, sich mit ihm identifizieren zu können, und unentwegt gingen Loyalitäts- und Ergebenheitsversicherungen nach Wien. Allerdings war man ja mit den bestehenden Verhältnissen nicht sehr zufrieden, wenn aber reformiert werden sollte, so erklärte man, dann sei das nur möglich auf der Basis des monarchischen Prinzips, infolgedessen also nur in Uebereinstimmung mit Oesterreich[29]). Bestimmend für die von der ganzen konservativen Partei eingenommene Haltung war jedoch die Abneigung gegen die Gewalten von 1848. Man glaubte nicht, daß der „Neugothaismus“ bei dem in Eisenach aufgestellten Programme bleiben könne, sondern nahm an, er werde immer mehr nach links abgleiten, bis dann eines Tages die Revolution an die Türe klopfe. „Wir sind nicht so blind“, hieß es, „um nicht zu sehen, daß diese ganze Bewegung Zwecke hat, die weit über das Eisenacher Programm hinausgehen. Sind es doch die alten, wohlbekannten Geister, die das künstliche Feuer angelegt und geschürt haben“[30]).

Wieder einmal sah man sich eins mit den Ultramontanen, denen die preußische Hegemonie, welche die Konservativen an sich wohl hätten gelten lassen, ganz unerwünscht war. Diese Kräftigung Preußens und der Ausschluß Oesterreichs bedeutete eine wesentliche Schwächung der alten Machtstellung der katholichen Kirche. „Ein flüchtiger Blick auf die neugothaischen Blätter“, hieß es in den „Historisch-Politischen Blättern, „zeigt jedem Unbefangenen, daß es Torheit wäre, wollte man diese Richtung bloß als eine politische

---

26) „Kreuzzeitung“ Nr. 166. Berlin 20. 7. 1859.
27) „Kreuzzeitung“ Nr. 1. Berlin 1. 1. 1860.
28) „Kreuzzeitung“ Nr. 218. Berlin 18. 9. 1859.
29) „Kreuzzeitung“ Nr. 137. Berlin 13. 6. 1860.
30) „Kreuzzeitung“ Nr. 245. Berlin 20. 10. 1859.

Irrung ansehen. Sie reicht gerade soweit als der Protestantismus, die Logen und die Juden“[31]). Und Reichensperger erklärte: „Es handelt sich nicht um einen Streit für und wider die Prinzipien von 1789 oder um die Frage nach der besten Staatsform für das Bedürfnis der Gegenwart ... Es handelt sich vielmehr um die unterste Basis von Staat und Religion überhaupt, um das allgemeinste Band, welches bisher die Individuen wie die Nationen zu Gemeinwesen knüpfte; es handelt sich um einen Kampf des Kreuzes gegen den modernen Islam unter der Firma der Nationalität“[32]). Was hier an verfassungspolitischer Erwägung zwischen den Zeilen stand, das wurde im preußischen Abgeordnetenhause bei der Beratung einer Adresse an den König in der Debatte über den Abänderungsantrag Stavenhagens deutlich gesagt: daß nämlich die Form des Einheitsstaates, die der Nationalverein wolle, nicht „die deutsche Art zu sein“ darstelle, daß sie nicht ihrer „eigensten, tiefsten Lebenswürdigung“ entspreche, die „in der Besonderheit, im Individualismus beruht und kraft der Idee des Partikularismus nicht die Einheit, sondern nur die Einigung erstrebt“[33]). Zu diesen Erwägungen prinzipiell konfessioneller und verfassungsmäßiger Natur kam als letzte eine außenpolitische, die von der ja lange Zeit sehr lebendigen Befürchtung ausging, es könne sich Napoleon die zwischen Oesterreich und Preußen bestehende Spannung, die durch die vom Nationalverein verfolgten Tendenzen nur wachsen würde, zunutze machen. Eine Ausschließung Oesterreichs vollends wurde als Utopie betrachtet, und auch nur das Aussprechen solcher Ansichten erschien als im höchsten Grade gefährlich[34]). Aber während die Konservativen trotz aller Hinneigung zu Oesterreich nur selten geradezu großdeutsch empfanden, war das in den Reihen der Ultramontanen, die fast ausnahmslos den rechten Flügel des weiten und so ungleich zusammengefügten großdeutschen Heerlagers bildeten, die Regel.

---

31) Historisch-Politische Blätter, 2. 1860. S 502. Zitat nach H. Wendorff, Die Fraktion des Zentrums im Preußischen Abgeordnetenhause 1859—1867. Erfurt 1915. S 37.

32) Aus: Reichensperger, Deutschlands nächste Aufgaben. S 32. Nach Wendorff, a. a. O. S 38.

33) Stavenhagen beantragte einen Passus, der die Schaffung eines Bundesstaates mit Preußen an der Spitze forderte. Sten. Ber. d. Abgeordnetenhauses 1861. S 139.

34) Wendorff, a. a. O. S 36.

Sehr bald setzten hier die ersten Versuche ein, sich auf ein Programm zu einigen. Schon Anfang Oktober 1859 veröffentlichte Kolatschek in den „Stimmen der Zeit" eine lange Erklärung, die als Programm der großdeutschen Partei angesehen und von süddeutschen demokratischen Zeitungen wiederholt abgedruckt wurde[35]). Man fühlt in diesem Schriftstück deutlich die Absicht, die unter den großdeutschen Gruppen bestehenden Gegensätze zu verwischen und alle Köpfe unter einen Hut zu bringen. Dieses „Programm" der Großdeutschen suchte die Eisenacher dadurch zu übertrumpfen, daß man ihrem nur in den Zielpunkten klar und scharf gezeichneten Plane hier schon eine Art Modell des künftigen Staates entgegensetzte. Neben einem Oberhause, das die Aufgabe hatte, Ritterschaften und ständische Korporationen zu vertreten, stand ein Unterhaus, das sich aus Ausschüssen der Landesvertretungen zusammensetzte oder nach den Wahlgesetzen der Einzelstaaten gewählt wurde und das als die Verkörperung des liberalen, fortschreitenden Elementes gelten sollte. Die Zentralgewalt dachte sich Kolatschek als zwischen Preußen und Oesterreich geteilt. Wenn der eine der beiden Großen mit der Führung der Außenpolitik beauftragt war, lag bei dem anderen die Erledigung der innenpolitischen Arbeiten. Heer, Diplomatie, Handel und endlich Gerichtswesen wurden als gemeinsame, nach Uebereinkunft aller inneren Faktoren des neuen Staates zu regelnde Angelegenheit bezeichnet[36]). Es lag auf der Hand, daß selbst ein so mundgerecht vorgelegtes Programm nicht imstande war, die bei den Großdeutschen bestehenden inneren Gegensätze auszugleichen. Die Konservativen und Ultramontanen mußten sich dagegen sträuben, daß, wie beabsichtigt, die Grundrechte von 1848 in rechtliche Geltung gesetzt würden; die Liberalen wären mit der Art der Zusammensetzung des Unterhauses, die den zur Zeit der Reaktion gewählten Landtagen eine ungerechtfertigt große Bedeutung gab, nicht zufrieden gewesen. Ganz utopisch mußte endlich der Versuch bleiben, die Zentralgewalt in der angegebenen Form zu trennen. Damit hätte man nichts weiter erreicht, als daß die bisher zwischen den Einzelstaaten bestehenden Spannungen in die Spitze verlegt wurden. Preußen konnte kein Interesse

35) „Beobachter" Nr. 236, 237. Stuttgart 12., 13. 10. 1859.
36) Vgl. Anhang Nr. 20, Seite 138—39.

daran haben, etwa für Oesterreichs Orientpläne zu Felde zu ziehen, nur weil es dem Kaiserstaat gefiel, in der Periode seiner Leitung der Außenpolitik des neuen Deutschlands wieder an sie heranzugehen. Ebenso wenig wäre aber auch Oesterreich geneigt gewesen, Preußens äußere Politik, die in vielen Dingen den innersten Lebensinteressen der Donaumonarchie so fremd wie möglich war, mitzumachen. Dieser großdeutsche Weg war ungangbar. Entweder, wie das der Gedanke mancher preußischen Konservativen gewesen ist, teilte man sich mit Oesterreich in den Besitz Deutschlands nach Maßgabe der im wesentlichen ja schon bestehenden Machtsphärengrenze des Maines oder aber man ging den Weg, den die liberalen Kleindeutschen vorschlugen und trennte sich von Oesterreich. Die immer wieder auftauchenden Pläne in der Art Kolatscheks haben nie den Erfolg gehabt, eine schlagkräftige, festorganisierte Partei bilden zu können; nur über das, was man nicht wollte, herrschte Einigkeit. Wenn die Kleindeutschen auch nicht zu sagen vermochten, wann und in welcher Form ihr Programm durchgeführt werden konnte, so waren sie doch insofern im Vorteil, als das Ziel, das sie aufstellten, einleuchtend und klar war. Die Führung Deutschlands durch Preußen schloß ja alle die Unstimmigkeiten, die der Gedanke der Großdeutschen mit sich brachte, notwendig aus.

Auch von anderer Seite erhoben sich manche Widersprüche gegen die Forderungen der Eisenacher. Rodbertus erklärte in einem Briefe an die Spenersche Zeitung, für den Fall eines Krieges sei zu wenig, für den des Friedens zu viel verlangt[37]). Und Karl Blind schrieb aus London, nur eine Volksrevolution, die die deutschen Dynastien beseitige, könne ein geeintes Vaterland schaffen[38]). Diesen Kreisen ging es im Nationalverein zu gesetzlich zu, wie sich Reyscher einmal ausgedrückt hat. Eigentlichen Beifall hat man nur in den liberalen und gemäßigt demokratischen Kreisen gefunden. Auch unter den alten Erbkaiserlichen waren nur sehr wenige, die sich auf den Boden der neuen Bewegung stellten. Gagern wandte sich scharf gegen die Möglichkeit, die Einigung des engeren Bundes durch einen Krieg mit Oesterreich erkaufen zu müssen[39]) — zu einem großen Teile deshalb, weil ihm immer die Allianz Frankreichs mit

37) Vgl. „Kölnische Zeitung" Nr. 287. 16. 10. 1859.
38) Vgl. Anhang Nr. 21, Seite 139—40.
39) Vgl. Anhang Nr. 22, Seite 140—46.

Rußland, „die von dem Leben oder Sterben Louis Napoleons und seiner Dynastie ganz unabhängig ist“[40]), vorschwebte und ihm die Trennung von Oesterreich als höchst gefährlich erscheinen ließ. Auch Rießer besaß nicht mehr das Maß junger Glaubenskraft, das die neuen Männer in die Bewegung getrieben hatte. Sein Artikel „Die deutsche Bewegung“ in dem kurz nach der zweiten Eisenacher Zusammenkunft gegründeten „Hamburgischen Wochenblatte“ war nicht aus überströmender Begeisterung geschrieben; er klang nicht eben siegesgewiß, und man merkte, daß sein Verfasser sich einer unabweisbaren Pflicht gebeugt hatte[41]). Ebenso wurde auch in der gemäßigten Demokratie hin und wieder einiger Widerspruch gegen den Gedanken eines Zusammenschlusses mit den Konstitutionellen laut.

So waren die Schwierigkeiten auf allen Seiten von vornherein ganz ungeheuer; ihnen konnte nur begegnet werden, wenn es gelang, zu einer festen, straffen Organisation zu kommen. Dafür war Streit, der koburgische Rechtsanwalt, der geeignete Mann. Kein Politiker von Format, kein Agitator von der Suggestivkraft eines Lassalle, aber ein unermüdlicher Arbeiter und begabter Organisator, unternahm er es jetzt mit der zähen Energie seiner hussitischen Vorfahren[42]), die Geschäfte des Nationalvereins zu leiten. Er hatte schon seit der Kösener Zusammenkunft die gesamte Korrespondenz geführt und war im Süden weithin bekannt. Seinen neuen Posten, den er ehrenamtlich neben seiner darunter sehr leidenden Anwaltspraxis verwaltete, hat er nur ungern übernommen[43]). Er billigte den Zusammenschluß der Konstitutionellen mit den Demokraten nicht und wurde nur durch die Sorge, es könne ein preußisch orientierter Mann die Geschäftsführung des Vereins in die Hand nehmen, dazu bewogen, sich dieser Aufgabe selbst zu unterziehen. In der entscheidenden Sitzung weigerte er sich zunächst mit der Begründung, es erwarte ihn eine außerordentlich aufreibende Arbeit, nahm dann aber schließlich an, nachdem ihn Reyscher an seine patriotische Pflicht gemahnt und die süddeutschen Ausschuß-

40) J. Schultze, a. a. O. Nr. 164. S 104. Gagern 12. 5. 1859.

41) Isler, a. a. O. S 503. Ueber die Haltung der Erbkaiserlichen vgl. auch Oncken, Bennigsen I. S 447.

42) Bechstein, Feodor Streit.

43) Goldner, a. a. O. S 50.

mitglieder erklärt hatten, er gelte unter ihnen als ein zwischen Nord und Süd vermittelndes Element[44,45]).

Seine erste Aufgabe war die Ausarbeitung eines Organisationsentwurfes. Dabei war die entscheidende Frage, ob man an dem ursprünglichen Plane, die Form des festen Vereines zu wählen, festhalten sollte oder ob es sich um der damit erleichterten Verständigung mit den Süddeutschen willen nicht doch empfehle, den Vorschlag Hölders anzunehmen und auf die Konstituierung als Verein zu verzichten. War es doch durchaus möglich, daß ein energisches Vorgehen der Regierungen die Existenz eines Vereines in Frage stellen würde. Dem Schicksal konnte freilich eine freie, an keinerlei Zwang gebundene Wanderversammlung in den Formen des Volkswirtschaftlichen Kongresses eher entgehen. Zudem hätte, da die Bundesgesetzgebung jede Verbindung unter politischen Vereinen verbot, für den Fall einer Konstituierung als Verein nur eine Organisation geschaffen werden können, die allenfalls örtliche Gruppen, aber keine straffen Lokalvereine mit Statuten, Präsidenten, Sekretären und dem üblichen Apparat an Parteiangelegenheiten vorsah. Mußte nicht, zumal das Ziel ein sehr fernes war, ein solcher Verein mit dem Abebben der momentanen Erregung wieder einschlafen? Aber der von Hölder vorgeschlagene Weg würde eine lockere Vereinigung politischer Berühmtheiten herbeiführen; und das gerade sollte vermieden werden. Man wollte lebendigen, unmittelbaren Kontakt mit der breiten Masse. „Dies können wir nur durch einen Verein", schrieb Streit an Hölder, „wir können es gerade auf diesem Wege ohne Revolution, von der es noch keineswegs ausgemacht ist, daß sie die conditio sine qua non für unsere nationale Entwicklung wäre"[46]). Sein Plan legte den Schwerpunkt des Vereins in die Tätigkeit des Vorstandes und des Ausschusses. Der Vorstand trat einmal monatlich zusammen, verfügte bis zu einer gewissen Grenze selbständig über die Ausgaben und bereitete das in die Kompetenz des Ausschusses fallende Material vor. Er hatte also einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Politik, die der Nationalverein treiben sollte, wenn auch in den Ausschußsitzungen die Vorlagen des Vorstandes vielfach amendiert

44) Ebenda.
45) Vgl. Anhang Nr. 23, Seite 146.
46) Vgl. Anhang Nr. 24, Seite 147.

worden sind und der Vorstand keineswegs diktatorische Vollmachten besaß. Das Exekutivorgan des Ausschusses war der Geschäftsführer, dem das Kassenwesen wie die Führung der gesamten Korrespondenz oblag[47]). Diese Arbeit hatte Streit zunächst ganz allein zu erledigen. Erst Mitte November bewilligte der Vorstand einen Schreiber und einen Buchhalter, und bald wuchs das Büro des Nationalvereins zu einem ganz stattlichen Betriebe. An Agenten, die für die Geschäftsführung innerhalb der ihnen bestimmten Kreise verantwortlich waren, wurden etwa 400 vorgesehen, die ihrerseits zunächst den Ausschußmitgliedern, denen man schon frühzeitig größere Aufsichtsbezirke angewiesen hatte, unterstanden. Nur mit den 100 außerdeutschen Agenten wollte Streit direkt verkehren[48.49]). Da sich das nun nicht immer so strikt durchführen ließ, waren die täglichen Eingänge mit Anfragen und Berichten sehr groß, und es bedurfte, obwohl bald in Lorenz Nagel ein pedantisch gewissenhafter Sekretär eingestellt wurde, der ganzen ungeheuren Arbeitskraft Streits[50. 51]).

Schon wenige Tage nach der Zusammenkunft in Frankfurt lehnte der Senat das Gesuch des Nationalvereins, sich in Frankfurt am Main niederlassen zu dürfen, trotz mancherlei persönlicher Einwirkung ab. Da Streit nun einmal in Koburg saß und diese Stadt ebenso wie Frankfurt geeignet schien, die Verbindung mit dem Süden zu erleichtern, überwand man seine Abneigung gegen die allzugroße Nähe des Herzogs, und in einer Ausschußsitzung in Eisenach wurde die für alle Fälle in Aussicht genommene Domizilierung des Vereins in Koburg beschlossen. In dem schon oben erwähnten Schreiben an Hölder rücken freilich in der Motivierung

47) Le Mang, a. a. O. S 37.

48) Feodor Streit, Aus meinem Leben S 116/7. Nachlaß Streit.

49) Vgl. Anhang Nr. 25, Seite 147—50.

50) Lange Jahre hat Streit, wie er erzählt, jeden Tag 18 Stunden gearbeitet und selten einmal Zeit für seine Familie gehabt. Selbst in der Todesstunde seines einzigen Sohnes war es ihm nicht möglich, zugegen zu sein. „Kaum blieb mir so viel Zeit übrig, dem sterbenden Liebling die gebrochenen Augen zu schließen. An dem Tage, an dem er in der Frühe des Morgens seiner letzten Ruhestätte übergeben war, hatte ich im Landtage über eine dringende Finanzangelegenheit zu referieren und am Nachmittag desselben Tages mußte ich nach Frankfurt am Main abreisen, um als Geschäftsführer des Nationalvereins einer Sitzung des Vereinsausschusses vom Morgen des anderen Tages beizuwohnen."

51) Vgl. Anhang Nr. 26, Seite 150—51.

dieses Entschlusses die Erwägungen in den Vordergrund, die auf den Württemberger Eindruck machen konnten. „Daß auch wir ein ganzes Deutschland wollen, daß wir die Verfassungsfrage noch als eine offene, unentschiedene betrachten, beweist Ihnen die den Süddeutschen zuliebe angenommene Fassung des Vereinsstatuts, beweist Ihnen die Wahl Koburgs zum Sitze des Vereins."

Als erste politische Aufgabe des Nationalvereins erwies sich die Notwendigkeit, den halben Erfolg, den man in Frankfurt den Süddeutschen gegenüber ausgefochten hatte, zu befestigen und womöglich zu einer Einigung mit ihnen zu kommen. Am 29. September hatten die Württemberger eine Erklärung übergeben, in der die schon von Hölder in Frankfurt ausgesprochenen Einwendungen gegen die Tendenzen der Eisenacher wiederholt wurden. Es sei ebensowenig möglich, schrieb Hölder, in Württemberg jemand für die preußische Obergewalt wie für die Organisation eines festen Vereins zu gewinnen. Aber man lege doch Wert darauf, die mit den norddeutschen Freunden angeknüpften Verbindungen nicht wieder zu verlieren[52]).[53]). Nun, auf den festen Verein konnte man im Ausschuß nicht verzichten; diese Frage ernstlich zu erwägen, war noch immer Zeit, wenn seine Existenz durch behördliche Verbote oder die Ungunst der Verhältnisse in Frage gestellt war. Noch immer bestand ja die Hoffnung auf einen bald einsetzenden Massenbeitritt; da war mit Hölders Vorschlag nicht viel anzufangen. So hielt man denn in der am 18. Oktober an die Württemberger ergehenden Antwort an der Konstituierung als Verein fest, protestierte gegen die dem Nationalverein zugeschobene Unterstellung, er beabsichtige den Ausschluß Oesterreichs, und wies den Vorschlag, die Arbeiten auf praktische Zwecke zu beschränken, zugunsten seines höheren Zieles, der „Herbeiführung der uns Deutschen fehlenden politischen Konstituierung nach Innen und Außen durch die gemeinsame gesetzliche Arbeit der ganzen Nation" entschieden zurück. Aber selbst diese Konzessionen konnten die Württemberger nicht befriedigen. Was der Ausschuß sage, berichtete Reyscher über seine Unterredung mit Hölder, brauche ja für eine größere Versammlung nicht bindend zu sein. Man solle die Frage der Zentralgewalt lieber gar nicht berühren. Nachdem sich in Frankfurt die Mehrheit entschieden auf

52) Oncken, Bennigsen, I. S 349/50.
53) Vgl. Anhang Nr. 27, Seite 151—52.

die Seite der Eisenacher gestellt hatte, war das eine starke Zumutung, so daß Reyscher resigniert meinte: die Leute wollen halt nicht[54]). Auch die Nachrichten, die von Rochau kamen, waren nicht sehr befriedigend; die mangelnde Beteiligung Süddeutschlands war nicht mehr anzuzweifeln. Leider klang es nun aber aus dem Norden und aus Mitteldeutschland vielfach nicht anders. Schüler schrieb aus Jena: die Stimmung dort sei so behaglich und die öffentliche Meinung mit dem Regierungsmodus so zufrieden, daß sich niemand durch die „Nebelbilder" des viel zu unbestimmten Frankfurter Statuts, das das eigentliche Ziel des Nationalvereins schamhaft verschweige, zum Beitritte bewegen lasse[55]). Und ebenso berichtete der Bankdirektor Amelung aus Stettin. Er habe Streits Brief bisher ohne Antwort lassen müssen; der Grund dafür liege nicht in mangelndem Interesse, „sondern in der faktischen Unmöglichkeit, auf Grund der bisher an den Ausschuß des Vereins gemachten Vorlagen eine irgend nennenswerte Beteiligung an dem Verein zu erzielen und eine Agitation zu beginnen, welche eine Aussicht auf Erfolg bieten könnte. Die in dem ursprünglichen Eisenacher Programm aufgestellten Grundsätze sind in dem Statut des Vereins so abgeblaßt, daß sie nicht wiederzuerkennen sind, und die ganze Fassung des Statuts ist so unbestimmt geworden, daß dasselbe als Basis einer bewußten Gesamtbestrebung nach einem konkreten Ziele kaum noch zu betrachten ist"[56]). In Preußen war der erste Rausch über den Systemwechsel von 1858 bald wieder verflogen, und den überspannten Erwartungen folgte nun ein gründlicher Katzenjammer. Die Stimmung war matt und gleichgültig. Lüning-Rheda schrieb Ende des Jahres an Streit: „Ich kann es leider nicht verhehlen, daß viele Demokraten hier ebensowenig wie in Süddeutschland imstande sind, den Staat von der jeweiligen Regierung zu trennen. Ohne Rücksicht auf den historischen Beruf und die politische Bedeutung Preußens fassen sie die Hegemonie als eine persönliche Frage auf, und da sie von der Regierung nichts mehr erwarten, wollen sie auch die hegemonische Gewalt nicht in den Händen dieser Regierung

54) Oncken, Bennigsen, I. S 351. Vereinzelt kamen aber auch andere Stimmen. Vgl. „Wochenschrift" Nr. 7. Koburg 18. 6. 60. An den Herausgeber, Tübingen, Ende Mai.

55) Schüler an Streit, Jena. 3. 12. 1859. Akt. d. NV. Bd. 3. S 113.

56) Amelung an Streit, Stettin. 26. 11. 1859. Akt. d. NV. Bd. 3. S 65.

sehen und geben der Abstimmung der Süddeutschen[57]) nicht unrecht. Ich habe diese Anschauung mit sehr geringem oder gar keinem Erfolge zu bekämpfen versucht, obwohl mein Wort sonst wohl bei den Demokraten hierzulande etwas gilt. Am meisten fürchten sie, daß die Schwäche und Unentschlossenheit unserer sogenannten Konstitutionellen doch jedes Resultat des Vereins hindern werde." Graf Schwerin, mit dessen Namen die Konstitutionellen bisher eine so wirksame Propaganda für ihre Partei hatten treiben können, habe völlig versagt und nichts getan, die Forderungen der Demokraten nach Purifizierung der Verwaltung zu erfüllen. Jede der wenigen Erleichterungen verdanke man Flottwell, einem „alten Bürokraten". Lüning schloß seinen Brief mit der pessimistischen Bemerkung: „so bereitet sich ein Bruch mit Notwendigkeit vor."[58]) In einer solchen Zeit war freilich nicht viel zu erhoffen, und ein nicht geringer Teil der Bevölkerung stand entweder gleichgültig beiseite oder lehnte jede Mitwirkung an einer Bewegung ab, die einem so untätigen Ministerium die Hegemonie über Deutschland in den Schoß werfen wollte.

In dieser nach allen Seiten hin schwierigen Lage versammelten sich die Notabeln des württembergischen Liberalismus am 18. Dezember zu einer größeren Besprechung, die über die Stellung zum Nationalverein Beschluß fassen sollte. Schon in den Vorberatungen war das leitende Komitee übereingekommen, den Beitritt zum Vereine nicht zu beantragen, vielmehr auf der bisher eingehaltenen Linie zu bleiben. Reyscher, der an der Hauptversammlung teilgenommen hatte, sandte am anderen Tage einen eingehenden Bericht an Bennigsen: es sei der Beitritt zwar abgelehnt worden, die Stimmung im ganzen aber nicht ungünstig. „Ich wußte vorher, daß die Komiteemitglieder den Anschluß an den Verein nicht beantragen werden; sie hatten es gleich angekündigt, daß ein den bisherigen Aeußerungen entsprechender Antrag gestellt werden würde. Meine liberalen Freunde wollten es mir zwar zum Vorwurfe machen, daß ich die Vorbesprechungen in Stuttgart nicht mehr besucht; allein es gehört eine mehr als gewöhnliche Geduld dazu, um dem Parteigetriebe, wie es sich hier geltend machte, ruhig zuzusehen und am Ende noch mitzuwirken.

57) In Göppingen am 18. 12. 1859.
58) Lüning an Streit, Rheda 29. 12. 1859. Akt. d. NV. Bd. 3. S 132.

Hölder referierte über die Frankfurter Versammlung und die späteren Kommunikationen mit dem Ausschuß. Ich berichtigte die Darstellung und widerlegte die Scheingründe und Ausflüchte der Gegner des Vereins. Meine freimütige Opposition wurde gut aufgenommen. D. Notter, der in Frankfurt mit beitrat, unterstützte mich, aber wir erreichten nicht mehr, als daß die Versammlung (von ungefähr 60 Personen) aufgeklärt und umgestimmt wurde. Hätte nicht das Komitee mit Hilfe des gewandten ultramontanen Probst, von dem sich leider viele Liberale in die Tasche stecken lassen, seinen Antrag immer wieder festgehalten, so wäre die Versammlung großenteils zu uns übergetreten. Der Nichtbeitritt ist versüßt durch einen Beisatz: daß man wünsche, mit dem Nationalverein in den politischen Fragen Hand in Hand zu gehen; auch wurde ich ersucht, der Dolmetsch der patriotschen Stimmung der Versammlung bei dem Ausschusse zu sein...

Sie sehen, ganz unverbesserlich sind die Schwaben nicht. Wenn auch für jetzt der Beitritt nicht erfolgte (nur wenige von den 30 oder 40, welche mit mir in der Minderheit geblieben waren, verlangten von mir das Statut, das ich ihnen mitgab), so ist doch die Stimmung eine bessere geworden, und Hölder und Cauß erklärten öffentlich, daß nur für jetzt nicht die Zeit gekommen sei. Hält Preußen die jetzt eingenommene und ihm angewiesene Stellung am Bunde fest, so würden die Dinge in Deutschland allmählich besser gehen. Ein Staat nach dem anderen wird ihm beitreten..."[59] [60].

Das klang doch nicht so ganz hoffnungslos; jedenfalls hatte man keinen Anlaß, seine Bemühungen um die Gunst Süddeutschlands als gescheitert ansehen zu müssen und sie aufzugeben. Im Gegenteil: die Agitationen mußten nun mit verdoppelter Kraft einsetzen, um die lockere Verbindung mit den Süddeutschen zu festigen und zu stärken. Wenn der Nationalverein wirklich zu einem Instrument der politischen Erziehung des deutschen Volkes werden sollte, dann war hier seine erste Aufgabe.

Langsam wandelte sich so das Bild, das sich die Führer von der Art und den Pflichten des Nationalvereins gemacht hatten. Zunächst, wie wir gesehen, noch ganz unter dem Eindruck des Krieges, dachte man häufig, die nationale Erregung zu einem gewaltigen Auf-

59) Nachlaß Bennigsen, Reichsarchiv, Vgl. auch Oncken, Bennigsen I. S 347.
60) Vgl. Anhang Nr. 28, Seite 152—53.

flammen zu bringen, um noch einmal die Gefühlsintensität zu erreichen, die die Jahre 1813 und 1848 durchlodert. Nun sprach man immer häufiger von einer Arbeit auf lange Sicht; nun sah man den Nationalverein als eine Schule politischer und sittlich-bürgerlicher Ertüchtigung des Volkes und erklärte, die politische Lethargie des Spießertums und die alte Furcht vor der „Mißliebigkeit", welche einst die mächtigste Stütze der Reaktion gewesen sei, müsse überwunden werden. Dieses erste Ziel werde erreicht, wenn man den Mut habe, sich lediglich gesetzmäßiger Mittel zu bedienen[61]). Zwar stelle die Agitation innerhalb der Gesetze sehr hohe Anforderungen an die Intelligenz des Volkes, aber die Leidensjahre der Reaktion hätten die sittliche Tüchtigkeit selbst der breiten Masse so sehr gestärkt, daß der Erfolg sicher sei. Nur Achtung und Vertrauen könne staatsbildend und erhaltend sein: wenn das Volk ernsthaft hervortrete und seinen Anteil an staatlicher Verantwortung und politischer Arbeit verlange, dann würde es auch bei den Regierungen die ihm gebührende Achtung gewinnen[62]).

Was Schulze-Delitzsch hier niederlegte, hatte größere Bedeutung als einer der vielen, gerade auf diesen Tag zielenden und ihn deshalb nicht überlebenden Artikel und Briefe, die in jenen Wochen geschrieben wurden. Es war ein Stück — vielleicht das schönste — seiner Weltanschauung, seiner gesunden und robusten Gedanken, die immer wieder auf das Ich zurückgingen und alles Heil von dessen voller Ausbildung erwarteten. Von hier aus ging er in die Politik; ihm vor allem war der Nationalverein ein Mittel, das Volk heranzuziehen und für seine menschlich-individuellen und staatsbürgerlichen Aufgaben zu bilden. Deshalb hat er auch, wie Blum erzählt, im Gegensatz zu dem aristokratischeren Bennigsen, der eine Zeitlang für die Schaffung einer weniger breit gelagerten politischen Organisation eintrat, immer wieder darauf hingewiesen, daß es vor allem auf die Massen ankäme, auf den kleinen Mann, nicht auf politische Größen[63]). In einer Artikelreihe, die er Anfang November in der „Trierschen Zeitung" erscheinen ließ, skizzierte er den ihm vorschwebenden Weg zur Einigung Deutschlands. Man

61) Eine Formulierung, deren sich schon Gustav Dietzel bedient hatte.

62) Aus einer Artikelserie Schulze-Delitzschs in der „Trierschen Zeitung" NN. 256, 7, 9, 260. Trier 1. 11.—6. 11. 1859. Der deutsche Nationalverein.

63) Blum, Vorkämpfer S 247/8.

müsse von den einzelnen Staaten her vorgehen, meinte er, und versuchen, allmählich die Majoritäten in den Kammern zu erlangen, um in der immer stärker werdenden Forderung nach der Einigung einen mächtigen Hebel für ihre Herbeiführung zu gewinnen. Vorbedingung für diesen Weg sei aber ein maßgebender Einfluß auf die Tagespresse; diesen zu erreichen bedürfe es Geld, Geld und wieder Geld und, was in diesen Artikeln noch nicht gesagt wurde, aber mit Notwendigkeit zu folgern war und was zu gleicher Zeit von anderen Seiten angeregt wurde: eines eigenen Organes.

Die Forderung nach vermehrter Tätigkeit wurde nun überall erhoben. Die Nachrichten von der Ungunst des Augenblickes und den Schwierigkeiten der Lage blieben doch in der Minderzahl gegenüber den immer häufiger laut werdenden Zustimmungsadressen[64]). Es erwies sich bald, daß Bennigsens Voraussage, der Lauf der Dinge werde die Widerstrebenden von selbst einigen und zusammenführen, in der Tat eintraf, und der preußische Agent für Süddeutschland mußte Ende Oktober berichten, daß die Sache des Vereins einen unerwarteten Aufschwung genommen habe.

Offensichtlich hatte der Nationalverein großes Glück gehabt. Die Klippe eines völligen Bruches mit den Württembergern war geschickt vermieden, und die Stimmung des Südens schien nach den letzten Nachrichten Reyschers eher günstiger geworden zu sein. Nun war wieder einmal die Sache Kurhessens in den Vordergrund getreten, und Oesterreich tat ein übriges, dem Nationalverein ungewollt Sympathien zu erwerben. Der Augenblick lockte und drängte sich geschickten und rasch zupackenden Händen entgegen: von allen Seiten kamen Vorschläge für den Ausbau der Agitation. Vielfach wies man auf die Wichtigkeit hin, die der Jahreskalender für die breiten Massen habe; er sei außer religiösen Büchern oft die einzige, dem Volke zur Verfügung stehende Lektüre. Andere erinnerten daran, wie 1848 das anfeuernde Lied „Schleswig-Holstein meerumschlungen" von den Leierkästen verbreitet worden war und empfahlen dieses „Institut, das leider oft in den Händen der Hefe des Volkes liege", der besonderen Aufmerksamkeit des Ausschusses[65]). Ernster zu nehmen war aber der in Nord und Süd laut werdende Wunsch nach einem eigenen Organ. Als einer der ersten mel-

64) Vgl. Anhang Nr. 29, Seite 153—54.
65) Akten d. NV. Bd. 3, 5, 7 ff.

dete sich Rochau mit diesem Plane. Eine von Beseler beabsichtigte Zeitungsgründung war nicht zustandegekommen; mehr als je galt es gerade jetzt, die Nationalpartei im „Angesicht und Bewußtsein des Volkes oder besser gesagt im Angesicht von Freund und Feind zu konstituieren, den Glauben an ihr Bestehen und an ihre Wirksamkeit zur konstanten Tatsache zu machen. Wäre es auch nur eine Wochenschrift, es könnte damit unendlich viel gewonnen werden“[66]) Und wenige Wochen später schrieb Lüning auf eine von Streit veranlaßte Rundfrage hin, die Gründung einer dem Nationalverein allein offenstehenden Zeitung werde in weiten Kreisen erwartet „und ohne Zweifel beifällig begrüßt werden“[67]). Ebenso hieß es von anderer Seite; es war nicht zweifelhaft, daß diese Frage vor anderen ernstlicher Erwägung wert war. Brater, an den sich Streit gleichfalls gewandt hatte, war von der Notwendigkeit einer eigenen Zeitung, die seinem vorgeschobenen Posten im Süden neue Schützenlinien zugeführt haben würde, so durchdrungen, daß er gleich in kurzen Worten die von der Wochenschrift einzuhaltende Richtung angab. „Kommt der Plan einer Wochenschrift zur Ausführung“, schrieb er an Streit, „so erlaube ich mir die Meinung auszusprechen, daß es dann die Aufgabe wäre, als Herausgeber und Mitarbeiter nur ausgezeichnete Kräfte in Anspruch zu nehmen und diesem Blatte dadurch eine unangreifbare, hervorragende Stellung zu sichern. Ich bin ferner der Ansicht, daß die Reinigung unseres Staatslebens von Innen heraus — die Verfassungs- und Verwaltungsreform in den Einzelstaaten — das Hauptaugenmerk der Wochenschrift sein müßte, während sie sich gegenüber den afterliberalen Bundesbemühungen, die jetzt an die Tagesordnung kommen, auf ein vorwiegend kritisches Verhalten angewiesen sähe[68]).“

Trotzdem kam es vorläufig noch nicht zur Gründung eines parteioffiziellen Blattes. Der Ausschuß, der am 11. und 12. Dezember in Koburg versammelt war, schloß sich der Meinung Schulze-Delitzschs an, der die bislang vorhandenen Mittel für zu gering erklärte[69]) und darauf hinwies, daß ein Wiedereingehen des Blattes

---

66) Vgl. Oncken, Bennigsen, I. S 353.

67) Lüning an Streit, Rheda 7. 12. 1859. Akt. d. NV. Bd. 3. S 126.

68) Brater an Streit, München 10. 12. 1859. Akt. d. NV. Bd. 3 S 136.

69) Bechsteins Angabe, Schulze-Delitzsch habe sich der Gründung eines eigenen Organes des Nationalvereins widersetzt, weil die Wirksamkeit des

der nationalen Arbeit sehr schädlich sein werde. Man solle sich mit einer indirekten Tätigkeit begnügen und sich auf die Beeinflussung der innerdeutschen Presse beschränken. Demgemäß wurde verfahren. Es bildeten sich zwei Presseausschüsse, die im Norden unter der Leitung Unruhs, im Süden unter der Führung Dr. Müllers-Frankfurt standen[70]). In beiden vereinigten sich weithin bekannte und journalistisch vielerfahrene Männer, so daß fürs erste genug geschehen war, zumal die Zahl der freiwilligen, nicht von diesen Ausschüssen erfaßten Mitarbeiter ja sehr viel größer war. Trotzdem die späteren Korrespondenzbüros noch nicht geschaffen waren, arbeitete man schon häufig für amerikanische, englische und französische Blätter, und die Zahl der inländischen Zeitungen, zu denen gute Beziehungen bestanden, ist ebenfalls recht groß gewesen.

Nicht minder wichtig waren die weiteren, dem Ausschusse vom Vorstande gemachten Vorlagen. Es handelte sich um die Frage, wie die Sache Kurhessens und die Schleswig-Holsteins vom Verein behandelt werden sollten. Die Erregung über die langjährigen Verfassungskämpfe in Hessen-Kassel war durch die Veröffentlichung der Denkschrift Usedoms[71]) neu aufgeflammt; da lag also der Gedanke nahe, die Erbitterung der öffentlichen Meinung für die eignen Zwecke nutzbar zu machen. Schon in der Vorstandssitzung vom 13. November war Reyscher die Abfassung einer Flugschrift über die Frage Kurhessens übertragen worden. Jetzt legte er seinen Entwurf zur Prüfung vor[72]). Es wurde beschlossen, ihn in einer Auflage von 1000 Stück drucken und verbreiten zu lassen, und ebenso sollte ein Flugblatt Schulze-Delitzschs, in dem in populärer Form und packender Darstellung die Ziele und Aufgaben des Nationalvereins erörtert wurden[73]), in größerer Auflage erscheinen.

Vereines nicht in zu weite Kreise getragen werden solle — Bechstein, a. a. O. S 29 —, scheint nicht glaubhaft. Das dürfte eher auf Moritz Veit passen. Ueber die Gründe der ablehnenden Haltung Veits vgl. Oncken, Bennigsen, I. S 450/1. Anm. 3. Der im Protokoll der Ausschußsitzung vom 11./12. Dezember angegebene Kassenbestand betrug nur 1197 fl. Nachlaß Seeger.

70) Vgl. Anhang Nr. 30, Seite 154.

71) Vgl. Sybel, a. a. O. Bd. 2. S 344 ff.

72) Reyscher, Erinnerungen. S 268. Le Mang, a. a. O. S 37 ff. Der Text des Referates, das Reyscher in der Ausschußsitzung erstattete, befindet sich in den Akten des Nationalvereins Bd. 19. S 195 ff.

73) Vgl. Anhang Nr. 31, Seite 154—55.

In der schleswig-holsteinischen Frage kam es zunächst nicht zu endgültigen Beschlüssen. Riesser, der vom Ausschusse mit der Berichterstattung über dieses Problem betraut war, scheint sich dem Auftrage entzogen zu haben; er veranlaßte Beseler, eine Denkschrift über die angeregte Frage auszuarbeiten, die dann dem Nationalverein vorgelegt werden sollte. Gegen diese mußten sich aber bei Bennigsen eine Reihe Bedenken erheben, die sich aus der entschiedenen Stellung Beselers dem österreichischen Problem gegenüber ergaben. Die Denkschrift ist Bennigsen schon Anfang Dezember übersandt worden; am 7. Dezember schrieb Beseler in einem sein Exposé wohl begleitenden Briefe an Bennigsen: „... Die schleswig-holsteinische Frage ist so verwickelt, daß man auf die Gefahr hin, oft Gesagtes zu wiederholen, nicht wird unterlassen können, einiges Material zu geben, um die hervorgehobenen Gesichtspunkte verständlich zu machen.

Sie wollen die Nation anregen, und ich glaube, daß die schleswig-holsteinische Sache wie keine andere dazu angetan ist, aber unter der Voraussetzung, daß man ungeschminkte, nicht diplomatisch gefärbte Wahrheit verlangt, die ganze Wahrheit rücksichtslos sagt. Die von mir hervorgehobenen Gesichtspunkte halte ich natürlich für wichtig, die Schärfe der Argumentation und des Ausdrucks aber auch für den bestimmten Zweck unentbehrlich. Würde der Verein die Sache in wesentlich anderen Worten behandeln, so würde ich darin nicht allein eine Verkennung der Aufgaben des Vereins erblicken, sondern auch geradezu ein Unglück für die deutsche Bewegung und die schleswig-holsteinische Sache. Dem Süden Deutschlands im besonderen würde eine andere Behandlung unverständlich sein. Sollte der Ausschuß anderer Ansicht sein, so bitte ich ihn dringend und inständig, die Sache fallenzulassen oder zu verschieben...[74])." So kam man denn auch in Koburg zu der Ansicht Lehmanns, die schleswig-holsteinische Sache sei noch nicht genügend geklärt und müsse zunächst aufgeschoben werden. Lehmann und Reyscher wurde das Referat über die Angelegenheit übergeben. Mit einem Vortrage Bennigsens über Wehrfragen, der zu dem Beschlusse veranlaßte, den garribaldischen Oberstbrigadier Rüstow in

74) Beseler an Bennigsen, 7. 12. 1859. Nachlaß Bennigsen. Vgl. auch Oncken, Bennigsen, I. S 448.

Zürich mit der Abfassung einer Arbeit über besondere Mittel zur Entwicklung der Wehrkraft des deutschen Volkes und eines Referates über Richtlinien zur militärischen Erziehung der Jugend zu beauftragen, schloß die Sitzung.

So ging man ins neue Jahr mit dem Bewußtsein, daß es unablässiger Arbeit bedürfe, den Verein in den breiten Massen zu verankern. Streit hatte seinen Gedanken, ein möglichst populär gehaltenes Blatt zu gründen, nicht aufgegeben, und auch von anderen Seiten wurde der Wunsch nach vermehrter und sichtbarerer Tätigkeit geäußert. Unruh schlug vor, eine größere Veröffentlichung über die Geschichte des Deutschen Bundes anzukaufen und herauszugeben, und Bennigsen sandte Streit Vorschläge über die Themen verschiedener Flugblätter mit dem Auftrage, den Ausschußmitgliedern davon Kenntnis zu geben. „Es scheint mir zweckmäßig", schrieb er an Streit, „in den ersten Monaten des nächsten Jahres einige größere Schriften vom Ausschusse erscheinen zu lassen, welche tiefer in die Sache eingehen, als es die Flugblätter beabsichtigen, sich auch eine Schicht höher in der Bevölkerung adressieren . . ."[75])

Dieser Passus ist sehr charakteristisch für das in den Kreisen der Führer immer stärker hervortretende Bewußtsein, daß der eigentliche Plan, eine Massenbewegung zu schaffen, gescheitert war. Während der letzten Wochen dieses Jahres 1859 vollzieht sich — und diese Möglichkeit war ja schon in der Broschüre Schulze-Delitzschs zwischen den Zeilen angedeutet — gerade unter den führenden Persönlichkeiten eine tiefgehende Wandlung des Bildes, das sich ein jeder von Art und Wesen des Nationalvereins gemacht hatte. Während das bei Bennigsen ohne wesentliche Resignation vor sich ging, da turbulente Bewegungen seine stillere Natur abstießen, waren andere doch deprimiert. „Ist dies ein Nationalverein, wie wir ihn im Sinne hatten?" schrieb Fries enttäuscht an Streit. „Ich erkläre es Dir gegenüber offen, daß der ganze Nationalverein es nicht wert ist, ihm größere Opfer zu bringen[76])." Nicht ebenso schroff formulierten andere; gemeinsam war aber das Verlangen nach vermehrter Tätigkeit. Das sprach sich auch in der Tagesordnung aus, die der Vorstand für eine Mitte März in Berlin

---

75) Oncken, a. a. O. I. S 361.

76) Vgl. Anhang Nr. 32, Seite 155.

anberaumte Ausschußsitzung aufgestellt hatte[77]), und die sich neben neuen Kooptationen vornehmlich um die Flugblatt- und Preßfrage drehen sollte.

Da trat ein unerwartetes Ereignis ein, das die schlaffen Segel des Nationalvereins mit neuem Winde füllte. Sardinien begann, gegen Mittelitalien vorzugehen, und setzte Napoleon so in die Lage auf die französisch-piemontesische Geheimkonvention von 1858 zurückzugreifen und Nizza und Savoyen für sich zu verlangen. Wenn die sämtlichen Alpenpässe an der südlichen Grenze Frankreichs in die Hände eines Staates fielen, müsse er, so erklärte der Kaiser, zur Sicherung der Grenzen wenigstens einen Teil des nördlichen Abfalles der Westalpen in seiner Hand haben. Das konnte nur als ein höchst bedenklicher Präzedenzfall für die deutsche Einheitsbewegung erscheinen; es war natürlich naheliegend, anzunehmen, daß für den Fall der deutschen Einigung einmal eine Kompensation am Rheine verlangt werden könne. Aus dieser einen Verletzung der Wiener Verträge konnten sich sehr schwerwiegende Rückwirkungen ergeben; denn offenbar hatte die 1815 erfolgende Neutralisierung Nordsavoyens auch den Zweck gehabt, einen Einfall französischer Truppen in den deutschen Südwesten unmöglich zu machen. So verbreitete sich in Deutschland das Gefühl, wieder einmal von seiten Frankreichs schwer bedroht zu sein. Vornehmlich Süddeutschland sah sich unmittelbar angegriffen und identifizierte das direkte Interesse, das die Schweiz an einer befriedigenden Ordnung dieser Dinge haben mußte, mit dem Deutschlands. Es war ganz unzweifelhaft: der Nationalverein durfte diese Verwicklung nicht vorübergehen lassen, ohne öffentlich Stellung genommen zu haben.

Schon Wochen vor der Ausschußsitzung in Berlin hatte Biedermann Bennigsen mahnend gefragt: „Wird der Nationalverein nichts in der savoyschen Frage tun? ... Alles scheint mir dazu angetan, diese Frage zum Gegenstand einer wirksamen und nützlichen Agi-

77) In der Vorstandssitzung, die am 29./30. Januar in Gotha stattfand, war unter anderem der Beschluß gefaßt, die Broschüre des Gothaer Rechtsanwaltes Henneberg „Deutsche Not und Hilfe für den deutschen Landmann" im Auftrage des Vereins herauszugeben. Diese Schrift wies in warmem, volkstümlichem Tone auf die sich für den einfachen Mann durch die Einigung Deutschlands ergebenden Erleichterungen hin und hatte sehr großen Erfolg. Akt. d. NV. Bd. 5. Dezember 1859 bis Januar 1860.

tation für den Nationalverein zu prädisponieren[78])." Ebenso klangen zahlreiche Stimmen aus dem Süden; allgemein erwartete man, daß der Nationalverein sich äußern werde. Und die namentlich im Süden sehr starke Erregung war doch ein Moment, das den Männern um Bennigsen wichtig sein mußte. Da sich Oesterreich ganz passiv verhielt, würde ein energisches Eintreten für das bedrohte deutsche Interesse die österreichischen Sympathien des Südens kräftig isolieren und die Geltung des Nationalvereins stärken können. Es war klar, daß die Ausschußsitzung in Berlin einen nicht unerheblichen Teil ihrer Aufmerksamkeit der savoyischen Frage zuzuwenden hatte. Und das nicht nur aus agitatorischen Momenten. Noch einmal schien sich die Situation des vorigen Jahres zu wiederholen; wieder einmal glaubte man, ein kühnes Einschreiten Preußens werde ihm die Sympathien Deutschlands erwerben und ihm Gelegenheit geben, die Versäumnisse des letzten Jahres gutzumachen. Es käme daher darauf an, meinte Biedermann, den leitenden Männern in Berlin Mut zu machen, „indem man ihnen einesteils eine gewisse sichere Hoffnung zeigte, daß sie bei einem kühnen Schritt in dieser Sache die deutsche Nation für sich haben würden, anderseits ihnen zum lebhaften Bewußtsein brachte, welche außerordentlich günstige, vielleicht nicht so bald wiederkehrende Gelegenheit hier gegeben wäre, durch einen großen Akt nationaler Initiative mit einem Male die Führerschaft Deutschlands zu erobern[79])."

Das Anfang März 1860 in Berlin stattfindende Treffen rief bei Freund und Feind eine nicht geringe Aufregung hervor. Den Altliberalen vornehmlich jagte Bennigsens Rede auf dem zu seinen Ehren gegebenen Bankett[80]) einen großen Schrecken ein, und sie waren von der ganzen Tagung, von der sie wohl ungünstige Wirkungen auf die sich allmählich spannende Lage im eignen Hause befürchteten, nicht eben erbaut. Weiter rechts kam es zu maßlosen und unwürdigen Angriffen der „Kreuzzeitung" und verwandter Blätter, weiter links zu höhnischem Gelächter. Die Erregung des

78) Oncken, a. a. O. I. S 367.

79) Oncken, a. a. O. I. S 378/9.

80) Bericht: „Volkszeitung" Nr. 62. Berlin 13. 3. 1860. Ueber die Beratungen des Ausschusses: „Nationalzeitung" NN. 123, 132, 13./17. 3. 1860. In Nr. 132 erschien auch der offizielle Bericht des Ausschusses.

Augenblicks ließ diese Sitzung allgemein als besonders wichtig erscheinen. Sie ist es in der Tat gewesen[81]).

Schon der erste Punkt der Tagesordnung — Kooptationen zum Ausschuß — war von großer Bedeutung. Bisher hatte sich selbst in Preußen die junge Generation des altliberalen Lagers nicht recht beteiligen mögen und, wenn auch nicht feindselig, so doch abwartend, beiseite gestanden. Das änderte sich nun insofern, als mit Brämer, Sänger und einer Reihe anderer auch die Konstitutionellen Preußens im Ausschusse vertreten waren. Und dieser Erfolg mußte trotz aller Verstimmungen zwischen Ministerium, Krone und Abgeordnetenhaus für um so wesentlicher gelten, als die Altliberalen doch noch bei weiten Kreisen alles Vertrauen genossen.

Für den zweiten Punkt, der die Stellung zu den Süddeutschen betraf, lag ein Antrag Schulze-Delitzschs vor, eine Ansprache an das Württemberger Volk zu beschließen. Dagegen war schon vor Beginn der Berliner Tagung lebhaft opponiert worden. Fries erklärte in einem Briefe an Bennigsen: „... Streit schreibt mir von einem Flugblatt, welches Schulze über die ‚Göppinger Sonderbündler'[82]) schreiben und uns vorlegen will: das ist ein Thema, das mit der größten Schonung behandelt werden muß. Sobald das Flugblatt des Nationalvereins einen Streit aufnimmt gegen die Göppinger Versammlung, so ist der Verein an seinem Ende angekommen, indem er die Bedeutung seines Daseins verliert, welche einzig in der Zusammenfassung der liberalen Elemente Deutschlands unter Umstoßung territorialer und alter Parteigrenzen liegt[83])." Auch von süddeutscher Seite wurde dringend von der sehr scharf formulierten Erklärung Schulzes abgeraten, und so trat der Ausschuß einstimmig der von Bennigsen vorgetragenen Ansicht bei, man müsse die von den Württembergern zunächst einmal angebotene lockere Verbindung annehmen, könne aber andeuten, daß die Sonderstellung, die die Württemberger einnahmen, der Fortentwicklung der nationalen Bewegung nicht dienlich sei. Als Verbindungsmann mit der südwestlichen Gruppe fungierte Reyscher, der ja auch dafür der gegebene Mann war.

---

81) Vgl. Anhang Nr. 33, Seite 155.

82) Vgl. S 99 ff.

83) Fries an Bennigsen, 17. 1. 1860. Nachlaß Bennigsen.

In der Beratung der nächsten Flugblattpublikationen, deren Themen Streit den Ausschußmitgliedern übersandt hatte[84]), wird man sich wohl zunächst den dringlicheren Fragen, der schleswig-holsteinischen und der savoyischen Angelegenheit zugewandt haben, zu welch letzterer ein von Brater formulierter Entwurf vorlag. Diese Erklärung, zu der auch ein Antrag Veits eingegangen war, wandte sich klar gegen Frankreich, dessen Vergrößerung als im Gegensatz zu deutschen Interessen stehend bezeichnet wurde; aus dem Gefühl, Napoleons Vorgehen gegen die Schweiz und deren europäisch garantierte Integrität als ein Ereignis sehen zu müssen, das für die Richtung der französischen Außenpolitik Deutschland gegenüber bestimmend sein könnte, lehnte man diese Machterweiterung Frankreichs scharf ab. Ja, es wurde ein eventueller Angriff Frankreichs auf Deutschland, ganz im Sinne anderer Aeußerungen dieser Tage, als „der wirksamste Zauber zur Schlichtung des inneren Haders, zur endlichen Lösung der deutschen Verfassungsnot" bezeichnet. Natürlich versäumte man nicht, darauf hinzuweisen, daß sich auch jetzt wieder einmal ergebe, wie dringend Deutschland einer anderen Verfassung bedürfe, damit es endlich Sitz und Stimme in der europäischen Staatengesellschaft erhalte[85]).

Freilich waren das nur Worte, und es stellte sich bald heraus, daß sich Preußen durch diese Erklärung nicht im geringsten bewegen ließ, die geforderte große Aktion einzuleiten. Was hätte es auch dazu veranlassen können? Die momentane Besserung in der Stimmung des deutschen Südens wog doch die Nachteile nicht auf, die die dauernde Feindschaft Napoleons gebracht haben würde. Aber diese Worte schallten weit ins Land hinaus; in jenen Tagen begann der Nationalverein das zu werden, was seine Mitglieder aus ihm machen wollten und was er lange Jahre hindurch in weitem Umfange auch gewesen ist: der „Repräsentant der öffentlichen Meinung Deutschlands[86])."

Nach dem Referat Lehmanns über die Sache Schleswig-Holsteins, das unter Zuziehung Professor Mommsens, des gebürtigen Schleswig-Holsteiners, entworfen und unter Mitarbeit Riessers in Ham-

---

84) Vgl. Anhang Nr. 34, Seite 155—56.
85) Vgl. Anhang Nr. 35, Seite 156—57.
86) Vgl. Anhang Nr. 36, Seite 157—58.

burg endgültig redigiert wurde, kam man dann zum wichtigsten Punkte der Tagesordnung, der „anderweiten Beratung der Frage der Gründung eines eignen Preßorgans", von dessen Notwendigkeit man mehr denn je überzeugt war. „Es will alles Wesen eine sichtbare Form haben", hatte der Nürnberger Craemer-Doos an Streit geschrieben; da der Nationalverein auf die lockere Konstituierung als Wanderversammlung nicht hatte eingehen können, so war eine eigne Zeitung unabweisliches Bedürfnis. Und Bennigsen meinte sogar, wenn man bei der Unbestimmtheit des Statuts nicht endlich daran ginge, in der Anwendung der Grundsätze des Nationalvereins auf scharfumrissene Einzelfragen zu größerer Klarheit zu kommen, dann müsse man darauf verzichten, mehr als moralische Anregungen erreichen zu wollen, und werde immer bei frommen Wünschen stehen bleiben[87]). Jedoch ergaben sich auch hier nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Zunächst waren die zur Verfügung stehenden Mittel nicht so sehr viel größer als im Dezember, wo man ja schon einmal vor dieser Frage gestanden hatte — denn auch jetzt reichte es nur zu einer Wochenschrift —, dann aber, wenn ein geeigneter Herausgeber auch zu finden sein würde, wo sollte die neue Zeitung erscheinen? Wenn man, wie Ludwig Bamberger vorgeschlagen,[88]), eine größere Stadt wählte, konnte nur mit Berlin gerechnet werden. Aber würde damit nicht der Eindruck erweckt, als wolle man Deutschland preußisch machen? Zweifellos hätten sich viele süddeutsche Mitglieder brüskiert gefühlt, und die zarten Fäden, die nach Süddeutschland liefen, durften auf keinen Fall verletzt werden[89]). Ebenso heikel wäre es auch gewesen, etwa eine schon bestehende Zeitung zum Organe des Nationalvereins zu erklären. Deren Antezedenzien hätten unvermeidbar die Bewegungsfreiheit des neuen Blattes stark gehemmt. Da man mit neuen Ge-

87) Bennigsen an Reyscher. Oncken a. a. O. S 375.

88) Ludwig Bamberger, Paris 14. 2. 1860 an die „Volkszeitung". (Nr. 43, Berlin 19. 2. 1860, Beilage.) Der betreffende Passus lautete: . . . „Man gründe ein Zentralbüro, ich möchte sagen, eine Hauptsternwarte, für die Beobachtung der Wechselwirkung zwischen deutscher Politik und deutschem Erwerbsleben. Aber vor allen Dingen muß diese Warte in eine Großstadt verlegt werden. Der Ort ist bei keiner Sache gleichgültig, am allerwenigsten bei einer so praktischen. Koburg, Eisenach oder Gotha taugen nicht für solch eine Zentralstelle. Der Blick ist unvermeidlich beschränkt."

89) Vgl. Anhang Nr. 37, Seite 158.

danken, neuen Methoden und unter ganz veränderten Gesichtspunkten an die Lösung einer alten Aufgabe herangehen wollte, bedurfte man der freien Hand um so dringlicher.

Streit setzte sich energisch für seinen Antrag auf Gründung eines eigenen Organes ein und hatte diesmal nun insofern damit Erfolg, als wenigstens die sich allerdings recht ausschließlich an das höhere Bürgertum wendende Wochenschrift beschlossen wurde[90]). Er hatte seinen Plan, ein Populärblatt für die breiten Massen zu gründen, nicht aufgegeben, mußte nun aber sehen, daß man den unteren Schichten nicht viel zu sagen wußte. Das erklärte sich einmal aus der seelischen Struktur der Männer, die den Nationalverein führten, aber es lag auch an den Schwierigkeiten, die aus der politischen Vielgestalt Deutschlands erwuchsen. Es fehlte an einem halbwegs gleichartigen Lesepublikum der unteren Klassen. Wie sollte man in einer Zeit, der der Begriff einer im wesentlichen nivellierten Masse mit gleichen Anschauungen, gleichen Bedürfnissen und gleichen Interessen fremd war, eine Zeitung schaffen, die etwa ostelbische Landarbeiter und süddeutsches Industrieproletariat mit gleicher Aufmerksamkeit lasen[91])? Darauf wies vor allem Rochau hin; daneben betonte er aber auch, daß Geschichte und Politik noch nie von diesen unteren Klassen gemacht worden sei und daß, wenn man sie erfassen wolle, die Bearbeitung der Lokalpresse vollauf genüge[92]). Damit kam Rochau also zu denselben Schlußfolgerungen, mit denen einige Jahre vorher Droysen den im literarisch-politischen Klub des Herzogs von Koburg gehegten Plänen zur Gründung eines die Massen fest anpackenden Organes entgegengetreten war. „Volk ist überhaupt wenig oder nichts", hatte er damals gemeint, „im besten Falle eine Staubwolke, die Luft zu füllen und den Blick zu hemmen, bis ein gelinder Regen all das Aufgewirbelte in die zähsämige Gestalt zurückversetzt, welche man gewöhnlich Dreck nennt[93])." Und in einem früheren Schreiben hatte er darauf verwiesen, daß dem in seinen materiellen Interessen fest zusammengeschlossenen Konservativismus ein Interesse von gleich realer Wucht

90) Vgl. Anhang Nr. 38, Seite 159.
91) Vgl. Anhang Nr. 39, Seite 159—160.
92) Deutsche Revue 1905. 3. S 84 f. Rochau 7. 6. 1860.
93) Droysen, Briefwechsel. 2. Nr. 681. S 188 f. Droysen 29. 10. 1853.

gegenübergestellt werden müsse[94]). Nun war aber die allgemein politische Lage wenigstens darin unverändert, daß die deutsche Einigung nach wie vor nur gegen den Willen der konservativen Partei durchgesetzt werden konnte. Wenn also ein Blatt gegründet werden sollte, das auf diese Einigung hinarbeitete, dann war es gezwungen, sich von vornherein auf eine Basis zu stellen, die durch mannigfache ideelle und materielle Verwurzelungen zu einer festen tragkräftigen Einheit zusammengewachsen war. Und diese Einheit war im Proletariate wie in den bodenständig gewachsenen Schichten des kleinen Mannes damals wenigstens nicht vorhanden. So blieb es denn bei einer Wochenschrift, die dem Großbürgertum gewidmet war. Das war der auch nach außen hin zur Geltung gebrachte endgültige Verzicht, den Nationalverein zu einer stürmischen Volksbewegung zu machen. Dergleichen wenig disziplinierte Bewegungen brauchten damals keine Zeitungen, hatten nicht Zeit, nicht Geruhsamkeit genug, sich ein Organ zu schaffen, das sich an ein sattgewordenes Bürgertum wandte. Ohne Zweifel ist zunächst in weiten Kreisen, auch unter den führenden Männern die Vorstellung lebendig gewesen, man könne in Deutschland ebenfalls solche Scharen auf die Beine bringen, wie das in Italien und England der Fall gewesen war, und beim Herannahen der savoyischen Frage, die für einige Zeit die Lage des vorigen Sommers wiederherzustellen schien, hat sich auch mancher wieder in den alten Hoffnungen gewiegt. Von jetzt an sind aber Ansichten dieser Art nur in den Köpfen einiger weniger ernsthaft aufgetaucht, die der preußische Konflikt immer weiter nach links gleiten und auf die Revolution zutreiben ließ.

So hielt man denn, seit der Nationalverein gegründet war, zum zweiten Male vor einem Wendepunkt. Vor drei Monaten hatte es sich darum gehandelt, wie die Organisationsvorschläge der Württemberger nutzbar zu machen seien: man hatte sich für einen festen Verein und für eine straffe Organisation entschieden. Jetzt stand hier die Frage zur Diskussion, aus welchen Schichten sich der Verein wesentlich rekrutieren solle, und mit allen gegen zwei Stimmen bekannte man sich zu der Parole: Bildung und Besitz[95]).

---

94) Ebd. Nr. 671. S 174 f.

95) Vgl. Anhang Nr. 40—43, Seite 160—62.

Rochau und Wehrenpfennig wurden als Leiter des Blattes bestimmt. Sie legten dem Ausschusse ein Programm vor[96]), an das die Wochenschrift politisch gebunden sein sollte und das Preußen für den Fall der Gefahr die militärische Diktatur in die Hand gab. Im einzelnen war die Redaktion aber nicht festgelegt und keinesfalls etwa ausdrücklich verpflichtet, die von Ausschuß und Vorstand getriebene Politik mitzumachen[97]). Vielmehr zeigte man sich durchaus damit einverstanden, daß auch dem etwa im Verein lautwerdenden Widerspruch Ausdruck zu geben sei. Jedoch sollten alle doktrinären Erörterungen der endlichen Verfassung Deutschlands vermieden und vornehmlich darauf geachtet werden, daß Preußen gegenüber der Charakter voller Selbständigkeit gewahrt blieb. Das war gewiß keine leichte Aufgabe. Wie wollte man Preußens Bannerträger sein und doch zur Opposition gehören? Wieder ergab sich hier die Schwierigkeit, Preußen vorwärtsdrängen, gleichzeitig aber an der Popularisierung des Gedankens von der notwendigen Führerrolle der norddeutschen Macht arbeiten zu müssen. Das man daran einmal scheitern würde, ahnte niemand. Noch waren alle diese Probleme ein unter dichten Schleiern brodelndes Chaos, noch konnte man trotz den pessimistischen Briefen, die Lüning aus Preußen schrieb, fest daran glauben, daß der hier eingeschlagene Weg zum Erfolge führen werde. Und wer an dieser ersten Etappe in der Geschichte des Nationalvereins haltmachte und zurückblickte, mußte sich doch des Erreichten freuen. Zum ersten Male war es gelungen, den alten Hader im liberalen Feldlager zu überwinden. Zum ersten Male war man stark genug, die Netze der Parteiorganisation über ganz Deutschland zu spannen. Zum ersten Male waren feste, wenn auch weit entfernte Zielpunkte errichtet. Und das alles wog doch so schwer, war doch so schön und groß, daß die mancherlei Mißerfolge noch verschmerzt werden konnten. Gewiß: Preußens Tatkraft war geringer, als man gedacht. Aber es würde sich doch rühren müssen, entweder gezwungen durch die an-

96) Vgl. Anhang Nr. 44, Seite 162.

97) Das änderte sich erst 1864. Die Generalversammlung dieses Jahres beschloß, die Redaktion auf die vom Ausschusse getriebene Politik zu verpflichten und ihr ein aus mehreren Ausschußmitgliedern gebildetes Ueberwachungskomitee an die Seite zu stellen.

griffsbereite Unruhe seines westlichen Nachbarn oder vorwärtsgepeitscht von den aus dem eignen Lande kommenden Energien. Gewiß war der lodernde Brand entfesselter Volkskräfte, den man anfänglich erhofft, nur ein behaglich wärmendes Kaminfeuer geworden. Aber gerade die Schichten, auf denen der Staat recht eigentlich gebaut war, bekannten sich zu den Gedanken des Nationalvereins. So ging man denn rüstig an die neuen Aufgaben. Vor einem halben Jahre war der Nationalverein Fleisch und Blut geworden: jetzt gab man ihm Schwert und Pflugschar in die Hände.

Anhang

1. Vgl. Seite 17. In dieser jeder altpreußischen Machtpolitik fremden, ja feindlichen (vgl. zum Beispiel die Besprechung der Broschüre „Preußen und die italienische Frage", „Kreuzzeitung" Nr. 54, Berlin, 4. 3. 1859) Stellung verharrten die Konservativen auch noch nach Villafranca. In einem „Tatsachen" überschriebenen Leitartikel bemühte sich die „Kreuzzeitung" am 8. September um den Nachweis, daß Preußen, welches, abgesehen von den Zeiten des großen Friedrich, immer zu Oesterreich gehalten habe, auch in Zukunft um seiner eigensten Lebensinteressen willen nicht von ihm lassen werde.

2. Vgl. Seite 20. So hieß es in der „Kölnischen Zeitung" Nr. 50, 19. 2. 1859, Leitartikel „Oesterreich und Italien": „... Kein Blatt in Deutschland hat sich des bedrohten Oesterreich von Anfang an Tag für Tag mit größerem Eifer angenommen, hat mit größerem Nachdruck (ja nach manchen Anzeichen dürfen wir beinahe berechtigt sein, zu sagen, mit größerer Wirkung) die ganze deutsche Nation für den Fall, daß sich eine rote Hose jenseits der Alpen zeigt, unter die Waffen gerufen für Oesterreichs gutes Recht in Italien, als die ‚Kölnische Zeitung'. ... In Wien selbst erkannte man unsere Bemühungen aufs dankbarste an. Jeder Artikel, den die ‚Kölnische Zeitung' über die große Frage des Tages brachte, wurde von amtlichen und nichtamtlichen Blättern angeführt und ausgezogen oder abgedruckt. Man betrachtet dort die ‚Kölnische Zeitung' als Oesterreichs eifrigsten Bundesgenossen in der Presse." Aeußerungen solcher Art finden sich in diesen Wochen in allen liberalen Zeitungen. Ebenso sind Berichte über Volksversammlungen, die sich für Oesterreich einsetzten, oder Einsendungen aus

Leserkreisen, in denen für Oesterreich Stimmung gemacht wurde, nicht selten.

3. Vgl. Seite 23. Karlchen Mießnick, der damals schon seit einigen Jahren in der Quinta Coetus B Heimatsrechte ersessen hatte und sich gelegentlich im „Kladderadatsch" als Leitartikler über die politische Situation hören ließ, mißbilligte diese negative Art der Stellungnahme ganz entschieden: „... Deutschland spaltet sich gegenwärtig in verschiedene Parteien", schrieb er in diesen Wochen, „zunächst in solche, welche Nationalbewußtsein, und in solche, welche Nationalanleihe haben. Dann gibt es aber auch viele, welche leider beides nicht besitzen. Diese nennt man neutral oder abwarten." „Kladderadatsch" Jahrg. 12, Nr. 26, Berlin, 5. 6. 1859, Seite 102.

4. Vgl. Seite 26. Eine zeitgenössische Zusammenfassung über die Haltung der öffentlichen Meinung Deutschlands während des italienischen Krieges findet sich in der „Kreuzzeitung" Nr. 233, Berlin, 6. 10. 1859, Leitartikel „Die neugothaische Agitation": „Betrachteten bis zum März dieses Jahres", hieß es da, „alle Parteien einmütig die Mitverteidigung Oesterreichs gegen einen frechen Angriff auf sein gutes Recht als selbstverständlich, so hatte das Nationalitätsprogramm des korsischen Franzosenkaisers in Verbindung mit den Freiheits- und Reformverheißungen, die von der Seine dem Schmerzensschrei Italiens entgegentönten, in Deutschland empfängliche Gemüter so vollständig verblendet, daß die Freunde der ... italienischen Revolution noch vor Ende April Oesterreichs notgedrungene Initiative zur Abwehr der ihm drohenden Gefahr schon als Rechtsbruch verschrieen und als Stützpunkt zur Abschreckung von jeder bundesfreundlichen Hilfeleistung benutzen durften."

5. Vgl. Seite 28. Crämer, Knorr, Vecchioni, München, 2. 2. 1859, an Hölder: „Ew. Hochwohlgeboren! Es ist Gefahr, daß unser Vaterland von einem auswärtigen Kriege überrascht wird. Nur eine einheitliche und kräftige Haltung der Nation kann uns vielleicht schon vor dieser Gefahr, für den Kriegsfall aber vor der Not einer schmachvollen Rheinbundszeit bewahren.

Bisher hat diesen einmütigen Geist nur die Presse kundgegeben; es ertöne nun auch die Stimme des Volkes selber — in Volksversammlungen, die in ganz Deutschland angeordnet werden sollten.

Diese loyalen Versammlungen sollen den Fürsten ein Manifest des Volkes sein, daß sie sich in einem deutschen Nationalkriege nicht nur auf ihre Völker verlassen dürfen, sondern auch verlassen sollen, den Drohungen von auswärts jedoch soll durch eine imposante Nationaldemonstration ein schützender Damm entgegengesetzt werden.

Die Aufgabe der vorgeschlagenen Versammlungen wäre allenfalls die Erlassung einer loyalen patriotischen Adresse an die betreffenden Fürsten und die Bildung von Vaterlandsvereinen, wenigstens Ausschüssen hierfür. Wir fordern Sie hiermit auf, die Maßregeln zu derartigen Versammlungen gemeinsam mit uns vorzubereiten, damit gegen eine ernste Bedrohung von außen Schlag auf Schlag das einheitliche Bewußtsein Deutschlands sich kundgebe und die Nation mit voller Kraft gerüstet dastehe. Denn nimmermehr darf sie ihre Sache, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will, nur den Händen der Diplomaten überlassen, welche das Vertrauen des Volkes nicht haben können." ... Nachlaß Hölder, Landesbibliothek Stuttgart, Fasc. IV, 1.

6. Vgl. Seite 30. Beim Erscheinen der Schrift Gustav Dietzels „Die Bildung einer nationalen Partei in Deutschland, eine Notwendigkeit in der jetzigen Krisis Europas", urteilte die „Neue Oderzeitung", die zur entschiedensten Opposition gehörte, der Vorschlag Dietzels sei „ein Einfall utopistischer Kannegießerei" („Neue Oderzeitung" Nr. 363, 7. 8. 1855. Dietzels Schrift erschien Anfang August 1855 bei Scheube, Gotha), und ebenso war auch die Haltung anderer liberaler Zeitungen eine durchaus ablehnende (vgl. z. B. „Elberfelder Zeitung" Nr. 220, 19. 8. 1855). Man empfand zwar, auch in konservativen Kreisen, das „unleugbare Talent" des Verfassers (Bericht Hahns an Westphalen, Berlin, 16. 8. 1855, in: Akt. d. Innenministeriums, Preußen, Abt. 2, Preßsachen, Staatsarchiv), der der neuen Partei mit großem Scharfblick sowohl die Klein- und Mittelstaaten als Operationsbasis wie auch die Anwendung rein gesetzlicher Kampfmittel empfahl und der in knappen Worten die Methoden einer bis dahin in Deutschland unbekannten Kampfweise darlegte; aber man wußte nicht, wie man über die ersten Schwierigkeiten hinwegkommen sollte, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß man genau so, wie zehn Jahre später der preußische Liberalismus,

schon damals heimlich auf außenpolitische Verwicklungen gewartet hat, deren Druck auf die widerstrebenden Regierungen zur Erledigung der nationalen und freiheitlichen Ziele genutzt werden sollte. Sehr bezeichnend für die intensive Wirkung dieser so umstrittenen Schrift sind die Zitate, die Lorenz Nagel fünf Jahre später in der Wochenschrift des Nationalvereins brächte. In seinem Aufsatze „Der Nationalverein, seine Aufgaben und Erfolge" führte er unter ausdrücklicher Betonung der von Dietzel gekommenen Anregungen folgende Stellen aus dessen Broschüre an: „Das Auszeichnende der Partei, die uns vorschwebt, sollte sein, daß sie weder konstitutionell noch demokratisch ist, daß sie weder das Prinzip der Teilung der Gewalten, noch (das) des einen und unteilbaren Volkes in ihren Staatsbildungen zu verwirklichen sucht, sondern von den gegebenen Verhältnissen ausgehend und daran anknüpfend und den mit Achtsamkeit erlauschten Verhältnissen Rechnung tragend, ohne Verpflichtung für eine Verfassungsreform dem allgemeinen Ziel der politischen Reinigung Deutschlands zustrebt." Ueber die Aufgaben und Kampfmethoden habe Dietzel geschrieben: „Sie soll nicht bloß mit allen gesetzlichen Mitteln der Vereinigung und der Presse für die Verbreitung einer genaueren Kenntnis der allgemeinen Interessen des deutschen Volkes und ihres Zusammenhanges mit den Interessen des Einzelnen tätig sein, sondern sich insbesondere bemühen, den sündhaften Schlaf zu verscheuchen, in den versunken so viele, nur mit der Verfolgung ihrer Privatvorteile beschäftigt, die Geschichte des Vaterlandes gleichgültig an sich vorübergehen lassen . . Der Anfang ist unstreitig mit unterzeichneten gemeinsamen Erklärungen zu machen. Die Unterzeichnung erscheint uns sehr wichtig, denn sie erfordert wohl in den meisten Staaten einen gewissen Grad von Mut . . . Der Gedanke der nationalen Partei ist ein solcher, daß er, in der richtigen Form ausgesprochen, den Regierungen widerwärtig ist, ohne ihnen strafrechtliche Untersuchungen möglich zu machen."

7. Vgl. Seite 39. Biographische Notizen über Fries bei Arno Neumann, „Die Mitarbeit der Thüringer am deutschen Nationalverein", Jahresbericht der Städt. Oberrealschule Jena 1912, Seite 7. Dazu auch das Urteil Dresdener Polizeiinstanzen über Fries: Dresdener Polizeiwochenbericht vom 4. 11. 1859: ... „Im Großherzogtum

Weimar ist der Führer der Bewegung der Advokat Fries in Weimar, zugleich das Haupt der Opposition auf dem Landtage und Vorsitzender des Gemeinderates der Stadt Weimar. Derselbe ist entschiedener Republikaner, geschickter Advokat, sehr klug und praktisch in seinem Auftreten. Er achtet den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, um offen die republikanische Fahne zu entfalten, macht aber kein Hehl daraus, daß er diesem Ziele zusteuere. Er stand an der Spitze der diesjährigen Eisenacher Versammlungen, empfindet nichts weniger als Sympathie für die preußische Hegemonie; für letztere wirkt er zur Zeit, weil sie zur Verminderung der Souveränitäten führen müsse und weil man, wie er sagt, „mit einem Throne zuletzt doch leichter fertig werde als mit den 36, die noch alle fortmüssen." Akt. d. Pol.-Präs. Berlin, Geh. Präs. Reg. Deutscher Nationalverein, Staatsarchiv.

8. Vgl. Seite 45. Dabei ist es interessant, zu sehen, mit welchen Motiven Streit auf dieser Propagandareise gearbeitet hat. Man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß bei den Gründen, die Streit in dem nachfolgenden Brief an den Württemberger Tafel für den Anschluß an die Eisenacher Erklärung geltend macht, nicht nur taktische Gesichtspunkte mitgesprochen haben, sondern daß sie vielmehr auch für die Stellung, die Streit selbst zu dem Gedanken der neuen Nationalpartei einnahm, wenigstens teilweise charakteristisch sind.

Streit an Tafel, Gotha, 28. 7. 1859: „Verehrter Freund! Meine Rundreise ist beendet, und ich hoffe, daß inzwischen Ihnen und Ihrem Kollegen Hölder es gelungen sein wird, in dem besprochenen Sinne die Sache für Württemberg zu betreiben und Herrn Professor Reyscher zu bestimmen, an dem Komitee sich zu beteiligen. Ob es aber nicht zweckmäßig sein würde, wenn ein paar Männer, die beiden Parteirichtungen vertretend, für Württemberg zum Komitee traten, also namentlich Sie und Reyscher, bitte ich zu erwägen. Da das Komitee sich wahrscheinlich zu einer öffentlichen Einladung für die größere Versammlung neben den Privateinladungen zu entschließen haben wird, so würde schon aus der Zusammensetzung desselben ... hervorgehen, daß die verschiedenen Parteien ebenso wie die bestimmenden gesellschaftlichen Schichten in dem Komitee vertreten sind und daß es gleichsam den Keim

der zu erstrebenden großartigen Einigung der Nation in sich birgt. Gelänge es, was freilich kaum möglich scheint, einen hochgestellten Militär mit einem Namen von gutem deutschem Klang für das Komitee mit zu gewinnen, so würde dies von großer Bedeutung sein.

Die Idee des Kompromisses aller deutschgesinnten Parteien zur Erstrebung des allen gemeinsamen nächstliegenden Zieles der nationalen Einheit findet, wie zu erwarten, aller Orten und bei den edlen Naturen aller Parteien den lebhaftesten Anklang. Davon habe ich mich auch, als ich hierher nach Gotha kam, sofort überzeugt, ebenso wie hier und anderwärts, welchen Einfluß und welche achtunggebietende Stellung die demokratische Partei durch ihre Haltung sich in kurzem, trotz vereinzelter frivoler Spöttereien gegen Fries als „Neugothaer" sich errungen hat. Man sagt sich denn doch allerwärts, daß der von der Eisenacher Versammlung eingeschlagene und weiter beabsichtigte Weg, wie die Dinge einmal liegen, für alle Patrioten ohne Unterschied der Partei, der einzig mögliche ist, und daß man außerdem nur die Wahl haben könnte, die Hände in den Schoß gelegt, ruhig und mit geschlossenen Augen das hereinbrechende Verhängnis (mit dem fatalistischen Glauben an eine kommende Revolution, zu der alle Macht fehlt und die, wenn sie endlich kommen würde, zu spät, d. h. wenn das Nationalunglück fait accompli ist, kommen würde), tatlos abzuwarten oder durch nutzlose, leicht überwältigte revolutionäre Zuckungen statt einigend, zersetzend auf die verschiedenen Elemente der Nation zu wirken, der dynastischen Reaktion also in die Hände zu arbeiten und damit ein fluchwürdiges Verbrechen am Vaterlande zu begehen. Die Männer von Eisenach haben, von dieser Auffassung ausgehend, sich rasch geeinigt, ihre Zusammenkunft war keine nutzlose Redeübung, es war eine Tat, die, so Gott will, auch ihre Wirkungen nicht verfehlen wird, und sie verdiente nicht die frivolen, absprechenden Urteile, die hier und da aus den Reihen der Demokratie gegen sie sich geltend zu machen suchen. Es ist wahrlich weit leichter, gegen nur todsprühende Batterien anstürmen oder auf der Barrikade zu kämpfen, als nach langen Jahren voll Kummer, Sorgen, Kämpfen und Opfern aller Art für seine Ueberzeugung, auch noch der Verkennung der eigenen Freunde und Gesinnungsgenossen sich aussetzen, gleichsam seinen guten Ruf und Namen auf das Spiel setzen, weil man der sicheren Pflicht des Patriotismus folgend, kurz

und mannhaft, zu einem Akt sich entschließt, der von der gang und geben Auffassung der eignen Partei abweicht und gegen vielfache Vorurteile verstößt. Aber noch zu allen Zeiten hat der über den eng eingezwängten Parteistandpunkt sich erhebende Patriotismus am mächtigsten in die Entwicklungsgeschichte der Völker eingegriffen. Die deutsche Demokratie ist berufen und verpflichtet, sie ist es sich und dem Vaterlande schuldig, der Nation und allen Parteien in derselben mit gutem Beispiele voranzugehen und so sich eine achtung-, allen ihren Feinden und Gegnern Schweigen gebietende und sich Einfluß sichernde Stellung, mitten aus ihrer bisherigen Zerrissenheit und Niedergedrücktheit heraus mit einem raschen, kühnen Entschluß zu erringen. Das ist die Auffassung, die mich bei dem Anschluß an das Eisenacher Programm und bei meinem jetzigen Streben und Wirken für ein Kompromiß der Parteien geleitet hat. Und ich hoffe, der Erfolg rechtfertigt uns alle, die wir in diesem Sinne wirken. Erkennt Preußen, daß es so weit verbreitete Sympathien in einem großen Teile Deutschlands und eine noch immer, gerade in den einflußreichsten Schichten zahlreiche Partei für sich hat, seine Aufgabe, gut! Wenn nicht, so st die Heilung aller ihm Vertrauenden um so gründlicher, und die demokratische Partei hat sich durch ihre patriotische Haltung eine so einflußreiche Stellung gegenüber allen übrigen Parteien, denen sie mit gutem Beispiele vorangegangen ist, errungen, wie (sie) solche bisher nie gehabt und von der aus sie, klug und tätig weiter wirkend, den bestimmenden Einfluß auf den Lauf der Dinge erhalten muß!

Ich habe mir die Idee des Beobachters, ein Deutschland aus den Mittel- und Kleinstaaten neben Oesterreich und Preußen auf der Reise noch genauer überlegt und bin vollkommen überzeugt, daß diese Idee der treueste, wenn auch ungewollte Ausdruck des Partikularismus ist und ein wahres Nationalunglück wäre. Dieses mitteldeutsche Reich, zu ohnmächtig gegen außen wie gegen die beiden anderen sogenannten deutschen Großmächte, würde ein ewiger Tummelplatz für deren Intrigen und für die des Auslandes sein, dessen Verbindung bald mit dem einen, bald mit dem anderen dieser Mächte es nie verhüten, auf deren Diplomatie es nie wirksamen Einfluß üben könnte. Es würde bald Rheinbund, bald Donaubund, bald Spreebund, aber nie Deutschland sein! Und was wäre es doch in der Tat für eine Herabsetzung unseres, bei einigem Mut, Aus-

dauer und Klugheit keineswegs unerreichbaren Ideals eines großen, einigen Gesamtdeutschlands, wenn neben Oesterreich und Preußen die Großmächte Bayern und Württemberg und Hannover nebst den übrigen ganzen Staaten unter sich das deutsche Reich aufstellen sollten? Und meint man wohl, daß die mit ihren ... kleinlichen Eifersüchteleien es fertig brächten? Oder sollen diese Mittel- und Kleinstaaten etwa unter sich einen sich selbst lähmenden Staatenbund oder meinetwegen auch Bundesstaat aufrichten? Das würde eine schöne Misere werden. Jedenfalls gute Nacht dann für Deutschland. Nein, diese Idee kann nur in einer Stunde der Verzweiflung und des Selbstaufgebens von der sonst so patriotischen Redaktion des „Beobachters" geboren worden sein. Auf richtiger Beobachtung beruht sie nicht ... Was die letztere (preußische Regierung) betrifft, so scheint praktisch die Sache so schwer doch nicht zu sein für ein wirksames Vorgehen Preußens. Preußen müßte nächst der Veröffentlichung seines Blaubuches und der Wiederherstellung der Steingesetzgebung und namentlich auch seiner und Scharnhorsts Ideen im Heer und in der Verwaltung, beim Bundestag aber mit dem Antrag auf Bundesreform unter Zugrundelegung der Reichsverfassung von 1849 vorgehen. Fällt es, wie zu erwarten, damit beim Bunde ab, so erklärt es seinen Austritt aus dem Bunde und motiviert denselben mit seinen und Deutschlands, mit den seinigen identischen Interessen; gleichzeitig fordert es unter Hinweis darauf, in einem an Deutschlands Fürsten und Völker gerichteten Manifest, in dem es sich als Teil des Reiches konstituiert, auf, mit ihm das deutsche Reich zu konstituieren, wobei es den einzelnen Staaten ihre territoriale und provinziale Selbständigkeit und Selbstregierung im Innern garantieren kann und beruft sofort ein Reichsparlament ein. Schließen sich ihm vorerst auch nur wenige an, denn der Anschluß muß ein freiwilliger sein, so würde doch der einmal gebildete Kristallisationspunkt des Reiches so mächtig anziehend auf die übrigen deutschen Völkerstämme wirken, daß die dynastische Opposition bald isoliert sein würde. Und vor allem mächtig würde dieser Vorgang auf das Volk Deutsch-Oesterreichs wirken, dem der Beitritt natürlich wie jedem deutschen Volksstamm offengehalten bleiben und dem man begreiflich machen müßte, daß man wohl das Volk Deutsch-Oesterreichs, aber nicht das System, unter dessen Druck es schmachtet, in Deutschland

aufnehmen wolle; würde Preußen in dem angedeuteten Sinne vorgehen, so würden die geheimen Bestimmungen des Friedens von Villafranca wohl illusorisch für Oesterreich und Frankreich bleiben. Denn eine Einmischung des Auslandes würde die Entwicklung nur zeitigen, und welche Diversion könnte das Reich dann gegen Louis Napoleon in Italien machen. Wie könnte es durch eine gewitzte und kluge auswärtige Politik die Sympathien der Italiener für sich ... gewinnen und damit zugleich dem Papsttum die gefährlichste Wunde schlagen!

Aber leider werden die Umstände wohl ganz anders zwingend auf Preußens Regierung wirken müssen, um sie zu dem zu treiben, was die gesunde Vernunft ihr von selbst eingeben sollte." ... Nachlaß Hölder, Landesbibliothek Stuttgart.

9. Vgl. Seite 48. Streit an Hölder, Koburg, 18. 8. 1859. ...„Inzwischen hat die zweite Eisenacher Versammlung stattgefunden; es ist dieselbe von Männern der demokratischen und konstitutionellen Partei besucht worden, man hat meinen Antrag auf Gründung einer alle liberalen Richtungen umfassenden Nationalpartei einstimmig angenommen und hat ein aus dem ersten Eisenacher und Hannöverschen Programm zusammengesetztes gemeinsames Programm aufgestellt ...

Als Grundlage für diese Verständigung hat Kollege Metz von Darmstadt die weiter hier angeführten Motive zum Eisenacher Programm vorgeschlagen, die als Motive natürlich nicht zum Beschluß erhoben worden sind, die aber alle Anwesenden im wesentlichen gebilligt und fast alle überdies auch unterzeichnet haben, da niemandem ein wesentliches Bedenken beiging und Metz versicherte, daß diese Erläuterung unsere Verständigung mit dem Süden erleichtern könne und werde. Auch die wenigen, welche diese Motive nicht unterzeichneten, haben dies nur aus formellen Anständen nicht getan...." Nachlaß Hölder.

10. Vgl. Seite 52. Eine sehr tapfere Erklärung kam aus Stuttgart selbst. Pfarrer Zahn schrieb an Hölder (Stuttgart, 11. 12. 1859): „Herrn Dr. Hölder erlaube ich mir über meine Stellung zu der vorliegenden Frage: wie man sich zu der nationalen Partei verhalten wolle? noch einiges mitzuteilen, obwohl ich Ihnen kürzlich münd-

lich gesagt habe, daß ich mich einfach zum Eisenacher Programm bekenne. Ich tue dies, weil ich der Ansicht bin: 1. Das Bedürfnis, sich an einen größeren Staat anzuschließen, sei nicht sowohl in Preußen, sondern vielmehr in den kleinen Staaten vorhanden, und wir haben keineswegs eine Konzession an Preußen zu machen, wenn wir seine Hegemonie erstreben, sondern tun damit nichts anderes, als was für uns selbst dringendes Bedürfnis ist. 2. Dem Bedürfnis einer starken Zentralgewalt könne von Oesterreich nicht entsprochen werden, weil dasselbe eine offenbare staatliche Mißbildung ist, durchaus ungeeignet, die Spitze der deutschen Nation zu repräsentieren, weil es ferner undenkbar ist, daß es die Obergewalt behaupte ohne bedeutende Schwächung Preußens, letzteres aber eine Voraussetzung enthält, die in direktestem Widerspruch mit dem Hauptzweck — Stärkung Deutschlands — steht. 3. Daß somit nur auf den Gedanken eines engeren Bundes unter Preußens Leitung etwas zu bauen und auf letztere hinzuarbeiten ist, ohne daß es nötig wäre, das bestehende Band mit Oesterreich zu lösen, mit welchem immerhin der engere Bund in gleichem Verhältnis bleiben könnte, in welchem jetzt die Staaten Deutschlands zueinander stehen. 4. Daß mit einem engeren Bündnis alle Reformbestrebungen in einheitlicher und freiheitlicher Richtung sich vollkommen vereinigen lassen. 5. Daß ein freierer und nationalerer Geist, der bei Preußen—nämlich bei dessen Regierung—bis dahin vermißt wird, demselben mit der Hegemonie aufgedrungen werden würde.

Daß es mir bei dieser Ansicht der Dinge nicht möglich ist, gegen den patriotischen Verein ebenfalls spröde zu tun, wird Ihnen einleuchten; ich bleibe daher zurück, weil ich zu meinem Bedauern wohl weiß, daß ich mit meiner Ansicht bei uns ziemlich isoliert stehe. Uebrigens doch nicht ganz! Ein Freund, dem eine Einladung nach Göppingen ebenfalls zugekommen ist, fragte mich, ob ich hingehe? und fügte bei, es wundere ihn, daß man nicht lieber die königlichen Diener nach Göppingen einlade, die würden am sichersten zu allen gegenpreußischen Beschlüssen ja sagen! Dies ist natürlich nur Scherz, aber wahr scheint mir doch, daß die Demokratie aus dem Unwillen der Höfe gegen die nationale Partei am besten entnehmen könnte, daß sie selbst mit ihrer Stellung gegen diese Partei nicht auf dem rechten Wege sich befindet.“ Das Schreiben

ist veranlaßt durch eine an den Verfasser gerichtete Einladung zur Beteiligung an der Göppinger Versammlung. Nachlaß Hölder, Fasc. IV, 1.

11. Vgl. Seite 53. Die „Spenersche Zeitung" meinte: „Wir würden anfangen müssen, sehr besorgt zu werden für den Erfolg dieser patriotischen Bewegung, wenn man diese Agitation vornehmlich nach Berlin verlagern wollte und hier in der preußischen Hauptstadt, überhaupt in preußischen Städten deutsche Einheitsdemonstrationen machen oder gar der Regierung eine Erklärung abringen wollte. Hier in Preußen können wir gar nichts dadurch gewinnen, wohl aber würden wir anderwärts viel dadurch verlieren. Will der Gothaismus nicht abermals sein Spiel verlieren, dann lasse er vor allem die preußische Regierung, am besten auch die Agitation innerhalb Preußens heraus und beschränke sich vornehmlich darauf, auf den öffentlichen Geist der übrigen deutschen Staaten zu wirken. . . ." Abdruck in der „Kreuzzeitung" Nr. 212, Berlin, 11. 9. 1859.

12. Vgl. Seite 55. Auch Planck urteilte später in diesem Sinne. „Trotz dieser nicht sehr ermutigenden Aussichten ging die Bewegung weiter." („Der Nationalverein, seine Entstehung usw" S. 32). Die Aeußerungen liberaler Zeitungen waren allerdings zwei Oktaven höher gestimmt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" meinte: „Unter solchen Umständen (nämlich den sich der Durchführung des nationalen Reformprogrammes zur Zeit in den Weg stellenden innerdeutschen Schwierigkeiten, Bundesgesetzgebung, Widerstand Oesterreichs usw.) ist es ein Glück für Deutschland, daß Preußen sich nicht Hals über Kopf in die nationale Bewegung hineinwirft, sondern der Situation Zeit läßt, sich abzuklären. Folgte es dem Drange seines Herzens allein, so wäre der Bruderkrieg in Deutschland unvermeidlich." „Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 186, Berliner Brief. Die „Volkszeitung" erklärte sogar (nach der Darstellung in der „Kreuzzeitung" Nr. 236, Berlin, 9. 10. 1859, „Die Neugothaische Agitation IV."), mit der Stettiner Adresse sei nur ein vorläufiges Programm aufgestellt, das in seinen Grundgedanken mit den kühnsten Volkswünschen im Einklang stände. Die „Kölnische Zeitung" berichtete über die von Schwerin geäußerten Bedenken: „Diese Antwort gibt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gott

gebührt." Preußen könne vorläufig nicht mehr tun als das, was amtlich erklärt worden sei. „Kölnische Zeitung" Nr. 256, 15. 9. 1859. Im gleichen Sinne äußerten sich auch andere Blätter.

13. Vgl. Seite 60. Die Württemberger hatten sich auf eine, später allerdings nicht veröffentlichte Erklärung geeinigt, die ihr Verhalten zur Eisenacher Erklärung bestimmte. Diese Erklärung wurde am 5. September in einer von etwa 30 hervorragenden Mitgliedern der beiden liberalen Parteien Württembergs besuchten Versammlung beschlossen. Unter den Teilnehmern an dieser Versammlung wurden genannt: Hölder, Murschel, Tafel, Elben, Schott, Probst, Rönne, Moriz Mohl, Fetzer, Reuchlin, Ammermüller u. a. m. Die Erklärung lautete: „Wir Endesunterzeichneten sind mit dem Vorschlage, durch Bildung einer nationalen Fortschrittspartei auf eine kräftige Einigung von Deutschland hinzuwirken, vollkommen einverstanden und betrachten es als einen großen Gewinn, daß seit langer Zeit zum ersten Male wieder gleichgesinnte Männer aus allen Gauen Deutschlands zu gemeinschaftlicher Verfolgung dieses Zieles zusammentreten.

Indem wir im Folgenden, anknüpfend an die Eisenacher Erklärung vom 14. 8. d. J., unsere politischen Anschauungen der darin angeregten Fragen aussprechen, hoffen wir, daß dieselben mit den Grundgedanken jener Erklärung keineswegs im Widerspruche stehen, solche vielmehr ergänzen werden, eine Ergänzung, welche wir übrigens zur Vermeidung von Mißdeutungen für geboten erachteten.

Wir beginnen mit dem in Ziffer 3 ausgesprochenen wichtigsten Satze der Eisenacher Erklärung, daß die Ersetzung des deutschen Bundestages durch eine feste, starke und bleibende Zentralregierung Deutschlands und die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung zur Beseitigung der Deutschland drohenden Gefahren notwendig sei. Dieser Satz entspricht unserer eignen innersten Ueberzeugung. Wir sind im Gegensatz zu anderen Richtungen insbesondere auch der Ansicht, daß es nicht gestattet ist, in Erwartung möglicher, künftiger Ereignisse, von welchen eine gänzliche Umgestaltung der deutschen Verhältnisse zu hoffen sei, sich in der Gegenwart politischer Untätigkeit zu ergeben. Vielmehr sollen wir nach Maßgabe der vorhandenen Mittel jederzeit für die Erreichung jener obersten Zielpunkte deutscher Einheitsbestrebungen tätig sein

und nicht an der Möglichkeit verzweifeln, trotz der ungünstigen staatlichen Gestaltung Deutschlands im Wege der Reform eine einheitliche Gesamtverfassung herbeizuführen.

Eine solche Reform hat nun freilich die entsprechende Beschränkung der Einzelstaaten zu ihrer Voraussetzung. Es wird daher eine der hauptsächlichsten Aufgaben der nationalen Partei sein, von den einzelnen Regierungen die Bereitwilligkeit zu dieser nationalen Beschränkung ihrer bisherigen Regierungsrechte zugunsten einer Bundeszentralregierung und ebenso von den einzelnen Volksvertretungen die Bereitwilligkeit zur Abtretung eines Teils ihrer Befugnisse an eine deutsche Nationalversammlung zu verlangen. Anderseits ist anzuerkennen, daß bei Bildung der deutschen Zentralregierung und Nationalvertretung den einzelnen Staaten und Volksstämmen je nach ihrer Bedeutung eine gebührende Stellung zu berücksichtigen ist, wonach sich für die nationale Partei die weitere Aufgabe ergibt, durch eine sachgemäße Erörterung jene Fragen näher zu bestimmen und hierdurch deren Durchführung vorzubereiten.

Die Eisenacher Erklärung hat sich nun über die Art, wie die künftige Zentralregierung Deutschlands zu bilden sei, nicht geäußert, und es wäre auch Ort und Zeit zu einem Ausspruch hierüber nicht geeignet gewesen. Gleichwohl können wir nicht umhin, zur Vermeidung von allen Mißverständnissen uns in einer Richtung jetzt schon näher zu erklären. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die beiden deutschen Großstaaten, wenn überhaupt, sich ganz gewiß nur dann an einer Reform der deutschen Verfassung beteiligen werden, wenn bei Bildung der Zentralregierung ihrer bisherigen Machtstellung Rechnung getragen wird, daß insbesondere Oesterreich jede Mitwirkung hierzu verweigern wird, wenn die künftige Zentralgewalt entweder ausschließlich auf Preußen übertragen oder diesem Staate innerhalb der Zentralgewalt eine Oesterreich überragende Stellung angewiesen werden wollte. Derartigen Vorschlägen nun, durch welche Oesterreich zum Voraus aus dem deutschen Staatenverbande verdrängt würde, vermöchten wir aus Gründen des Rechtes und der Politik nicht beizustimmen.

Wir halten es vielmehr für geboten, die Reformvorschläge in einer Weise zu bemessen, welche Oesterreich die Teilnahme an dem deutschen Staatsverbande auch für die Zukunft möglich macht.

Hierbei gehen wir aber allerdings von der wesentlichen Voraussetzung aus, daß Oesterreich seinerseits nicht nur die Hand zu einer entsprechenden Reform der deutschen Verfassung, insbesondere zur Herstellung einer kräftigen Zentralgewalt und einer deutschen Nationalvertretung bietet, sondern auch in seinem Inneren die Bahn des politischen Fortschritts ernstlich betritt und seinen Völkern konstitutionelle Staatseinrichtungen gewährt, ohne welche ein engerer Bundesverband der österreichisch-deutschen Länder mit dem übrigen Deutschland eine politische Wendung wäre.

Wir nehmen daher keinen Anstand, offen zu erklären, daß, wenn Oesterreich die Erfüllung dieser notwendigen Forderungen beharrlich ablehnen, für die übrigen Teile von Deutschland dagegen die Möglichkeit einer Umgestaltung der deutschen Verfassung in dem eben bezeichneten Sinne sich eröffnen würde, letztere sich durch jene Ablehnung nicht abhalten lassen dürften, ohne Oesterreich für sich allein vorwärts zu gehen. Allein dieser Fall liegt zur Zeit noch nicht vor, und sowenig das bisherige Verhalten der österreichischen Regierung Anhaltspunkte für die Hoffnung gewährt, daß dieselbe jenen Voraussetzungen aufrichtig entsprechen werde, so kann anderseits unmöglich übersehen werden, daß auch die anderen Regierungen des deutschen Volkes in der Bundesreformfrage bis jetzt noch kein Pfand des Vertrauens gegeben haben.

Hierdurch werden wir auf das Verhältnis Preußens zu dieser Frage und auf dessen Erwähnung in der Eisenacher Erklärung hingeführt. Wir sind weit entfernt, die Verdienste der gegenwärtigen preußischen Regierung um die inneren Angelegenheiten zu beanstanden, wir erkennen auch (Ziffer 4 der Erklärung) bereitwillig an, daß Preußen bei der gegenwärtigen Sachlage, solange Oesterreich einer konstitutionellen Verfassung entbehrt, vor allen anderen Staaten den Beruf hat, in der deutschen Verfassungsfrage die Initiative zu ergreifen. Es besteht aber keine Gewähr dafür, daß die preußische Regierung diesem ihrem Beruf entspreche, daß sie nötigenfalls mit Gefahren und Opfern für die nationale Sache in die Schranken treten werde. So unbedenklich wir daher (Ziffer 6) die preußische Regierung, wenn und insoweit sie ihre Tätigkeit auf die Einführung einer starken und freien Zentralgewalt richten sollte, mit allen unseren Kräften unterstützen würden — eine Unterstützung, auf welche jedoch jede andere deutsche Regierung in glei-

chem Falle Anspruch hat —, so bestimmt müssen wir das Maß unseres Vertrauens zu Preußen von seinen künftigen Taten in der genannten Richtung abhängig machen. Endlich haben wir zu bemerken, daß eine erfolgversprechende Einwirkung auf die preußische Regierung, um dieselbe zur Uebernahme der Initiative zu bestimmen, unserer Ansicht nach nur von dem preußischen Volke selbst, nicht aber, oder doch nur in sehr beschränktem Maße, von anderen deutschen Volksstämmen ausgehen kann.

Im Zusammenhange mit dem Verhältnisse Preußens zur deutschen Verfassungsfrage steht die Ziffer 5 der Eisenacher Erklärung, wonach im Falle einer Bedrohung Deutschlands von außen vor definitiver Konstituierung der deutschen Zentralregierung die Leitung der deutschen Militärkräfte und die diplomatische Vertretung Deutschlands auf Preußen übertragen werden sollen. Wir nehmen Anstand, einen solchen Satz, dessen Richtigkeit wir unter gewissen Voraussetzungen nicht in Abrede ziehen, zum voraus, vor Eintritt der maßgebenden Ereignisse auszusprechen. Abgesehen nämlich davon, daß bei Entscheidung dieser Frage die Richtung, von welcher her die äußere Gefahr droht, ganz wesentlich in Betracht kommt, so vermögen wir uns jenem Satze nicht einmal für den Fall eines Angriffes von Westen her unbedingt anzuschließen.

Die Teilnahme Oesterreichs an einem solchen Kampfe ist nämlich, sofern dieser Staat eine bundesgetreue Haltung annimmt, ohne Zweifel schon im allgemeinen deutschen Interesse gelegen. Für Süddeutschland ist dieselbe eine wahre Lebensfrage, weil Preußen seiner strategischen Lage nach den Oberrhein, wenn auch in engster Verbindung mit den süddeutschen Kontingenten, nur schwer zu verteidigen vermag. Wäre nun Oesterreich im voraus von der militärischen und diplomatischen Führung Deutschlands ausgeschlossen, so könnte ihm diese Lage sehr leicht ein Grund sein, sich der Teilnahme am Kriege und der ihm naturgemäß zufallenden Verteidigung des Oberrheins zu entziehen.

Hiermit haben wir unsere Ansichten zu dem hauptsächlichsten Inhalte der Eisenacher Erklärung offen dargelegt, und es bleibt uns nur noch übrig, unsere vollste Uebereinstimmung mit den Ziffern 1 und 2 derselben ausdrücklich auszusprechen, wonach die gegenwärtige politische Weltlage große Gefahren für die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes mit sich führt, diese Gefahren in der fehler-

haften Gesamtverfassung Deutschlands ihren letzten Grund haben und nur durch eine Aenderung dieser Verfassung beseitigt werden können.

Wir nehmen endlich nicht den mindesten Anstand, uns der in Ziffer 7 allen deutschen Vaterlandsfreunden gegenüber ausgesprochenen Erwartung anzuschließen, daß sie die nationale Unabhängigkeit und Einheit höher als die Forderungen einer Partei stellen und für die Erreichung einer kräftigen Verfassung Deutschlands in Eintracht und Ausdauer zusammenwirken werden. Gewiß werden wir uns auch mit den Unterzeichnern der Erklärung im Einklang befinden, wenn wir beifügen, daß die deutschnationale Partei neben jenen großen Zielpunkten diejenigen besonderen Fragen ernstlich ins Auge zu fassen und durch gemeinsames Wirken zu fördern haben wird, bei welchen es sich entweder um Herstellung der angestrebten Einheit deutscher Staatseinrichtungen im einzelnen (Zoll-, Münzeinigung, gleiches Handelsrecht u. s. f.) oder um Bekämpfung der aus der gegenwärtigen Bundesverfassung fließenden Gefahren für die innere und äußere Entwicklung unseres staatlichen Lebens handelt.

Wir enthalten uns einer eingehenden Aufzählung des reichhaltigen Stoffs, welcher sich in dieser letzteren Beziehung für die Tätigkeit der nationalen Partei darbietet. Es wird genügen, an Schleswig-Holstein und Kurhessen, an die mannigfachen, unter dem Schutze des Bundestages vorgenommenen Oktroyierungen in anderen deutschen Staaten, an die Bundespreß- und Vereinsgesetzgebung, an die in Anspruch genommene Verantwortlichkeit der Minister in Bundesangelegenheiten zu erinnern, um zu zeigen, in wie vielen einzelnen, unmittelbar praktischen Fragen ein ebenso kräftiges als einträchtiges Zusammenwirken nationalgesinnter Männer notwendig ist und wie vielfache Gelegenheit jeder deutschen Regierung geboten ist, auch im einzelnen ihre nationale und freisinnige Gesinnung, wenn sie von einer solchen wirklich beseelt ist, zu betätigen." Nachlaß Hölder, Fasc. IV, 1.

14. Vgl. Seite 61. Sigismund Müller an Hölder, Frankfurt, 11. 10. 1859: „Geehrtester Herr Kollege! Ihr Geehrtes vom 4. d. M. nebst Anlage habe ich am 7. erhalten und bei der Wichtigkeit der Sache den Ausschuß sofort zu einer persönlichen Zusammenkunft auf nächsten Sonntag eingeladen, um ihn zu einer eingehenden Ant-

wort auf die Zuschrift vom 27. 9. zu veranlassen. Ohne dem Ausschuß irgend vorgreifen zu wollen, scheint es mir, verehrter Herr, wenigstens nach meiner persönlichen Auffassung, daß eine Verständigung und ein Zusammenwirken zwischen Ihnen und dem Verein nicht nur möglich, sondern sogar leicht sein wird. Sie verwerfen das Eisenacher Programm oder Deutschland unter Preußens Führung mit Ausschluß Oesterreichs. Nun, das Vereinsstatut enthält davon nichts, und über das Eisenacher Programm ist in der Frankfurter Versammlung nicht abgestimmt, es ist dasselbe nicht verworfen und nicht angenommen worden; es ist darüber jedem seine Ansicht freigelassen worden, während die Metzsche Erläuterung zu dem Eisenacher Programm, dann der von Metz und Konsorten in Frankfurt beantragte Aufruf an das Volk, die Anträge von Reyscher und anderen beweisen, daß niemand daran denkt, Oesterreich auszuschließen, wenn es sich nicht selbst beharrlich unmöglich macht. Ich selbst konnte und kann mich nicht für das Eisenacher Programm begeistern, nicht mit wahrer Lust und Liebe dafür arbeiten; ich war am 14. 8., nachdem einmal die Resolutionen vom 17. 7. in die Welt geschickt waren, zwar nicht dafür, dieselben zu desavouieren, aber dagegen, diese oder ein Programm überhaupt zu erlassen; ich hielt es für besser, eine nationale Partei ohne Thesen über die Einigungsart zu organisieren, die sich zunächst nur damit beschäftige, die ganze Misere der jetzigen Zustände und die Vorteile einer einheitlichen Gestaltung des Vaterlandes in allen Schichten des Volkes klarzumachen und vorbereitend für künftige Ereignisse zu wirken. Ich war und bin überzeugt, daß die jetzigen Fürsten und ihre Regierungen nie von sich aus das verwirklichen werden, was wir erstreben. Ich blieb nicht nur in der Minderheit, sondern solo; man war für Erlassung eines Programms, ähnlich den früheren, und Metz ermöglichte dessen Unterzeichnung durch die bekannte Erläuterung dazu, die von fast allen Unterzeichnern des Programms mit unterzeichnet wurde. Dieses Programm hat jedenfalls das Verdienst, die Masse in Fluß gebracht, das öffentliche Leben, die Bewegung der Geister angeregt zu haben. Es hat, das läßt sich nicht bestreiten, die Bildung einer nationalen Partei angebahnt und die Frankfurter größere Versammlung herbeigeführt. Da nun in dieser, namentlich aus Süddeutschland, mancherlei Bedenken gegen das Eisenacher Programm laut wurden, so wurde mit

Rücksicht darauf und absichtlich das Programm nicht als Grundlage der Vereinstätigkeit aufgestellt. Ich selbst war in der Kommission, welche das Statut entwarf; auf meine Veranlassung blieb ein von einem anderen Kommissionsmitglied vorgeschlagener Satz weg: Mitglied kann jeder werden, der das Eisenacher Programm oder die hannoversche Erklärung unterschrieben habe, und so ward gar keine Bedingung für den Beitritt gestellt, so entstand die ganz allgemeine Fassung des Statuts: „Einigung und freiheitliche Entwicklung des Vaterlandes." Wer diesem Zwecke mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln nachstreben will, der kann Mitglied eines solchen Vereins sein und ist demselben willkommen, wenn auch die Ansichten der einzelnen über den Modus der Einigung, über die Organisationsfrage noch nicht übereinstimmen. Letztere betrachte ich demnach in dem Vereine noch als eine offene; sie wird es um so mehr sein müssen, als ihre mehr oder weniger befriedigende Lösung ja von dem Gang der Ereignisse und wesentlich von dem Verhalten Oesterreichs selbst abhängt. Welcher deutsche Patriot möchte letzteres gerne ausschließen, wer möchte nicht das ganze Deutschland geeinigt sehen. Aber Sie werden selbst zugeben müssen, daß, wenn das Haus Habsburg nicht eine ganz andere innere Politik als die bisherige einschlägt, eine solche Einigung und eine freiheitliche Entwicklung unseres Gesamtvaterlandes schwerlich möglich sein wird, und daß dann wenigstens eine Einigung des übrigen Deutschlands ad interim und in der Erwartung, daß später Oesterreich (mit oder ohne Habsburg) nachkommen werde, nur für einstweilen als eine Verbesserung der jetzigen Zustände hingenommen werden könne. In diesem Sinne kann auch das Eisenacher Programm mit der integrierenden Metzschen Erläuterung wohl befürwortet werden ..." Nachlaß Hölder, Landesbibliothek Stuttgart, Fasc. IV, 2.

15. Vgl. Seite 63. Polizeibericht Frankfurt am Main, 19. 9. 1859. Unter den Teilnehmern an der konstituierenden Versammlung sei die Ansicht verbreitet, der Prinzregent billige die Reformbewegung; in diesem Sinne habe sich von Unruh ausgelassen. Auch Bemerkungen des Hofmalers Jakobs aus Gotha, der nach der Zusammenkunft des Herzogs von Koburg mit Schulze-Delitzsch, Unruh, von Bennigsen und Fries eine Audienz bei Herzog Ernst hatte, konnten diesen

Glauben nicht erschüttern. Der Grundgedanke der Bemerkungen Jakobs sei in den Worten zusammenzufassen: „Wenn die preußische Regierung die Reformbewegung unterstütze, ja dem Argwohn des Auslandes nur tatsächlich Nahrung biete, dann ist das europäische Gleichgewicht bedroht und ein Weltkrieg entbrennt. Hierbei sei auch hervorgehoben worden, Napoleon wolle Veranlassung zu einem Kriege mit Preußen, die Zurückführung desselben auf ein Markgrafentum Brandenburg spuke in seinem Kopfe, ein neues katholisches Königreich unter einem Nachkommen des Königs von Westfalen solle gegründet werden, wozu außer den katholischen Landesteilen Württembergs, Badens, Hessens und Nassaus auch die preußischen Rheinprovinzen und Westfalen bestimmt seien. Und eine solche Veranlassung werde ihm, wenn Preußens Regierung sich an die Spitze der Reformbewegung stelle, offenbar geboten." Akt. d. Pol.-Präs. Berlin, Geh. Präs. Reg. Deutscher Nationalverein, Staatsarchiv.

16. Vgl. Seite 86. Anläßlich der von Würmb-Neumarkt in Oberösterreich ausgegangenen Aufforderung zur Unterzeichnung einer Erklärung, in der der Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland gefordert wurde, schrieb Nagel an ihn: „... Wenn nicht alle Zeitungsberichte lügen, so ist die vorherrschende Strömung unter den Vertretern Deutsch-Oesterreichs, und gerade unter den Liberalen am stärksten, diese, daß sie keineswegs gesonnen sind, die Reichseinheit aufzugeben und ihrerseits als bloße Provinzen in einen deutschen Bundesstaat einzutreten ... Hier im Lande ist nun allerdings die Ansicht stark verbreitet, daß Oesterreich demnächst zusammenstürzen und dann seine deutschen Provinzen an Deutschland fallen würden. Anhänger dieser Richtung gibt es viele auch im Nationalverein, eine große Anzahl von uns dagegen — und ich für meine Person teile deren Meinung — hält dafür, daß die Existenz eines machtvollen, nach Osten hin sich ausbreitenden Oesterreichs im Interesse Deutschlands nicht nur wünschenswert, sondern dringend notwendig sei, wenn wir nicht in unserem Südosten von Rußland umklammert und allmählich erdrückt werden wollen..." Konzept des Schreibens: Akt. d. NV. Bd. 16, S. 145.

17. Vgl. Seite 87. Die Note Schleinitz' an Werther anerkannte das Recht jedes deutschen Bundesfürsten, sich über Reformen am

Bunde auszusprechen, und stellte den Grundsatz auf, nicht das Ziel, sondern die Wahl der Mittel entscheide über die Gesetzlichkeit oder Ungesetzlichkeit der Bewegung. Trotzdem der Prinzregent selbst eine scharfe Antwort an Oesterreich verlangt hatte (Droysenbriefwechsel, 2. Nr. 1022, S. 621 ff.), war man in den Kreisen um die Nationalzeitung über den in der nach Wien ergehenden Note angeschlagenen Ton nur halb befriedigt. Man habe zwar von Schleinitz höchstens so viel erwarten können wie von Schwerin, erklärte man, aber die Form der Depesche leide doch „an den gewöhnlichen Mängeln der Leistungen unserer Diplomatie. Wer dem groben Klotz den groben Keil gewünscht hatte, wird von allerlei matten und gewundenen Redewendungen wenig erbaut sein, die ziemlich scharf unter die Lupe genommen sein wollen, ehe man sich über ihre wirkliche Bedeutung zurechtfindet." Jedoch gehe aus dem Aktenstück hervor, „daß die Regierung der Zukunft in keiner Weise etwas vergeben will. Hiernach kann von einem Korbe oder einer Zurechtweisung des Eisenacher Programms nicht die Rede sein. . . ." Nationalzeitung Nr. 467, Berlin 7. 10. 1859.

18. Vgl. Seite 88. Der Staatsprokurator hatte gegen den sich in Oberingelheim aufhaltenden amerikanischen Bürger Habicht eine Haussuchung angeordnet, die sich auf Briefe und Schriftstücke des Nationalvereins bezog. Habicht schrieb an Streit: „. . . Wegen meiner Teilnahme an der Frankfurter Versammlung bin ich in Untersuchung gezogen. Man hat gestern Haussuchung bei mir gehalten — ich habe als amerikanischer Bürger dagegen protestiert, aller Widerstand war aber nutzlos. Man hat die Schlösser erbrochen, mehrere Briefe und Schriftstücke (selbst solche, die nicht einmal in Bezug zur Anklage stehen) mitgenommen und wird heute Verhör halten. Der amerikanischen Gesandtschaft habe ich sofort Anzeige von dem Vorfall gemacht." Akt. d. NV., Bd. 3, S. 97. Habicht, Oberingelheim, 2. 12. 1859.

19. Vgl. Seite 88. Welche kleinen Motive dabei oft eine Rolle spielten, ergeben die Tagebücher des Freiherrn von Dalwigk, aus denen auch hervorgeht, wie der Nationalverein von seiner Gründung ab die Hauptsorge der Klein- und auch der Mittelstaaten gewesen ist.

20. Vgl. Seite 92. Kolatscheks Programm, das der ersten Nummer seiner „Stimmen der Zeit" am 1. 10. 1859 vorausgeschickt

wurde, gliederte sich in acht Punkte, deren wesentlicher Inhalt war:

1. Integrität des Bundesganzen, keine Teilung Deutschlands durch Ausschluß Deutsch-Oesterreichs.
2. Garantie der Freiheit und der Verfassungen der Einzelstaaten durch die Bundesversammlung.
3. Die Bundesversammlung wird aus einem Diplomatenkongreß in eine Staatenvertretung umgewandelt.
4. Aufhebung des engeren Rates.
5. Neue Stimmenverteilung im Plenum.
6. Reform der Bundeskriegsverfassung im Sinne größerer militärischer Einheit.
7. Größere Einheit der diplomatischen Vertretung nach außen.
8. Errichtung eines Bundesschiedsgerichtes.

21. Vgl. Seite 93. „Offner Brief der Gesellschaft der Vaterlandsfreunde zu London an den Ausschuß des Vereins der deutschen Nationalpartei, gedruckt in der freien Presse der Gesellschaft." Dieses Schreiben erregte die lebhafte Aufmerksamkeit der preußischen Behörden. Zunächst glaubte man (Schwerin an Schleinitz, 3. 11. 1859), die Schrift entstamme der Feder eines österreichischen Journalisten; alle preußischen Regierungspräsidenten wurden sofort angewiesen, über die Verbreitung, die diese Flugschrift erreiche, Bericht zu erstatten. Der preußische Botschafter in London erklärte auf eine Anfrage des Auswärtigen Amtes, ihm sei keine Gesellschaft der Vaterlandsfreunde bekannt, und Kinkel dementierte Anfang Dezember (Hermann, London, Nr. 48, 3. 12. 1859) das Gerücht, er sei der Verfasser des Offnen Briefes; dabei fügte er hinzu, er habe mit der ihm vollkommen unbekannten Gesellschaft der Vaterlandsfreunde nicht das geringste zu schaffen. Die mysteriöse Angelegenheit wurde dann durch den preußischen Geheimagenten für England geklärt, dessen schon Anfang November ausgesprochene Vermutung, Blind sei das einzige Mitglied der „Gesellschaft der Vaterlandsfreunde" und somit auch der Autor dieser Schrift, sich als richtig erwies. Ueberdies fand diese Angabe durch Korrespondenzen Lothar Buchers an die „Nationalzeitung" („Nationalzeitung" Nr. 566, Berlin, 4. 12. 1859, und Nr. 569, Berlin, 6. 12. 1859) eine vollkommene Bestätigung. Nach dem Bericht des Agen-

ten hatte Blind die Instruktionen der süddeutschen Demokratie, die ihm Juch, der kurz vorher in Deutschland gewesen war, mitgeteilt habe, bei der Abfassung des Offnen Briefes im wesentlichen befolgt. Akt. d. Pol.-Präs. Berlin, Geh. Präs. Reg. Offner Brief der Gesellschaft der Vaterlandsfreunde 1859. Für die Stellung Blinds zum österreichischen Problem vgl. auch seine Flugschrift „Der erste Vorschlag zur Teilung Deutschlands", die ganz großdeutsch gefärbt ist.

22. Vgl. Seite 93. „Spenersche Zeitung" Nr. 35, Berlin, 10. 2. 1860, Beilage. Der sehr instruktive Brief Gagerns sei hier trotz seines Umfanges mitgeteilt:

„Heidelberg, 26. 8. 1859. Hochgeehrter Herr! Auf Ihre Anfrage vom 23. d. M. erwidere ich ergebenst, daß ich das Eisenacher Programm nicht unterzeichnet habe noch unterzeichnen werde; daß von meinen Freunden, wenn Sie darunter frühere Parteigenossen verstehen, mehrere es unterzeichnet haben, andere nicht. Die „italienische" — vielmehr die Frage von deutscher Macht, hat unter den Gothaern, um mich der alten Parteinamen zu bedienen, Spaltung veranlaßt wie unter den Demokraten.

Mit dem Eisenacher Programm bin ich einverstanden: daß Deutschland von großer Gefahr bedroht ist, und daß diese Gefahren durch die ungenügende Gesamtverfassung Deutschlands erhöht werden, daher eine Verbesserung der letzten nottue. Daß eine starke und bleibende Zentralregierung für Deutschland das erste Bedürfnis sei; und daß nur, wenn neben der in sich einigen und starken Zentralgewalt eine Nationalvertretung steht, dann durch den zwingenden Einfluß der durchschnittlichen Nationalgesinnung und des Nationalwillens, wie diese in solchem Organismus ihren Ausdruck finden würde, die nachteiligen Folgen der staatlichen Zersplitterung Deutschlands gemindert, wenn nicht beseitigt werden können.

Ich bin aber nicht einverstanden, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die einleitenden Schritte zur Erreichung jener Ziele von Preußen ausgehen müßten, und ich stimme in diesem Punkte mit der ablehnenden Ansicht der preußischen Regierung überein. Dabei finde ich, daß es für Oesterreich beleidigend, also unverständig ist, wenn in einem Programme, welches sich mit den Mitteln und Wegen befaßt, zu einer Reform deutscher Zustände zu ge-

langen, Oesterreichs als eines Faktors gar nicht Erwähnung geschieht, gleichsam, als wäre es nicht da. Daraus, daß dies geschehen konnte, schließe ich, daß das Programm unter dem Einfluß von Männern aufgestellt worden ist, deren Grundansichten von den Meinigen abweichen.

In Beziehung auf die Stellung Oesterreichs zu Deutschland gibt es nämlich zwei Anschauungen. Nach der einen, und es ist die meinige, ist Oesterreich nicht allein in seiner Machtstellung eine europäische Notwendigkeit, sondern auch ein Hort Deutschlands. Es ist diese Ansicht noch stärker zum nationalen Bewußtsein gekommen, seitdem die Gefahren näher gerückt und mit Händen faßlich geworden sind, mit denen bei herannahender Auflösung des türkischen Reiches in Europa, Europas und Deutschlands Unabhängigkeit bedroht ist. Die Anhänger jener Meinung nun, welche Oesterreich bei Deutschland und Deutschland bei Oesterreich festhalten wollen und ein Deutschland ohne Oesterreich sich nicht denken können, haben sich bisher nur bemüht, eine Lösung für das Sonderverhältnis Oesterreichs zu Deutschland zu finden, welches wenigstens zuzeiten, von Oesterreich selbst, als durch die aus seinen inneren Zuständen sich ergebenden Notwendigkeiten bedingt, für den Fall ausgesprochen worden ist, wenn das übrige Deutschland zu einer intensiven Einheit auf einem Wege sich entwickeln dürfte, auf welchem Oesterreich, weil es die eigne Staatseinheit anstrebt, nicht folgen zu können glaubt.

Nach der anderen Anschauung ist Oesterreich aber nur das große Hindernis für die einheitliche Gestaltung eines konzentrierten Deutschlands unter preußischer Führung, und seine Auflösung in seine Teile müßte, je früher, je besser, willkommen sein. Daß das außerösterreichische und unter Voraussetzung einer solchen Trennung ohnehin nur schwach aneinandergekittete Deutschland zu schwach sein könnte, die zwischen Frankreich und Rußland zwischenliegenden Staaten in ihrer Unabhängigkeit zu schützen und den nationalen Beruf zu erfüllen, das macht den Anhängern dieser Anschauung ebensowenig Sorge als die Frage, was nach Abschwächung und allmählicher Auflösung Oesterreichs aus den weiten Donauländern, was aus Illyrien und aus der Verbindung zum Adriatischen Meere hin werden soll. In ihren extremsten Auswüchsen geht diese Anschauung dahin, daß es eigentlich besser

wäre, den südlichen, vorherrschend katholischen Ballast, der sich an die Fersen des aufgeklärten und strebsamen Nordens anhänge, ganz über Bord zu werfen und nur ein nördliches, vorherrschend protestantisches Deutschland als ein nationales gelten zu lassen und anzustreben, unbekümmert um das weitere. Ich habe auch diese Anschauung von Männern vertreten hören, — die für Patrioten gelten. Daß eine von den bezeichneten Schattierungen dieser zweiten Anschauung auf die Fassung des Eisenacher Programms eingewirkt habe, scheint mir wahrscheinlich, und die Blöße, die es sich dadurch gibt, war für mich allein schon entscheidend, es nicht zu unterzeichnen. Ich bin vielmehr der Meinung, daß jede Reform der deutschen Verfassungsverhältnisse, um so mehr also eine so tiefeingreifende, wie die vorgeschlagene und wirklich unerläßliche, wenn man nicht auf das Eintreten von Faktoren rechnen will, die sich jedem politischen Kalkül entziehen, von dem Einverständnis darüber zwischen Oesterreich und Preußen und also von deren gemeinsamer Initiative ausgehen müsse. Ein solches Einverständnis ist nur denkbar, wenn die beabsichtigte Reform der Art ist, daß sie beiden Teilen Vorteile gewähren kann.

Ich hatte es für möglich gehalten, daß Oesterreich, wie es seit lange den Bau des österreichischen Einheitsstaates für sein wesentliches Interesse — gleichgültig hier, ob auf dem eingeschlagenen Wege mit Recht oder mit Unrecht — erklärt hat, auch eine sein mögliches Verhältnis zu Gesamtdeutschland wahrende Sonderstellung zu dem im parlamentarischen Bundesstaat unter preußischer Führung geeinten außerösterreichischen Deutschland dann an- und einnehmen könne, wenn ihm das Zusammengehen mit Preußen und Deutschland bei den großen internationalen Fragen gesichert würde, welche in einer nicht sehr entfernten Zukunft zum Kriege führen werden und wobei das österreichische Interesse in erster Linie beteiligt sein wird, ohne daß unter den gegenwärtigen Zuständen Oesterreich die Mittel zu Gebote stehen, für sich und Deutschland Front zu machen.

Erwägt man die von Oesterreich in der letzten Krisis zugestandene Initiative in der Bundesversammlung und andere Indizien, welche eine Bereitwilligkeit Oesterreichs andeuteten, Preußen Zugeständnisse für seine deutsche Stellung als Preis für seine Unterstützung zu gewähren, erwägt man ferner, daß Oesterreich für eine

nationale und kühne Politik der Unterstützung weitaus der öffentlichen Meinung im außerösterreichischen Deutschland sicher sein kann, wie sich das auch im Beginne der letzten Krisis bewährt hat, daß ihm aber diese Unterstützung nichts hilft, wenn nicht die öffentliche Meinung im Gesamtparlament wenigstens des außerösterreichischen Deutschlands ihren organischen Ausdruck findet; erwägt man ferner, daß die französisch-russische Allianz bei rücksichtsloser Anwendung für ihre Zwecke der unsittlichsten, revolutionärsten Mittel, mit jedem Tage bedrohender, namentlich für Oesterreich wird, das leider so vielen Revolutionsstoff birgt, der sich bei jedem Anlaß rührt und regt; erwägt man dies alles, so hatte jene Anschauung, daß Oesterreich einen engeren Bund des außerösterreichischen Deutschlands in engem Anschluß an Oesterreich, als seinen Interessen nicht immer wiedersprechend finden werde, an Berechtigung gewonnen. Eine volle Sicherheit aber für die Verlässigkeit Preußens und Deutschlands, welche allein Oesterreich zu solcher Konzession vielleicht hätte bestimmen können, vermochte es nicht in der zweifelhaften Treue und Energie der deutschen Kabinette, sondern nur in der nationalen Gesinnung zu finden, welche sich in einem Parlament maßgebend aussprechen würde, wenn auch dieses nur von dem außerösterreichischen Deutschland beschickt sein könnte. Nichts durfte geschehen, wenn diese Anschauung in Oesterreich allmählich Boden gewinnen sollte, was ein Vertrauen Oesterreichs in den Willen Preußens, solche Gesinnung als die nationale gelten zu lassen und in Uebereinstimmung mit derselben zu handeln, unmöglich machte. Nun aber hat Preußen, obwohl in dem orientalischen Kriege von 54 bis 55 als in dem eben beendigten italienischen Kriege eine Politik der freien Hand und zuletzt der bewaffneten Neutralität nicht allein für sich befolgt, sondern diese auch dem übrigen Deutschland aufgenötigt, hat sich Oesterreich, als dieses seiner bedurfte, vollständig versagt —, ja, es hat die österreichische Politik um unwesentlicher, wenigstens unzeitiger Ausstellungen willen auch im wesentlichen und großen, wo es sich um nationale Machtstellung handelte, in charakterloser und zweideutiger Weise desavouiert. Die preußische Landesvertretung hat diese Politik ihrer Regierung nicht allein nicht getadelt, sondern gestützt und die Unterstellung gerechtfertigt, daß in einem Parlamente des außer-

österreichischen Deutschlands das Gewicht der preußischen Stimmen (welches natürlich am schwersten wiegen würde, wenn sie geeint sind), auch bei dem besten Rechte Oesterreichs in einem für dasselbe nachteiligen, feindlichen, ja gehässigen Sinne, jeweilig überwiegend würde in die Wagschale geworfen werden.

Oesterreich war von seiten Piemonts seit Jahren, von seiten Frankreichs seit dem Neujahrsgruße in seiner italienischen Machtstellung provozierenden Aggressionen, die sich der schlechtesten Mittel bedienten, ausgesetzt und hatte diese mit einer Langmut ertragen, wie sie kaum einem so mächtigen Staate geziemt. Als es endlich, im Vertrauen auf sein durch die europäischen Verträge garantiertes Recht, im Vertrauen auf seinen natürlichen, zum Schutze dieses Rechtes verpflichteten Bundesgenossen und im Vertrauen darauf, daß diese wenigstens seine freie Entschließung, insoweit diese notwendig oder wünschenswert erachtet werden möchte, schützen würden, als Oesterreich endlich um seiner Ehre willen, die nicht verletzt werden konnte, ohne daß Deutschland sich verletzt fühlen mußte, losschlug, um seiner Feinde sich zu erwehren, in dieser Krisis, in welcher Ehre und Haltung der Nation erfordert hätte, den Uebergriffen des französischen Imperialismus gegenüber, die sich seitdem zu dem unerträglichsten Uebergewicht gesteigert haben, Deutschland einig zu finden, in dieser Krisis hat Preußen kleinlich gemakelt, schien es nur darauf bedacht, seine eigne Wichtigkeit zu erhöhen, das nationale Rechts- und Machtgefühl abzuschwächen und der deutschen außerpreußischen Nation zu Gemüte zu führen, daß sie ohne Preußen nichts vermöge und nichts sei. In diesem entscheidenden Augenblick hat es jeder für Oesterreich günstigen Einwirkung auf die öffentliche Meinung sich enthalten, hat es der Betätigung des Hasses von seiten eines verknöcherten Preußentums, nicht etwa bloß gegen das österreichische Regierungssystem, dem kurz noch ein nicht viel besseres in Preußen vorausgegangen war, sondern gegen das Reich Oesterreich selber, nicht die kleinste Zurückweisung entgegengesetzt, hat es der Selbstgefälligkeit des in Preußen noch so jungen Liberalismus den vollen, so unzeitigen Triumph gewährt, hat die österreichische Machtstellung, ohne sich zu rechtzeitiger Gegenwehr entschließen zu können, tief erschüttern lassen.

Und in demselben Augenblicke fast, nachdem Preußen eben den

Fundamentalforderungen einer Politik, die zugleich preußisch und deutsch sein will und den entsprechenden Pflichten entgegengehandelt hat; der Forderung nämlich, daß — was auch die Paragraphen der schlechten Bundesverfassung sagen oder zulassen mögen — die österreichische Machtstellung so wenig als die preußische von außen angegriffen werden durfte, ohne Deutschland zu deren Verteidigung entschlossen zu finden, weil die Macht Deutschlands auf der gesamten Machtstellung jedes einzelnen der Staaten beruht, aus denen der Bund besteht, daß sodann vor allem anderen das Einverständnis mit Oesterreich für die Reform und über die Reform der deutschen Verfassung zu suchen und dieses durch wesentliche, Oesterreich geleistete oder zu leistende Dienste von seiten Preußens zu erkaufen sei, Dienste, die Preußen damit ohnehin sich selbst und Deutschland leistet — und in demselben Augenblicke fast, so sagte ich, wo Preußen alledem entgegengehandelt hat, stellt man ein Programm auf, welches bei dem Streben nach Reform der deutschen Verfassungszustände Oesterreich tendenziös ignoriert und für Preußen ein Vertrauensvotum in Anspruch nimmt, welches dieses bei seinen neuesten Unterlassungen und Handlungen nicht verdient hat noch verdienen will.

Ich habe es als einen Akt der Selbstverleugnung preisen hören, wenn dieses Vertrauensvotum für Preußen trotz dessen schlechter Politik dargebracht wurde, als einen Beweis des nationalen Fortschrittes in politischer Bildung. Es gebe keinen anderen Weg zur Reform, und daß es keinen anderen gebe, davon müsse man öffentlich Akt geben, es werde um so mehr Eindruck machen, wenn das trotz alledem und dem geschehe. Aber abgesehen davon, daß der Weg des Programmes doch auch nicht geht, gestehe ich, daß ich mich zur Höhe jener politischen Anschauungen nicht habe emporschwingen können. Politische Volksbildung muß mit dem sittlichen und nationalen Bewußtsein Hand in Hand gehen und darf nicht davon absehen. Dem sittlichen Bewußtsein aber widerstrebt es, demjenigen Lob, Lohn und Vertrauen zu spenden, der Tadel und Strafe verdient. Was nach macchiavellistischen Grundsätzen dem lenkenden Staatsmanne um großer Ziele willen an Immoralität von der zu Gericht sitzenden Geschichte nachgesehen werden soll, und nur dann nachgesehen werden wird, wenn die großen Ziele erreicht wurden, das darf keine Doktrin für politische Volkserzie-

hung sein und am wenigsten in einem Falle, wo die bloße Doktrin in ihrer unsittlichen Nacktheit sich bloßstellt, ohne nur auf einen Erfolg oder die Wahrscheinlichkeit eines solchen bezogen werden zu können. Ich halte es für unrecht zugleich und für nachteilig, an einem politischen Bekenntnisse mich zu beteiligen, wodurch die Volksbegriffe von Recht, Verdienst und Ehre mehr noch, je nach dem Gewicht in der öffentlichen Meinung der dazu sich Bekennenden, in Verwirrung geraten könnten. Ich will die künftigen Taten Preußens abwarten; es ist zu hoffen, daß es für Deutschlands Einheit und Macht künftig glücklicher operieren werde als bisher; ein Vertrauen dazu will ich aber in dem Augenblicke nicht aussprechen, wo es nach meiner Ansicht, die mit meiner innersten Entrüstung gepaart ist, Interesse, Macht und Ehre der Nation schmählich verletzt hat ..." Heinrich von Gagern.

23. Vgl. Seite 95. Diese Darstellung wird durch Streit selbst bestätigt. Er war einige Jahre später durch Nachlässigkeiten in seiner Geschäftsführung als Anwalt mit den Gesetzen in Konflikt und ins Gefängnis gekommen. Nach seiner Entlassung schrieb er eine nur als Manuskript gedruckte Broschüre (Feodor Streit, Aus meinem Leben. Leipzig 18..; als Datum ist wohl das Jahr 1877 anzunehmen, in dem das Vorwort geschrieben wurde), die ihn vor seinen Freunden rechtfertigen sollte. In dem vorliegenden Korrekturabzug heißt es über die Vorgänge in dieser Sitzung (Seite 73, Anmerkung): „In der entscheidenden Ausschußsitzung des Nationalvereins, in welcher die Geschäftsführung für den Verein ich übernahm, habe ich solche Befürchtungen (daß ein aufrichtiges Zusammenarbeiten zwischen Konstitutionellen und Demokraten nicht möglich sei) unumwunden selbst ausgesprochen, bin gleichwohl aber bei dem Entschluß der Uebernahme geblieben, weil — im Falle meiner Ablehnung — der Uebergang der Geschäftsführung, wenn nicht nach Berlin, so doch in zu einseitig preußisch gesinnte Hände damals unvermeidlich erfolgt und damit die Wirksamkeit des Vereins für Süddeutschland, worauf ich aus guten Gründen und nicht ohne Erfolg bei meiner Tätigkeit im Verein stets das Hauptaugenmerk gerichtet hielt — nach damaligem Stand der Verhältnisse und der Volksstimmung ganz unmöglich geblieben sein würde." Nachlaß Streit, Reichsarchiv.

24. Vgl. Seite 95. Streit an Hölder, Koburg, 18. 11. 1859. „... Daß auch wir ein ganzes Deutschland wollen, daß wir die Verfassungsfrage noch als eine offene, unentschiedene betrachten, beweist Ihnen die dem Süden zuliebe angenommene Fassung des Vereinsstatuts, beweist Ihnen die Wahl Koburgs zum Sitze des Vereins, beweist Ihnen die Wahl des leitenden Vorstandes, dessen Mitglieder von ganzem Herzen ein ganzes Deutschland wünschen und wollen, ja mit Grund darf man sagen, daß im ganzen Verein, selbst unter allen preußischen Mitgliedern desselben, nicht ein Mann ist, der etwa ein vergrößertes Preußen auf Kosten des einigen deutschen Vaterlandes wollte. Aber wir alle sagen uns auch, daß für das große Ziel der Errichtung dieses einigen Vaterlandes mit Erfolg nicht durch schmollendes, reflektierendes Sichzurückhalten von gemeinsamer Tätigkeit, sondern nur dadurch gewirkt werden kann, daß wir die seit einem Jahrzehnt fast ganz erstorbene und erstarrte Selbsttätigkeit der Nation wieder erwecken und aus ohnmächtiger Zersplitterung und Isolierung heraus zu konzentrierter Kraftentfaltung nach allen Richtungen des öffentlichen Lebens hin organisieren. Dies können wir nur durch einen Verein, wir können es gerade auf diesem Wege ohne Revolution, von der es noch keineswegs ausgemacht ist, daß sie die conditio sine qua non für unsere nationale Entwicklung wäre und die nur zu häufig den bequemen Deckmantel für diejenige Politik ist, der es entweder an dem Geschick oder an dem guten Willen und der ausdauernden Energie zu einem umfassenden, nachhaltigen Gebrauch der unbestritten zustehenden gesetzlichen und verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten mangelt....“ Nachlaß Hölder, Landesbibliothek Stuttgart, Fasc. IV, 1.

25. Vgl. Seite 96. Endgültig festgelegt wurde diese Organisation des Vereins allerdings erst Anfang 1861; der Vorstand forderte Streit, der auf die Mängel der bisher gehandhabten Geschäftsordnung des Vereins hingewiesen hatte, auf, einen neuen Plan zu entwerfen, und Ende März sandte dieser seine Vorschläge an Bennigsen. In einem Begleitschreiben legte er die Gesichtspunkte dar, die für die Umorganisation bestimmend gewesen seien.

Streit an Bennigsen, Koburg, 24. 3. 1861: ...„Es versteht sich dabei von selbst, daß das Wesen der Tätigkeit, um welche es sich

bei der Leitung der Vereinsgeschäfte handelt, einen bürokratisch-reglementsmäßigen Schematismus nicht verträgt und daß, wenn nicht die Tätigkeit gelähmt statt gefördert werden soll, dem gesunden Menschenverstand und politischen Takte der Vertrauenspersonen des Vereins ebenso wie im Verhältnis des geschäftsleitenden Vorstandes zum Ausschuß, so innerhalb des Vorstandes in dem Verhältnis des Geschäftsführers zu demselben, ein möglichst weiter Spielraum gelassen werden muß. Es kann sich also auch bei der vorliegenden Frage nicht um kasuistische Einzelheiten, sondern nur um die allgemeinen Umrisse einer Geschäftsorganisation handeln, welche unter allen Umständen anwendbar, im übrigen jenen Spielraum offen läßt. Anderseits macht der zunehmende Umfang der Geschäfte Einrichtungen notwendig, welche bei ausreichender Kontrolle doch tunlichste Erleichterung und Vereinfachung der Geschäfte bei der Zentralstelle ermöglichen. Diesen Anforderungen entspricht es nicht, wenn, wie dies bisher der Fall war, die Zentralstelle mit einigen 100 Spezial- resp. Lokalagenten und vereinzelt stehenden Mitgliedern fortwährend zu verkehren hat, und wenn im Büro der Zentralstelle die fortwährend zunehmenden Geschäfte der eigentlichen Expedition mit denen der Buchführung einem und demselben Beamten übertragen sind. Dem allen abzuhelfen, schlage ich folgende Organisation vor:

1. Die Geschäfte der Zentralstelle werden wie bisher durch den dem Auschuß verantwortlichen geschäftsleitenden Vorstand bzw. aus dessen Mitte durch den jeweiligen Geschäftsführer geleitet.

2. Der Geschäftsführer versieht wie bisher die laufenden Geschäfte, führt die Korrespondenz, vermittelt überhaupt den Verkehr der Vereinsmitglieder mit dem Vorstand und Ausschuß, leitet das Kassawesen, verwaltet die Preßangelegenheiten des Vereins, insbesondere die Lokalgeschäfte der Redaktion und Expedition der Wochenschrift und der sonstigen Publikationen des Vereins und vollzieht überhaupt, soweit nichts anderes beschlossen wird, die Beschlüsse des Ausschusses und Vorstandes.

3. Dem Geschäftsführer, welcher für die Leitung und Verwaltung der ihm übertragenen Geschäftsbranchen dem Ausschuß und Vorstand verantwortlich ist, ist ein Sekretär und folgendes Hilfspersonal, der erste wie das letztere ihm verantwortlich, beigegeben, nämlich ein Buchführer, welcher die gesamte auf das Kassawesen

bezügliche Buchführung und alle hierher einschlagenden Geschäfte zu besorgen hat, ein Expedient, welcher den ganzen Versand einschließlich der Korrespondenz, die dazu erforderlichen Kopiergeschäfte und die Führung des Geschäftsjournals und Versandbuches zu besorgen hat. Ein dem letzteren beigegebener Expeditionsgehilfe, ferner ein buchhändlerisch gebildeter Expedient für die Expedition der Wochenschrift und der sonstigen zugleich für den Buchhandel bestimmten Drucksachen des Vereins. Endlich ein dem letzteren beigegebener Gehilfe, welcher zugleich die Ausgänge zu besorgen hat und nach Bedürfen noch durch einen Packer resp. Ausläufer unterstützt werden kann.

4. Das Hilfspersonal ernennt und entläßt resp. reduziert nach geschäftlichen Rücksichten der Geschäftsführer allein, wie derselbe auch allein für dasselbe verantwortlich ist. Der Sekretär wird auf Vorschlag des Geschäftsführers vom Vorstand ernannt und unterstützt den Geschäftsführer bei der Korrespondenz sowie bei der Leitung der Preßangelegenheiten des Vereins namentlich der Lokalgeschäfte für die Redaktion der Wochenschrift, und vertritt den Geschäftsführer in Abwesenheitsfällen sowohl im Verkehr mit den Vereinsmitgliedern als auch dem Hilfspersonal gegenüber.

5. Der Verkehr mit den beigetretenen Vereinsmitgliedern, die Erhebung der Beiträge von denselben, die Verteilung und Zufertigung der Mitgliederkarten, der Drucksachen und sonstigen Mitteilungen an dieselben wird vom Geschäftsführer durch die Agenten vermittelt.

6. Das Agentenwesen ist wie folgt organisiert:

a) In unmittelbarem Verkehr mit dem Geschäftsführer stehen die Hauptagenten, durch welche ihm die Mitgliederbeiträge übermittelt und an welche von ihm die Mitgliederkarten (je nach Befinden ausgefüllt oder in Blanko) sowie die zu verteilenden Drucksachen, Zirkulare und sonstigen Mitteilungen resp. in erforderlicher Anzahl zur Verteilung an die Mitglieder zugefertigt werden und mit welchen er hinsichtlich des Kassawesens in unmittelbarer Rechnung steht. Diese Hauptagenten, für deren Sitz eine größere Stadt auszuwählen ist, erhalten einen bestimmten Kreis für ihre Agentur zugeteilt (wie z. B. die bestehende Hauptagentur in Mainz-Rheinhessen) und vermitteln ihrerseits den Verkehr mit den Mitgliedern durch b) die Unter- resp. Lokalagenten, deren für jeden

Ort, an welchem sich Vereinsmitglieder befinden, oder nach Umständen auch für ein paar oder mehrere nahegelegene Orte zusammen, je einer zu ernennen ist und welche ihrerseits wieder von den Hauptagenten für ihre Orte die nötige Anzahl von Karten, Drucksachen usw. erhalten und dagegen in ihren Orten die Mitgliederbeiträge erheben, Unterschriften einziehen und an die Hauptagentur abgeben.

7. Die Hauptagenten und Unteragenten, von denen die ersteren dem Geschäftsführer, die letzteren den Hauptagenten verantwortlich sind, werden beide, da der Zentralstelle die nötige Personal- und Lokalkenntnis selbstverständlich abgeht, in den Kreisversammlungen der Mitglieder von letzteren selbst erwählt. Die Namen der selben, sowohl der Haupt- als auch Unteragenten, sind sofort nach ihrer Erwählung dem Geschäftsführer in glaubhafter Form bekannt zu machen.

8. Wie die Hauptagenten die geschäftlichen Vertreter des Vereins in den bestimmten, ihnen zugewiesenen Kreisen sind, so sind in den ihrigen die Ausschußmitglieder dessen politische Vertreter, denen zugleich mit den statutenmäßigen Funktionen die Propaganda der Ideen des Vereins, die Wahrnehmung seiner Interessen überhaupt in ihren Kreisen nach wie vor anheimgegeben bleibt. Die Vereinigung der Geschäfte eines Hauptagenten mit den Funktionen als Ausschußmitglied ist nicht ausgeschlossen, aber auch nicht notwendig."

Diese Geschäftsordnung ist im ganzen auch in späteren Jahren eingehalten worden; Aenderungen ergaben sich zumeist nur in Einzelheiten und nach Maßgabe der sich herausstellenden Bedürfnisse auch nur in besonderen Fällen, von denen wir an ihrer Stelle noch zu sprechen haben werden. Nachlaß Streit, Reichsarchiv.

26. Vgl. Seite 96. Indessen hatte Streit auch manche Schattenseite, und Rechtsanwalt Henneberg aus Gotha, einer seiner besten Freunde, klagte schon Mitte August 1860, Streit passe nicht für das Amt eines Geschäftsführers des Nationalvereins. Er schrieb an Bennigsen: „... Abgesehen, daß ich meinen Freund Streit unbeschadet seiner gewiß großen Verdienste um den Nationalverein und seiner mancherlei bedeutenden Eigenschaften für ungeeignet, ihn für zu weitläuftig, doktrinär und der politischen künstlichen

Kombination und Intrige zu geneigt halte, halte ich auch seine Situation für gar nicht passend für die Stelle eines Generalsekretärs ..." Nachlaß Bennigsen, Henneberg, Gotha, 16. 8. 1860.

27. Vgl. Seite 97. Bei den Bedenklichkeiten der Württemberger scheint, wie aus einem im „Beobachter" Nr. 15, Stuttgart, 19. 1. 1860, veröffentlichten Briefe Schülers (Jena) „An die Männer der Göppinger Versammlung" hervorgeht, das Motiv, den politischen Schwerpunkt des Vereins in den Vorstand und Ausschuß legen zu müssen, eine wesentliche Rolle gespielt zu haben. Schüler schrieb: „Wenn sich in formeller Beziehung in Ihrer Versammlung die Meinung geltend gemacht hat, daß der Zweck sich durch periodische Wanderversammlungen leichter hätte erreichen lassen als durch einen organisierten Verein mit einem bleibenden Ausschuß, und daß sich der Schwerpunkt der politischen Tätigkeit nicht in einen solchen Ausschuß verlegen lasse, daß die Vereinsmitglieder nicht wohl die Mitverantwortlichkeit für die im einzelnen noch unbekannten künftigen Bestrebungen des Ausschusses übernehmen könnten, so läßt sich diesem unmöglich widersprechen. Auch ich würde es vorziehen, bei wichtigen Veranlassungen bald hier, bald dort größere, ungeschlossene Versammlungen auszuschreiben, statt einen hinsichtlich der Mitglieder abgeschlossenen, stehenden Verein zu organisieren, wodurch leicht eine Kluft zwischen Vereinsmitgliedern und Nichtmitgliedern entsteht; auch ich teile das Bedenken, einem Ausschusse, dessen Ansichten im einzelnen in künftig vorkommenden Fällen nicht zu voraus bekannt sein können, eine eigentlich politische Tätigkeit zu übertragen." Die Befürchtung, der Verein werde eine zu preußische Färbung annehmen, sei unbegründet. Das Eisenacher Programm spreche keineswegs von einer preußischen Hegemonie, sondern nur von einer preußischen Initiative zur Herstellung der Einheit Deutschlands und noch weniger von einer Lostrennung Oesterreichs. Vielmehr hätten in der ersten Eisenacher Versammlung alle Teilnehmer entschieden gegen einen Ausschluß Oesterreichs gestimmt und nur deshalb eine vorsichtige Formulierung gewählt, um für die Fusionsverhandlungen mit der Gothaischen Partei freie Hand zu behalten. Dieser Brief Schülers hat anscheinend einen tiefen Eindruck gemacht. Reyscher schrieb drei Tage später an Bennigsen: „... Haben Sie im „Be-

obachter“ in den letzten Tagen einen Artikel Schülers aus Jena über die Göppinger gelesen? Selbst der Redakteur Hopf nahm ihn sich etwas zu Herzen ... er sagte mir, daß eine Formel gefunden werden müsse, unter der die Württemberger (er meinte die Demokraten seiner Partei) dem Nationalverein beitreten könnten; diese wäre der erklärte Nichtausschluß Oesterreichs ...“ Nachlaß Bennigsen. Reyscher, 22. 1. 1860. Schüler selbst gehörte dem Nationalverein „aus persönlichen Gründen“ nicht an. Einst hatte er zu dem Fünfer-Komitee gehört, dem vom Stuttgarter Rumpfparlament die Reichsregentschaft übertragen war, und in dieser Eigenschaft die berüchtigte Proklamation vom 7. Juni 1849 mitunterzeichnet, die Deutschland zu den Waffen rief. Trotzdem ging er ohne Strafe aus — und bekleidete jetzt sogar, da er das besondere Wohlwollen der Weimarer Regierung genoß, den Posten eines Oberappellationsgerichtsrates. Sein neuerliches politisches Auftreten erregte in Weimar großes Aufsehen und galt als „ein sehr gewagtes Spiel“. Dresdener Polizeiwochenbericht, 4. 11. 1859, in Akt. d. Pol.-Präs. Berlin, Geh. Präs. Reg. Deutscher Nationalverein.

28. Vgl. Seite 100. Ein der Wochenschrift des Nationalvereins übersandter Brief „eines Süddeutschen an einen Landsmann in Göppingen“, der sich in den Gedankengängen bewegte, denen Seeger wiederholt Ausdruck gab, kennzeichnete einige Monate später die Situation und Stimmung von Göppingen. Es hieß da: „Wir Schwaben können dem Nationalvereine nicht beitreten. Wir wollen kein Kleindeutschland; überdies haben wir kein Vertrauen zu Preußen, welches die von der Nation ihm dargebotene Hand schon zweimal verschmäht hat. Wir getrösten uns in der Hoffnung auf ein großes mächtiges Deutschland der Zukunft, welches nach Zerschlagung sämtlicher Einzelstaaten auf neuem Fundamente und von einem neuen Zentrum aus sich auferbauen soll. Jedenfalls haben wir keine Lust, das Anhängsel eines vergrößerten Preußen zu bilden.“ Nun sei der Nationalverein aber weder klein- noch großdeutsch, da er ja kein festumrissenes Programm habe. Entscheidend in dieser Hinsicht werde erst die Generalversammlung des laufenden Jahres sein. „Würden also die Großdeutschen in Masse dem Verein beitreten, so hätten sie ja so gut wie die anderen Aussicht, ihr Zukunftsprogramm durchzuführen.“ Dabei sei es aber nicht zweifelhaft, daß

der großdeutsche Gedanke von vornherein aussichtslos bleiben müsse. Alle Turnus- und Triassysteme seien nichts anderes als eine Konservierung und staatsrechtliche Fixierung des gegenwärtigen preußisch-österreichischen Dualismus. Aber selbst wenn Süddeutschland bei seinen großdeutschen Gedanken bleibe, könne man doch insoweit mit dem Nationalverein zusammengehen, als seine Politik sich gegen den mitteldeutschen Souveränitätsdünkel richte. Das beweise die kurhessische und schleswig-holsteinische Frage, ebendas ergebe sich aus dem Problem der Bundeskriegsverfassungsreform.

29. Vgl. Seite 102. Der preußische Agent für Süddeutschland mußte Ende Oktober betrübt berichten, die Reformbewegung habe durch die Aufforderung des Vorstandes vom 18. Oktober und durch verschiedene Zwischenfälle neues Leben bekommen. Diese Zwischenfälle seien:

1. „Der Schwindel, den die österreichische Regierung mit der Nationalanleihe getrieben, indem sie nachgewiesenermaßen 111 Millionen Papiere mehr verausgabte,

2. die kurhessische Verfassungsfrage,

3. das von der badischen Regierung mit Rom abgeschlossene Konkordat sowie

4. das Verbot, das von der großherzoglich hessischen Regierung gegen den Beitritt ihrer Untertanen zum Nationalverein erlassen sei und

5. die Ministerkonferenz in München." Wenn das Mißtrauen im Volke erst einmal erwacht sei, könne es leicht immer wieder erregt werden. Selbst österreichischgesinnte Kreise seien recht erheblich abgekühlt. So diene denn die kurhessische Verfassungsfrage ebenfalls dazu, die Stimmung gegen Oesterreich durch die Erinnerung an die Handlungsweise der Donaumonarchie im Jahre 1851 anzustacheln. „Und allgemein ist im Volke die Ansicht verbreitet, daß gerade auch Oesterreich es war, das Baden zum Abschluß des Konkordates, Hessen-Darmstadt zum Verbote des Nationalvereins und die Mittelstaaten zu der bereits berüchtigten Konferenz in München drängte. Daß die großdeutsche Partei durch alle diese der österreichischen Regierung in die Schuhe geschobenen ‚Bedrückungen des Volkes' nicht sehr an Anhängern gewinnt, ist wohl erklärlich . . ." Ministerium des Innern, Preußen, Abt. 2. Akt.

betr. die Vereine und die Volksbewegungen des In- und Auslandes ... usw.

30. Vgl. Seite 104. Streit an Rochau, 28. 12. 1859. „... Das Preßkomitee für Norddeutschland ist in Berlin durch Schulze unter Vorsitz von Unruhs konstituiert worden und hat an literarischen Kräften vorläufig Professor Mommsen, Franz Duncker und Zabel an sich gezogen." Akt. d. NV., Bd. 5, S. 122. Das Schreiben liegt im Konzept vor. Le Mang nennt a. a. O., S. 39, als Mitglieder des norddeutschen Komitees, allerdings ohne nähere Angaben: Fischel als Leiter, Veit, Schulze-Delitzsch und Unruh als Mitarbeiter. Herzog Ernst zählt richtiger drei Arbeitsausschüsse: den Berliner, den für Süddeutschland und das Büro Streits in Koburg. Auch nach ihm erscheint Fischel als Leiter des Berliner Ausschusses. Das Protokoll der Ausschußsitzung nennt dagegen nur: Dr. Veit mit Schulze und Unruh für Berlin, Dr. Müller, Metz, Gourdé, Reyscher, von Rochau und Lang-Wiesbaden für Frankfurt am Main. Nachlaß Seeger.

31. Vgl. Seite 104. Das Flugblatt verlangte mit geringfügigen Abweichungen von dem Gedankengang der vier Artikel in der „Trierschen Zeitung" erst Einheit, dann inneren Ausbau und Freiheit. Die große Wirkung dieses in 10 000 Stück erscheinenden Flugblattes bewies der Umstand, daß es schon am 12. Januar 1860 in dritter Auflage vergriffen war. (Nagel an Reyscher, 12. 1. 1860. Akt. d. NV., Bd. 13, S. 120.) Vgl. auch Herzog Ernst, a. a. O., Bd. 2, S. 540. Der Buchhändler Gustav Meyer, ein Freund Biedermanns (Biedermann, a. a. O., 2., S. 138), schrieb aus Rom, wo ihm die Flugschrift Schulze-Delitzschs zu Gesicht gekommen war: „... Nevermind, ich sehe unsere Aufgabe an wie die Reformbill ... allmählich, unermüdlich, zähe und geduldig, das Ziel liegt weit und, was schlimmer ist, in ungewissen Umrissen vor uns und konnte ich mich in diesem Betreff nicht enthalten, einem Freunde, der mir von der Flugschrift Nr. 1 schrieb, sie sei gut, aber nicht populär genug, zu erwidern, daß, wenn wir erst dahin wären, unser Ziel den Massen klar und überzeugend darzustellen, es keines Nationalvereins mehr bedürfe. Darin liegt eben die Schwierigkeit, daß wir Anhänger für eine absolut neue Phase sammeln müssen, von der wir des Vaterlandes Herrlichkeit erhoffen, von deren Wesen und Aktion wir aber kaum

durch vergessene Analogien ein annäherndes Bild entwerfen können." Rom, 11. 2. 1860. Nachlaß Bennigsen.

32. Vgl. Seite 106. Nachlaß Bennigsen, Fries an Streit, Weimar, 2. 1. 1860. Der Brief ist zum größeren Teile abgedruckt bei Oncken, Bennigsen I, S. 359 ff, ist aber nicht als ein Beweisstück erster Ordnung zu werten, da er mit den Worten beginnt: „... Opfere Dich nicht den öffentlichen Angelegenheiten, sondern sorge vor allen Dingen dafür, daß Dir der Boden der eigenen Existenz unter den Füßen festbleibt." Zwei Wochen später schrieb Fries an Bennigsen: „... Streit wird Ihnen vielleicht von meiner etwas mißmutigen schriftlichen Neujahrsrede Mitteilung gemacht haben. Sie sollte vor allen Dingen eine Mahnung an Streit sein, daß er seinen persönlichen Verhältnissen stets die genügende Berücksichtigung schenken solle." Nachlaß Bennigsen, Fries, 17. 1. 1860.

33. Vgl. Seite 109. Auch im Berliner Polizeipräsidium verfolgte man die Dinge mit reger Aufmerksamkeit. Polizeirat Goldheim berichtete am 13. März, der Ausschuß des Nationalvereins wolle versuchen, in Berlin ein Organ zu gewinnen, das gleich der „Süddeutschen Zeitung" von der preußischen Zentralpreßstelle finanziert werde, und in einem weiteren Schreiben meldet er am gleichen Tage: die Ausschußsitzung des Nationalvereins finde mit Auerswalds Einverständnis statt. Dr. Veit stehe mit Auerswald in ständiger Verbindung und gehe im Nationalverein nur mit dessen Zustimmung vor. Akt. d. Pol.-Präs. Berlin, Geh. Präs. Reg. Deutscher Nationalverein. Zwei Tage später fragte Zedlitz bei Schwerin an, ob er auf Grund des preußischen Gesetzes vom 11. 3. 1850 gegen den Nationalverein vorgehen dürfe, oder „ob höhere politische Rücksichten" vorwalteten, die bestimmend seien, auch ein offenbares Zuwiderhandeln gegen ausdrückliche Strafbestimmungen zu ignorieren. Schwerin antwortete am 31. 3. mit der kurzen Bemerkung: es liege auch ohne politische Rücksichtnahme kein Grund zum Einschreiten gegen den Nationalverein vor. Minist. d. Inneren, Preußen, Abt. 2, Akt. betr. die Vereine und die Volksbewegungen usw. Nationalverein.

34. Vgl. Seite 110. Auf der von Streit am 21. 2. 1860 den Ausschußmitgliedern übersandten Tagesordnung waren folgende Themen genannt: Der evangelische Obskuratismus oder der katholische

Ultramontanismus, beide aufgefaßt von ihrer politischen Seite und von ihren Beziehungen zur nationalen Bewegung, oder: die Aufgaben des Beamtentums und seine Entartung, oder: der deutsche Adel und seine Aufgaben und das Junkertum, oder: Das deutsche Fürstentum und seine Aufgabe und die dynastische Politik in ihrem Verhältnis zu den nationalen Interessen, oder: ein Wort der Verständigung an die Völker Oesterreichs, oder: ein Wort der Verständigung an die Italiener. Vgl. auch Le Mang, a. a. O., S. 40.

Crämer-Doos bemerkte zu diesen Themen: 1 und 2 seien zu delikater Natur, da man sich damit die beiden Lager der Klerikalen verfeinde. 3 „könnte passieren, 4 dagegen nutzt für uns. Nr. 1 und Nr. 6 sind heikle Gegenstände von wenig Erfolg." Dagegen sei die Bearbeitung der Themen 7 und 8 sehr empfehlenswert. Crämer-Doos an Streit, 6. 3. 1860. Akt. d. NV., Bd. 5, S. 32.

35. Vgl. Seite 110. Die Erklärung machte bei Freund und Feind tiefen Eindruck. Ein Osnabrücker Mitglied des Nationalvereins berichtete eifrig: „Im Namen vieler unserer Freunde soll ich Ihnen mitteilen, wie wohl uns die Erklärung des Nationalvereins getan hat. Sie hat ihren Wert nach allen Seiten hin. Das war notwendig und weise, das wird seinen Nutzen bringen. Die Abfassung war ausgezeichnet. Der Schluß (Mahnung an die Fürsten) hätte kräftiger sein können. Doch wer nicht verstehen kann und nicht hören will, der wird fühlen müssen. Auf Louis wird das Aktenstück Eindruck machen, weil er rechnete, der Nationalverein werde die deutsche Zerklüftung vermehren. Ich weiß das aus sicherster Quelle, ich war 14 Tage in Paris...." H. Wagener an Bennigsen, 20. 5. 1860. Nachlaß Bennigsen.

Die „Kreuzzeitung" bemerkte zu dieser Erklärung des Nationalvereins in der Savoyer Frage: „...Wie es aber möglich war, nach den ganz gesunden Gedanken, die in der Mitte dieser Erklärung über Frankreichs Stellung zu Europa und Deutschland ausgesprochen werden und denen wir zum guten Teil beistimmen können — wie es möglich war, von diesen Gedanken den Uebergang zu finden zu den Schlußsätzen über ein deutsches Parlament, das würde unerklärlich sein, wenn man nicht die große Gewalt fixer Ideen kennt. Wer noch meinen kann, daß diesem Beherrscher Frankreichs gegenüber ein deutsches Parlament uns schirmen möchte,... wer es be-

zweifelt, daß ein etwaiges kleindeutsch-koburgisches Vorgehen Preußens gegen den deutschen Süden jetzt das sicherste Mittel wäre, einen Schirmherren der deutschen Fürsten aus Paris herbeizurufen — wir stehen ab, mit Männern solcher Meinung zu rechten....“

36. Vgl. Seite 110. Amelung an Streit, Stettin, 26. 11. 1859. Der Nationalverein müsse so ausgebaut werden, „daß er bis dahin, wo wir ein deutsches Parlament haben, als Repräsentant der öffentlichen Meinung Deutschlands erscheint“. Akt. d. NV. Bd. 3, S. 65. Die Erklärung in der Savoyerfrage erschien vielen Mitgliedern nur als die Einleitung einer notwendigen größeren Aktion des Nationalvereins. Fries schrieb an Bennigsen: „Hic Rhodus, hic salta! Mit Recht erwartet man, daß der Nationalverein, und wenn er in seiner Gesamtheit nicht handeln kann, daß seine einzelnen Mitglieder in dem gegenwärtigen Konflikt der Schweiz mit Napoleon ein Lebenszeichen von sich geben. Seitdem wir in Berlin zusammen waren, hat sich die Situation wesentlich geändert. Solange man annehmen konnte, daß die Absicht Napoleons dahin gehe, die Savoyische Frage mit voller Respektierung der Rechte der Schweiz zu ordnen, konnte man sagen, daß der Minister, der deshalb einen Krieg anfangen wollte, ins Irrenhaus gehöre. Sobald die garantierten Rechte der Schweiz in Zweifel gestellt werden, ist der Kriegsfall rechtlich gegeben.... Es fragt sich nun, was wir zu tun haben.... Der Schwerpunkt liegt aber in Berlin. Das Abgeordnetenhaus muß europäische Politik treiben.... Sie sind der Mann dazu, eine Anregung zu geben. Hetzen Sie doch auf, wen Sie finden.“ Nachlaß Bennigsen, Fries 30. 3. 1860. Bennigsen war ebenfalls der Meinung, daß „bald etwas geschehen müsse“, und in einer am 5. 4. in Gotha abgehaltenen Vorstandssitzung wurde beschlossen, vor allem erst die in Deutschland herrschende Stimmung zu erkunden und dann zu erwägen, welche Möglichkeiten gegeben seien. Bennigsen ging nach Berlin, Fries bereiste den Süden; beide aber mußten sehen, daß bei einem weiteren Vorgehen des Nationalvereins kaum auf wesentliche Erfolge zu rechnen war. Bennigsen erhielt in Berlin eine glatte Absage, und Fries meldete am 13. 4.: „... Die Stimmung in Rheinbayern ist gar nichts wert; man gibt sich dem Gedanken an französische Herrschaft ziemlich ruhig hin.“ Nachlaß Bennigsen,

Fries 13. 4. 1860. Aehnlich pessimistisch klangen Berichte aus anderen Gegenden Süddeutschlands. Freilich schrieb dann Crämer-Doos auch wieder: „... Alles ist bei uns der Ansicht, daß von seiten des Nationalvereins etwas geschehen müsse, wenn er nicht selbst Schaden erleiden will.... Es ist also kein Augenblick zu verlieren, der Ausschuß ist gewiß einverstanden, wenn entweder eine Ansprache an das deutsche Volk oder eine Denkschrift an die preußische Regierung oder eine Adresse an den Schweizer Bundesrat beschlossen wird. Bei uns ist die Stimmung sehr gehoben, alle Parteien sind einig, der Nationalverein würde sich viele Anhänger erwerben....“ Crämer-Doos an Streit 4. 4. 1860. Nachlaß Bennigsen. Brater hatte einen Tag zuvor ähnlich geschrieben, und Fries gab den Gedanken an irgendeine Aktion ebenfalls nicht auf. Da aber eine größere Versammlung bei der flauen Stimmung der breiten Massen nicht rätlich war, eine Ausschußsitzung von den norddeutschen Teilnehmern wegen der großen Entfernung bis Heidelberg, wo die Sitzung stattfinden sollte, wohl nur spärlich besucht worden wäre, schlug Bennigsen für Anfang Mai eine Vorstandssitzung vor, die von den in der Nähe wohnenden Ausschußmitgliedern verstärkt werden sollte.

37. Vgl. Seite 111. Crämer-Doos an Streit, Nürnberg 6. 3. 1860. „... Was die Gründung eines eigenen Organes betrifft, so halte ich diesen Punkt für einen höchst wichtigen. Es will alles Wesen eine sichtbare Form haben, und diese Form fehlt unserem Vereine noch. Eine Zeitung, die täglich, oder eine Wochenschrift, die allwöchentlich ein- oder zweimal erschiene, wäre eine sichtbare Form, und geschickt behandelt, würde sie bald wirksamer Zentralpunkt einer wohlgegliederten Organisation sein und ihre Fäden zu einem Netz über ganz Deutschland ausspannen.... Was den Ort betrifft, wo dieser Mittelpunkt zu fixieren wäre, so hat die Ansicht des Herrn L. Bamberger viel für sich in Betreff der Wahl einer größeren Stadt. Allein, wo ist eine außer Berlin als passender Ort zu finden? Bald wäre es in alle Welt posaunt, daß man Deutschland preußisch machen wolle, und selbst viele, die außerdem durch die Tendenz des Nationalvereins befriedigt werden, dürften hierdurch zurückgestoßen werden....“ Akt. d. NV. Bd. 5, S. 32.

38. Vgl. Seite 112. Streit an Reyscher, 21. 3. 1860. „... Mit der Gründung der Wochenschrift werden Sie wohl auch einverstanden sein.... Der Beschluß ist nicht ohne lebhafte Opposition mit allen gegen zwei Stimmen, Veit und Schulze, gefaßt worden. Das Blatt soll sich bei der Bearbeitung des öffentlichen Geistes im Sinne des Frankfurter Statuts und der Verhandlungen halten, aus denen dasselbe hervorgegangen ist. Zwei Gesichtspunkte sind als maßgebend für die Redaktion namentlich hervorgehoben worden, einmal, daß im Falle einer wiederkehrenden Gefahr wie der des vorigen Frühjahres, ehe wir unsere Verfassung geordnet haben, wenigstens die sämtlichen militärischen Gewalten auf die stärkste deutsche Regierung, d. h. auf die preußische, übertragen werden, dann, daß im schlimmsten Falle, wenn unsere Bundesverfassung durch äußere Gewalt fallen sollte, alle Kräfte der Nation sich um denjenigen Mittelpunkt zusammenhalten, welcher sich als der stärkste bewährt, unbekümmert um historisches Recht und Legitimität und dies oder jenes politische Prinzip.... Mein Plan einer sich mehr an die mittleren und unteren Schichten adressierenden Zeitung, welche die sich an die höheren Schichten richtende Wochenschrift gleichsam ergänzen würde, ist noch nicht aufgegeben, und ich werde ihn eintretendenfalls ... ausführen." Akt. d. NV. Bd. 5, S. 58 f. Das Schreiben liegt im Konzept vor.

39. Vgl. Seite 112. Streit an Parisius, 12. 6. 1860. „... Was sodann eine populäre Haltung der Wochenschrift anlangt, so soll in dieser Hinsicht das möglichste geschehen; verhehlen dürfen wir uns indeß nicht, daß die Wochenschrift zunächst nur für diejenigen Schichten des deutschen Volkes bestimmt sein kann, welche auf der überall gleichmäßigen Bildungsstufe unseres Mittelstandes stehen; für das platte Land, also für die Bauern, kann sie schon darum nicht schreiben, weil die Anschauungen und Gefühlsweisen dieser Massen doch überall in Deutschland sehr verschieden sind...." Konzept in Akt. d. NV. Bd. 8, S. 70.

Sehr charakteristisch für die Auffassung, die Rochau von der Art seiner Tätigkeit und dem Wesen der Wochenschrift hatte, ist eine Auseinandersetzung, die zwei Jahre später zwischen ihm und einem die einseitig bürgerliche Haltung des Blattes kritisierenden Mitglied stattfand. In Nr. 4 der in Hagen erscheinenden „Mär-

kischen Volkszeitung", Jahrgang 1862, war ein „An die Mitglieder des Nationalvereins" gerichteter Artikel erschienen, in dem die aristokratische Reserviertheit des Vereins den politischen Ereignissen der letzten Wochen gegenüber lebhaft gerügt wurde. Diesen Anlaß benutzte ein Mitglied dazu, den Nationalverein zu mahnen, durch seine Wochenschrift auf die Hebung der Volksbildung hinzuwirken, da die unteren Schichten den Parteikämpfen ohne innerliche Anteilnahme, höchstens in neugieriger Beobachtung der an ihnen beteiligten höheren Klassen, zusähen. „Das Christentum hat den gedrückten Menschen emanzipiert", schrieb der Verfasser des in der Wochenschrift abgedruckten Artikels, „unsere Zeit muß den Bürger emanzipieren; sie darf in ihren großen Zielen nicht eine Elite der Gesellschaft zu ihrer Leibgarde machen, sondern sie muß sich an das Volk, an das ganze Volk wenden." Rochau antwortete darauf mit der Bemerkung, der Nationalverein habe ausgesprochen politische Ziele und weder Zeit noch Mittel, viel für die Volksbildung zu tun. Er könne dem Volke nur Antriebsmomente geben, da man Staatsbürger nicht mit Büchern und Zeitungen, sondern allein durch die Praxis erziehen könne. „Der Nationalverein würde in einen geradezu tödlichen Irrtum verfallen", schloß er seine Erwiderung, „wenn er sich einbildete, etwa den Tagelöhner und Fabrikarbeiter von einer anderen Seite anfassen zu sollen als den Grundeigentümer und Fabrikherren. Abstufungen der Sprache je nach der Fassungskraft derer, an welche sich dieselbe wendet, sind damit natürlich nicht ausgeschlossen, von der Anwendung verschiedenartiger Ueberzeugungsmittel aber kann und darf nimmermehr die Rede sein. Wen der Nationalverein nicht mit denjenigen Gründen gewinnen kann, welche für die ganze Nation gelten, auf dessen Beistand muß und wird er eben verzichten." Wochenschrift Nr. 104, Koburg 25. 4. 1862.

40. Vgl. Seite 113. Daran konnte auch der in eben dieser Sitzung gefaßte Beschluß nichts ändern, „dem geschäftsleitenden Vorstand anheimzugeben, je nach der Zweckmäßigkeit an einzelnen Orten die Zahlung der Jahresbeiträge in vierteljährlichen Raten eintreten zu lassen — jedoch nur unter persönlicher Haftung des Spezialkassierers". (Nach dem offiziellen Bericht der Nationalzeitung Nr. 132, Berlin 17. 3. 1860.) Damit war nämlich die Entscheidung

über die Aufnahme niederer gesellschaftlicher Schichten in den Verein dem Belieben lokaler Größen anheimgegeben, die nur selten über ein genügendes Maß sozialer Fähigkeiten und nicht immer über die erforderlichen Geldmittel verfügten.

41. Vgl. Seite 113. Nagel kommentierte diesen Beschluß des Ausschusses in verschiedenen Schreiben an Vereinsmitglieder, die sich für die durchgängige Gestattung der Ratenzahlungsweise eingesetzt hatten. In einem Briefe an Raute, 9. 5. 1860, erklärte er: „Zugleich habe ich mit Bezugnahme auf ein früheres Schreiben von Ihnen zu bemerken, daß es zur Erleichterung des Beitritts auch der Unbemittelten ohne Frage gestattet sein muß, den Vereinsbeitrag in monatlichen oder sonstwelchen Raten zu entrichten; nur ist es, wie Sie gewiß zugeben, unmöglich, diese Ratenzahlungen hier in Empfang zu nehmen. Die notwendige Voraussetzung der ratenweisen Entrichtung ist daher, daß an dem betreffenden Orte sich ein Agent befindet, der die Einkassierung und zugleich dem Verein gegenüber die Garantie der Bezahlung des ganzen Jahresbeitrages übernimmt." Konzept in Akt d. NV., Bd. 7, S. 45.

42. Vgl. Seite 113. Vgl. auch den Brief Nagels an Dr. Heim, 4. 5. 1860. „... Ihr Vorschlag, den Minimalbeitrag pro Jahr von 1 auf ½ Tlr. herabzusetzen, werde ich in der nächsten Ausschußsitzung zur Sprache bringen; indeß zweifle ich sehr, ob von seiten des Vereins darauf eingegangen werden wird, da sich gegen die Höhe des bisherigen Beitrages im ganzen nur sehr wenige Beschwerden erhoben haben...." Konzept in Akt. d. NV., Bd. 7, S. 3.

43. Vgl. Seite 113. Der Antrag auf Herabsetzung des Vereinsbeitrages oder wenigstens auf die Gestattung von Ratenzahlungen war von dem sächsischen Liberalen Rose gestellt worden und wurde von dem Industriellen Theodor Müllensiefen, einer der gewinnendsten Erscheinungen unter den Männern des Nationalvereins, brieflich sehr warm unterstützt. In einem eindringlichen Schreiben wandte sich Müllensiefen an Streit: „... An Sie aber und alle lieben Mitkollegen sei hiermit die Frage gerichtet: Was wollen Sie aus unserem Verein machen? Die vornehmen Leute sind nicht wachzurütteln, bis sie das allons enfants de la patrie hören, und will der Verein sich zu einer Macht entfalten und über derselben entsprechende Mittel verfügen, wird es anders gehen als durch Ein-

gehen auf den fraglichen oder einen ihm verwandten Antrag? Ich fühle wohl, welche Bedenken sich daran knüpfen, aber ohne die arbeitenden Klassen bleibt ja doch das einige Deutschland ein Traum. Und wir sollen sie abweisen?“ Müllensiefen an Streit, 16. 2. 1860. Akt. d. NV., Bd. 4, S. 123.

44. Vgl. Seite 114. Die Punkte 4 und 5, die die Stellung der Wochenschrift zu Preußen bestimmten, lauteten: „4. Auskunftsmittel: Sollte Deutschland, ehe es ihm gelingt, sich in eine respektable Verfassung zu setzen, von einer ernstlichen Gefahr, ähnlich der des vorigen Jahres, bedroht werden, so ist mit Nachdruck dahin zu wirken, daß wenigstens vorläufig die sämtlichen militärischen Gewalten auf diejenige deutsche Regierung übertragen werden, welche ohnehin die stärkste ist, d. h. auf die preußische. Dabei versteht es sich von selbst, daß dem österreichischen Staat allen Umständen nach in dem fraglichen Falle keine militärische Unterordnung zugemutet werden kann und daß also die Selbständigkeit der österreichischen Kriegführung neben der preußisch-deutschen eine aus der Natur der Dinge hervorgehende Notwendigkeit sein würde.

5. Vorbereitung auf den schlimmsten Fall. Da einer organischen Umgestaltung der bisherigen Verfassung, wie sie unentbehrlich ist, um der Nation hinlängliche Stärke und Widerstandsfähigkeit zu geben, die größten Schwierigkeiten entgegenstehen, so ist der öffentliche Geist auf den Fall vorzubereiten, daß diese Verfassung durch äußere Gewalt gänzlich außer Kraft gesetzt werden sollte. Für einen solchen Fall ist dann der Satz zur Anwendung zu bringen, daß alle Kräfte der Nation sich um denjenigen Mittelpunkt zu sammeln haben, welcher sich als der stärkste bewährt, unbekümmert um historisches Recht, um Legitimität, um dies oder jenes Prinzip.“ Protokoll der Ausschußsitzung vom 13. 3. 1860. Nachlaß Seeger.

Mein Lebenslauf

Am 15. Juli 1905 wurde ich, Paul Herrmann, evangelischer Konfession, preußischer Staatsangehörigkeit, in Neustettin, Kreis Neustettin, Pommern, geboren als Sohn des verstorbenen Superintendenten Erich Herrmann und seiner Ehefrau Elisabeth geb. Schlobach. Ich besuchte in Neustettin das Fürstin-Hedwig-Gymnasium und erhielt Ostern 1924 das Zeugnis der Reife. Meine Studien begann ich im Sommersemester 1924 in München; im Sommersemester 1925 studierte ich in Bonn und wurde zu Beginn des Wintersemesters 1925/26 an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin, der ich bis Ende 1929 angehörte, immatrikuliert. Meine Promotionsarbeit fertigte ich unter der Leitung von Herrn Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Marcks an.

Während meiner Studienzeit habe ich bei folgenden Herren Professoren historische Vorlesungen gehört und mich an Uebungen und Seminaren beteiligt: in München: Oncken, Frauenholz, in Bonn: Aubin, Schultze, in Berlin: Perels, Brackmann, Meinecke, Marcks, Rieß, Schmitt, Oncken.

Literaturnachweis

Für den ersten Abschnitt wurde an literarischem und archivalischem Material benutzt:

Baumgarten, H. Der deutsche Liberalismus, eine Selbstkritik, Berlin 1867.

Bechstein, K. Feodor Streit, ein Kämpfer für Freiheit und Einheit. 1848, 1859, 1866. Koburg 1925.

v. Bernhardi, Fr. Aus dem Leben Theodor von Bernhardis, 1—9. Leipzig 1893—1906.

Biedermann, K. Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte. 1. 2. Breslau 1886.

Blum, Dr. H. Vorkämpfer der deutschen Einheit. Berlin 1899.

Brandenburg, E. Die Reichsgründung. 1. 2. Leipzig 1916.

Johann Gustav Droysen. Briefwechsel, Hrsg. Rud. Hübner. 1. 2. Stuttgart, Berlin, Leipzig 1929.

v. Eckardt, Jul. Lebenserinnerungen. 1. 2. Leipzig 1910.

v. Eckstädt. Vitzthum. St. Petersburg und London. 1852—1864. Stuttgart 1886.

Emminghaus, Dr. A. August Lammers. Dresden 1908.

Ernst II., Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha. Aus meinem Leben und aus meiner Zeit. 1. 2. Berlin 1887—1889.

Frensdorf, F. Gottlieb Planck. Berlin 1914.

Friedjung, H. Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859—1866. 2 Bde. Stuttgart 1897/98.

Goldner, H. Vor 50 Jahren. Zur Entstehungsgeschichte des deutschen Nationalvereins. Eisenach 1909.

Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig zu. Denkwürdigkeiten. 1. 2. Stuttgart 1914.

Heyck, E. Geschichte der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" 1798—1898. München 1898.

Heyderhoff, Jul. Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung. 1. Bonn 1925.

Isler, M. Gabriel Riessers Leben. Frankfurt/M. 1871.

Kiepert, A. Rudolf von Bennigsen. Rückblick auf das Leben eines Parlamentariers. Hannover, Berlin 1903.

Klüpfel, K. Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen bis zu ihrer Erfüllung 1848—1871. 1. 2. Berlin 1872/3.

Löwenstein, J. Hegels Staatsidee, ihr Doppelgesicht und ihr Einfluß im 19. Jahrhundert. Berlin 1927.

Lülmann, Hans. Die Anfänge August Ludwig von Rochaus 1810—1850. Heidelberg 1921.

Le Mang, Dr. R. Der deutsche Nationalverein. Berlin 1909.
— — Männer der Zeit, Biogr. Lexikon der Gegenwart. 1. 2. Leipzig 1862.
Marcks, E. Kaiser Wilhelm I. Leipzig 1897.
Mittelstädt, A. Der Krieg von 1859, Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland. Stuttgart 1904.
Mommsen, W. Johannes Miquel I. Berlin, Leipzig 1928.
— — Der Nationalverein, seine Entstehung und bisherige Wirksamkeit. Herausgegeben im Auftrage des Vereinsvorstandes vom Geschäftsführer. Koburg 1861.
Müggе. Illustrierte Kriegsgeschichte von 1859. Frankfurt/M. (Meidinger, Sohn u. Comp.).
Neumann, Arno. Die Mitarbeit der Thüringer am deutschen Nationalverein. Jahresbericht der Städt. Oberrealschule Jena 1912.
Oncken, H. Rudolf von Bennigsen, ein deutscher liberaler Politiker. 1. 2. Stuttgart, Leipzig 1910.
— — Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854 bis 1871. Briefwechsel, Denkschriften, Tagebücher. 1. 2. Stuttgart, Berlin, Leipzig 1927.
Parisius, L. Leopold Freiherr von Hoverbeck, Berlin 1879.
Philippson, M. Max von Forckenbeck. Dresden, Leipzig 1891.
v. Poschinger, H. Erinnerungen aus dem Leben Hans Viktor v. Unruh. Berlin 1895.
— — Fürst Bismarck und die Parlamentarier. 1. 2. 3. Breslau 1894/95.
Rapp, A. Der deutsche Staatsgedanke. Deutsche Probleme I. Großdeutsch, Kleindeutsch. München 1922.
Reyscher, A. L. Erinnerungen aus alter und neuer Zeit. Freiburg, Tübingen 1884.
Scheffer, Th. Die preußische Publizistik im Jahre 1859 unter dem Eindruck des Italienischen Krieges. Leipzig 1901.
Schultze, J. Max Duncker. Politischer Briefwechsel aus seinem Nachlaß. Berlin 1923.
Schultze/Thimme. Rudolf von Bennigsens Reden I. Halle 1911.
Schüssler, Dr. W. Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard von Dalwigk zu Lichtenfels aus den Jahren 1860—71. Berlin 1920.
— — Stenographische Berichte des Preußischen Abgeordnetenhauses 1861.
v. Sybel, H. Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. 1—7. München, Leipzig 1890.
— — Vorwärts. I. Rückblick. Vom Neujahrsgruß bis Ostern. 2. In zwölfter Stunde. Göttingen 1859.
Wendorff, H. Die Fraktion des Zentrums im Preußischen Abgeordnetenhause 1859—1867. Erfurt 1915.
Wehrenpfennig, W. Geschichte der deutschen Politik unter dem Einfluß des Italienischen Krieges. Berlin 1860.
Ziekursch, J. Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches. 1. Frankfurt/M. 1927.

„Augsburger Allgemeine Zeitung“ 1860.	Preußische Staatsbibliothek Berlin.
„Beobachter“, Stuttgart 1859, 1860.	Landesbibliothek Stuttgart.
„Deutsche Allgemeine Zeitung“, Leipzig 1859.	Preußische Staatsbibliothek Berlin.
„Elberfelder Zeitung“ 1859.	Preußische Staatsbibliothek Berlin.
Hermann London 1859.	Stadtbibliothek Mainz.
„Kladderadatsch“, Berlin 1859.	Preußische Staatsbibliothek Berlin.
„Kölnische Zeitung“ 1859, 1860.	Preußische Staatsbibliothek Berlin.
„Kreuzzeitung“ 1859, 1860.	Preußische Staatsbibliothek Berlin.
„Nationalzeitung“ 1859, 1860.	Preußische Staatsbibliothek Berlin.
„Neue Oderzeitung“ 1859.	Preußische Staatsbibliothek Berlin.

„Preußische Jahrbücher“ 1859, 1868. Preußische Staatsbibliothek Berlin.
„Spenersche Zeitung“ 1860. Preußische Staatsbibliothek Berlin.
„Triersche Zeitung“ 1859. Stadtbibliothek Trier.
„Volksfreund für das mittlere Deutschland“ 1859. Stadtbibliothek Frankfurt/M.
„Volkszeitung“, Berlin 1859, 1860. Preußische Staatsbibliothek Berlin.
„Wiener Zeitung“ 1859. Universitätsbibliothek Wien.
„Wochenschrift des Deutschen Nationalvereins“ 1860. Universitätsbibliothek Göttingen.
„Wochenblatt des Deutschen Nationalvereins 1867. Bayrische Staatsbibliothek München.

Akten des Nationalvereins. Reichsarchiv Potsdam.
Akten des Preußischen Ministeriums des Inneren, Abt. 2. Akta betr. die Vereine und die Volksbewegungen des In- und Auslandes zur Erstrebung der Einheit in der Deutschen Sache durch zeitgemäße Aenderung der Bundesverfassung. Nationalverein. Preußischen Ministerium des Innern.
Akten des Preußischen Ministeriums des Inneren, Abt. 2. „Die Bildung einer nationalen Partei in Deutschland, eine Notwendigkeit in der jetzigen Krisis Europas“ von Gustav Dietzel. Pr. Staatsarchiv Dahlem.
Akten des Polizeipräsidiums Berlin, Geheime Präsidial-Registratur. Deutscher Nationalverein. Pr. Staatsarchiv.
Akten des Polizeipräsidiums Berlin, Geh. Präs.-Reg. „Offner Brief der Gesellschaft der Vaterlandsfreunde“. Pr. Staatsarchiv.
Akten des Polizeipräsidiums Berlin, Geh. Präsidial-Reg. Wochenberichte aus Hannover. Pr. Staatsarchiv.
Nachlaß Bennigsen. Reichsarchiv Potsdam.
Nachlaß Streit. Reichsarchiv Potsdam.
Nachlaß Forckenbeck. Pr. Staatsarchiv.
Nachlaß Hölder. Landesbibliothek Stuttgart.
Nachlaß Seeger. Landesbibliothek Stuttgart.